

# INSTITUT FÜR INFORMATIONEN

Stellfahresschrift Nr. 2/96 Juli 96, 8. Jg. S 40,-

DM 6,-, SFr 5,-

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz



t1708  
Dossier:  
Ungarn und  
der IWF

# INHALT

8. Jahrgang

2/96

3	Ost-Gewerkschaften
	Begrenzter Spielraum
	von Peter Rüters
8	Wider den gewerkschaftsfreien
	Raum
	Gespräch mit Walter Sauer
11	Ungarn
	Niedergang in Etappen
	von László Andor
15	Ungarn
	Vielfalt statt Einheit?
	von Rainer Girndt
20	Tschechien
	"Rohrstock"-Kapitalismus?
	von Klaus Pumberger
23	Slowakei
	Distanz zu den Parteien
	von Janko Sekaj
26	Polen
	Im Sog politischer Kämpfe
	von Julian Bartosz
27	Dossier: Ungarn
	Regiert vom IWF
	von Amelie Lanier
36	Rumänien
	Verschleppte Hoffnungen
	von William Totok
39	Jugoslawien
	Spiegel der Parteien
	von Stjepan Gredelj
46	Bulgarien
	Freie Gewerkschaften
	von Teodora Panajotova
48	Gewerkschaften und politische
	Krise
	von Walter Sauer
49	Gewerkschaft für Privatisierung
	Gespräch mit Konstantin Trentschew
52	Chronologie

# EDITORIAL

Die Gewerkschaften Ost- und Südosteuropas stecken - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß - in einer tiefen Krise:

- Die Mitgliederzahlen gehen rapide zurück. In kaum einem Land ist mehr als die Hälfte der Berufstätigen gewerkschaftlich organisiert; und der Trend ist weiter fallend.
- In den Klein- und Mittelbetrieben, die nach den Konkursen der großen staatlichen Unternehmen boomen und mittlerweile in den meisten Ländern die Mehrzahl der Firmen ausmachen, können sie nur schwer Fuß fassen. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen werden Gewerkschaften auch von ArbeitnehmerInnen selbst als Überbleibsel des überwundenen staatssozialistischen Systems verstanden, die in einer Marktwirtschaft kaum mehr Platz hätten. Zum anderen können die Gewerkschaften für KollegInnen, die sich in einer gewerkschaftfeindlichen Umgebung exponieren, aufgrund ihrer Schwäche nicht immer die nötige Unterstützung aufbringen.
- Die finanziellen Mittel sind äußerst beschränkt. Im Gegensatz etwa zum ÖGB verbleibt der überwiegende Teil der eingehobenen Mitgliedsbeiträge auf Betriebsebene, was zur Folge hat, daß die Apparate und im besonderen die Zentralen unterdotiert sind.
- Die Gewerkschaften sind gespalten, und zwar weniger aufgrund grundlegender Unterschiede in der Gewerkschaftspolitik als vielmehr wegen unterschiedlicher politischer Sympathien. Die in der Gesellschaft existente Kluft zwischen marktwirtschaftlich und neoliberal orientierten "ReformerInnen" auf der einen und tendenziell antikapitalistischen Kräften öffnet sich auch zwischen den verschiedenen Organisationen des gewerkschaftlichen Spektrums. Ein gemeinsames Vorgehen wird dadurch erschwert; in einzelnen Ländern ist auch die Verteilung des Vermögens der ehemaligen Systemgewerkschaften noch nicht ausgehandelt, was zusätzlichen Ziindstoff bedeutet.
- Arbeitsrechtliche und tarifliche Forderungen bleiben zumeist auf den betrieblichen Rahmen beschränkt - einheitliche Kollektivverträge und fortschrittliche Arbeitsgesetze sind so schwer durchzusetzen.
- In den neu eingerichteten sozialpartnerschaftlichen Gremien sitzen die Gewerkschaftsvertreter zumeist einer geschlossenen Front von Arbeitgeber- und Regierungsvertretern gegenüber; ihre Chancen, sich durchzusetzen, halten sich in Grenzen.  
In dieser Situation haben die osteuropäischen Gewerkschaften die Unterstützung durch ihre westlichen Schwesternorganisationen, die mit den Mechanismen der Marktwirtschaft und den Tricks der Unternehmer vertraut sind, bitter nötig. Diese Unterstützung ist aber auch aus westlicher Sicht von entscheidender Bedeutung: Schwache Gewerkschaften im Osten oder gar die Herausbildung eines gewerkschaftsfreien Raumes gefährden auch die Sozialstandards in Westeuropa.

Damit sich Belegschaften nicht gegenseitig ausspielen lassen - wie es derzeit mit der Semperit-Belegschaft in Traiskirchen durch die drohende Verlagerung der Reifenproduktion nach Tschechien passiert -, wird es notwendig sein, grenzübergreifende Gewerkschaftsstrukturen einzurichten, um Lohnkämpfe und die Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen international führen zu können. Der IBFG steht erst am Beginn eines derartigen Prozesses, der aufs entschiedenste vorangetrieben werden muß, wenn die ArbeitnehmerInnen in Ost und West nicht zu hilflosen Opfern der Globalisierung des Kapitalismus werden sollen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Demokratisierung der Gewerkschaften - auch im Westen und besonders auch in Österreich: Nur durch Wahlen demokratisch legitimierte Leitungen werden in den zu erwartenden Kämpfen von der Basis unterstützt werden. In diesem Bereich hat gerade auch der ÖGB einiges aufzuholen.

Das Dossier der vorliegenden Ausgabe rückt das euphorische Bild vom Wirtschaftsaufschwung in Ungarn zurecht: Die Kreditwürdigkeit Ungarns, so Amelie Lanier, beruhe wesentlich weniger auf seinen Wirtschaftsleistungen als auf der Tatsache, daß es den ausländischen Kapitalanlegern optimale Stabilität biete - unter anderem durch eine entschiedene Bekämpfung des Staatsdefizits via Sozialabbau.

Aus Platzgründen mußten diesmal die aktuellen Buchbesprechungen entfallen.

Die nächste Ausgabe der "Ost-West-Gegeninformationen" erscheint im Oktober. Wir setzen uns darin mit den Veränderungen in den Geheimdiensten auseinander, das Dossier wird sich mit den Auswirkungen des Dayton-Vertrages auf den Kosovo beschäftigen.

Johann Gaisbacher, Christian Stenner

# Verringelter Spielraum

von Peter Rüters

● Gewerkschaftsfeindliche Tendenzen im anwachsenden privatwirtschaftlichen Sektor und in der Schattenwirtschaft, der Rückgang der Mitgliederzahlen aufgrund eines geringen Beschäftigungsgrades, die geringere Entscheidungsfähigkeit wegen ausgeprägter dezentraler und föderaler Strukturen sowie die Billigung von "Modernisierungs" paketen befriedeter Regierungen: Die Gewerkschaften im Osten und Südosten Europas haben mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen, die die Vertretung von Arbeiterinteressen erschweren. ●

## Einleitung

G rundlegend veränderte die 1989/90 erfolgte Umwälzung der politischen und ökonomischen Systeme in den Ländern Mittel- und Osteuropas<sup>1</sup> (MOE) auch deren Gewerkschaftslandschaft. Zwar verlief dieser "Transformationsprozeß" in den einzelnen Staaten unterschiedlich, es lassen sich jedoch einige charakteristische Gemeinsamkeiten feststellen:

- In keinem mittel- und osteuropäischen Staat sind die Gewerkschaften jene partei- und staatsabhängige Transmissionsriemen mehr, deren wichtigste Funktionen in der Verwaltung und Verteilung von Sozialfonds und in der Erfüllung von Produktionsplänen bestanden.
- Eine Folge dieser Veränderungen ist ein grundlegender Funktionswandel der Gewerkschaften. Mit dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen und mit der Herausbildung pluralistischer Parteiensysteme sind die Gewerkschaften mit der Anforderung konfrontiert, originäre Schutz- und Gestaltungsfunktionen im Interesse der Arbeitnehmerschaft zu übernehmen und ihre Handlungsorientierung auf die traditionelle Rolle einer Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zu konzentrieren.
- Gegen die bis 1989 bestehenden zentralistischen Organisations- und Machtstrukturen in den Gewerkschaften (und generell in den MOE-Gesellschaften) setzten sich in den Gewerkschaftsbewegungen seither dezentrale und föderale Strukturen durch. Es entstand ein in den einzelnen Ländern mehr oder weniger stark differenzierter Gewerkschaftspluralismus: Zentralistische Organisationen wurden durchwegs in föderal strukturierte Dachverbände mit autonomen Einzelgewerkschaften umgewandelt; eine anti-zentralistische Reaktion zeigte sich durch die Dezentralisierung von

Kompetenzen und Ressourcen zugunsten betrieblicher und lokaler Organisationseinheiten (verbunden mit der Gefahr, die Handlungsfähigkeit der regionalen und nationalen Organisationen zu unterbinden); die Föderalisierung setzte sich in einer ausgeprägten und vielgestaltigen Fragmentierung der Organisationen fort.

- Die Veränderung der politischen Strukturen (Demokratisierung, Parlamentarisierung, pluralistisches Parteiensystem) und deren Stabilisierung, der Umbau des planwirtschaftlichen Systems zu einer marktorientierten Ökonomie sowie die damit verbundenen Veränderungen von Strukturen, Funktionen und Positionen der Gewerkschaften verminderten deren politische und gesellschaftliche Einflußnahme. Im Vergleich zum politischen Einfluß, den die neugegründeten Gewerkschaften in der Umbruchphase 1989/91 hatten, haben sie - wie auch die reformierten Gewerkschaften - nur noch geringe Chancen auf eine maßgebende Mitgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung der Gesellschaft.

## Heterogenität und Integrationsschwäche

### Gewerkschaftspluralismus

In allen Ländern MOE entstanden konkurrierende Gewerkschaften und ein unterschiedlich weit gefächerter Gewerkschaftspluralismus.

Mit Ausnahme der ehemaligen Tschechoslowakei bildeten sich in der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs politisch motivierte unabhängige Gewerkschaften, die den Systemwandel wesentlich beeinflußten und mitgestalteten und die zur Herausbildung eines pluralistischen Organisationssystems beitrugen. Neben Solidarnosc in Polen (sie stellte eine Ausnahme dar, da sie bereits 1980 gegründet wurde und einen einzigartigen Beitrag zum Systemwechsel leistete) gehören zu dieser Gruppe u.a. Fratia in Rumänien, PODKREPA in Bulgarien und die LIGA in Ungarn. Kennzeichnend für diese Organisationen ist ihre anfängliche Doppelfunktion als politische Bewegung und Gewerkschaftsorganisation, die die Entfaltung einer originären gewerkschaftlichen Interessenvertretung zeitweise hemmte und verzögerte.

Nicht zuletzt das Entstehen neuer Gewerkschaften förderte und forderte einen - unterschiedlich verlaufenden - Reformprozeß bei den ehemaligen Staatsgewerk-

**schaften.** Er ging aus von überwiegend erzwungenen Anpassungen an die Funktionseinbußen (z. B. Bulgarien, Rumänien), von bereits vorhandenen, mit dem politischen Wandel durchsetzungsfähig werden den Reformansätzen (Ungarn) oder - wie in der Tschechoslowakei - von der Übernahme der ehemaligen Staatsgewerkschaft ROH durch die 1989/90 entstandenen Streikkomitees. Ergebnisse dieses Umbaus waren die relativ schnelle Ablösung der zentralistischen Strukturen durch föderale (Dachverbände mit autonomen Einzelgewerkschaften) sowie ein unterschiedlich weit reichender Personalwechsel in den wählbaren Leitungsfunktionen. Trotz teils erheblicher Mitgliederverluste vertreten die reformierten Gewerkschaften durchwegs auch heute noch die Mehrzahl der organisierten Arbeitnehmer.

Neben diesen beiden Gruppen entstanden seit 1989/90 weitere neue Gewerkschaften, die sich aus unterschiedlichen Ansätzen formierten und das pluralistische Spektrum verbreiterten. Beispielsweise beförderte der erwachende Nationalismus die Gründung von Organisationen nach Nationalitätengruppen (in der Tschechoslowakei vor der Separierung; aber auch in Kroatien, Ukraine, Litauen). Die Tolerierung des mit schweren sozialen und wirtschaftlichen Belastungen für die Arbeitnehmer umgesetzten ökonomischen Umbaus vor allem durch die neuen Gewerkschaften führte - neben internen Differenzen - zu Abspaltungen und Neugründungen (u. a. in Polen und Bulgarien). Hatten in der Umbruchphase ideologische Differenzen, abgesehen von einer unterschiedlich stark ausgeprägten Distanzierung vom staatssozialistischen System, eine geringe Bedeutung, so kam es seit 1991 in einigen Ländern, gefördert von politischen Parteien, zur Gründung christlicher Gewerkschaften (Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn). Und dort, wo dogmatische kommunistische (Nachfolge)Parteien mit geringem Einfluß auf die reformierten Gewerkschaften gegründet wurden, ist eine Wiederbelebung kommunistisch orientierter Gewerkschaften (Edinstvo in Bulgarien, OSCMS in der Tschechischen Republik) festzustellen.

Diese knappe Typisierung charakterisiert die Entstehung und Differenzierung des Gewerkschaftspluralismus in Mittel- und Osteuropa nur unzulänglich. Sie markiert aber das Konfliktverhältnis, das zwischen reformierten ehemaligen Staatsgewerkschaften und neuen Gewerkschaften besteht. Nur zum Teil resultiert es aus aktuellen und relevanten politisch-ideologischen Gegensätzen und programmatischen

Unterschieden, zumal bei den meisten Organisationen eine programmatiche und gewerkschaftspolitische Anpassung an den politischen und gesellschaftlichen Reformprozeß erfolgte und eine Akzeptanz des marktwirtschaftlich orientierten ökonomischen Umbaus besteht. Mit dem Gewerkschaftspluralismus ist eine Mitglieder- und Einflußkonkurrenz verbunden, die sich aufgrund des Entstehungsprozesses der Gewerkschaften politisieren läßt. Nicht nur steht dabei die Legitimität der reformierten Organisationen in Frage, hinzu kamen (zum Teil bis in die Gegenwart) handfeste Differenzen über die Verteilung des Gewerkschaftsvermögens der ehemaligen Staatsgewerkschaften, das in den meisten Ländern von den reformierten Organisationen genutzt werden konnte und ihnen erhebliche materielle und strategische Vorteile brachte.

Eine Veränderung der Beziehungen zwischen reformierten und neuen Gewerkschaften zeichnet sich allmählich ab. Sie wird durch die Einigung über die Aufteilung des Gewerkschaftsvermögens (u. a. Ungarn, Rumänien, Bulgarien) begünstigt und durch praktische Kooperation gefordert. Und sie findet eine Basis in Vorgängen wie den Sozial- und Betriebsratswahlen in Ungarn (1993), in denen die (reformierten) MSZOSZ-Gewerkschaften ihre bis dahin angezweifelte Repräsentativität und Legitimität bestätigt fanden. Eine noch weitergehende Klärung der Beziehungen fand anscheinend in Rumänien statt. Hier haben sich, nicht zuletzt bedingt durch ein spannungsreiches Verhältnis zu der als gewerkschaftablehnend charakterisierten Regierung, reformierte Gewerkschaften (CNSLR, UNIVERS, zwei bisher dem Dachverband ALFA CARTEL angehörende Branchengewerkschaften) sowie Fratia im Juni 1993 zu einer Dachorganisation zusammengeschlossen. Parteipolitisch geprägte Differenzen führten jedoch im Oktober 1994 zu einer relevanten Abspaltung<sup>2</sup>, was auf eine noch immer bestehende Labilität der Organisationsbildung hinweist.

### Fragmentierung und Dezentralisierung

**A**ls Reaktion auf die zentralistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisations- und Machtstrukturen haben sich seit 1989 nicht nur föderale Strukturen und pluralistische Gewerkschaftsbewegungen in den MOE-Ländern herausgebildet. Der Affekt gegenüber dem rigiden "demokratischen Zentralismus" und gegen die Einebnung divergierender Interessen drückte sich weiter in einer ausgeprägten Fragmentierung und Zentralisierung der

Organisationen aus. Diese Aufsplittung der Gewerkschaften verlief auf verschiedenen Ebenen:

- durch die Auflösung der hochzentralisierten Industrieverbände der ehemaligen Staatsgewerkschaften in eine Vielzahl von branchen- und berufsorientierten Einzelgewerkschaften;
- durch die Trennung von Branchenorganisationen von den reformierten Staatsgewerkschaften und ihre Formierung zu neuen Dachverbänden oder Koordinationsorganen auf nationaler Ebene;
- mitunter durch die Bildung eigenständiger regionaler Gewerkschaften;
- durch eine Dezentralisierung von Kompetenzen (und Beitragsanteilen) zugunsten der Basisorganisationen.

Eine geringe branchenbezogene interne Differenzierung, eine weitgehende Ver nachlässigung von berufsspezifischen Problemen sowie eine unzureichende Wahrnehmung von Interessengegensätzen zwischen den verschiedenen Beschäftigungs- und Statusgruppen brachen mit dem Umbau der zentralistischen Organisationen auf. Mit der Reorganisation der ehemaligen Staatsgewerkschaften setzte ein Differenzierungsprozeß ein, aus dem eine Vielzahl von Industrie-, Branchen- und Berufs gewerkschaften hervorging (gegenüber den 19 Industrieverbänden der ungarischen SZOT waren auf dem Gründungskongreß der MSZOSZ 1990 86 Gewerkschaften vertreten; ähnliche Entwicklungen finden sich in allen MOE-Ländern). Eine Folge dieser vertikalen Fragmentierung ist die Schwächung der Integrationsfähigkeit der Dachverbände. Diese zeigte sich u.a. in der Ablösung einiger Branchenorganisationen von den sich reformierenden Dachverbänden und in deren Regruppierung, u.a. nach Status- und Berufsgruppen. Jedoch folgte diese partielle Auflösung der ehemaligen Einheitsgewerkschaften keinem einheitlichen Muster. Sie wurde (und wird) durch unterschiedliche Faktoren beeinflußt - Differenzen über den Reformprozeß, über die zukünftige Struktur der Organisation, personelle Konkurrenz, Einfluß von Parteien, spezifische Problemlage einzelner Industriezweige, unzureichende Interessenvertretung innerhalb des Dachverbandes usf. Eine ausgeprägte Tendenz zur Bildung eigenständiger Organisationen findet sich in den Bereichen des öffentlichen Dienstes (Budgetsektor), bei hochqualifizierten Arbeitnehmergruppen (Wissenschaftler, Professoren, Journalisten, Techniker, Ingenieure usf.), die auf die bisherige Vernachlässigung ihrer berufsspezifischen Interes-

sen und auf erfahrene Statusabwertungen reagieren.

Vertieft wurden die skizzierten Fragmentierungsprozesse durch eine *horizontale Differenzierung*. Diese findet sich vor allem in der relativen Eigenständigkeit der Basisorganisationen, zum Teil im organisatorischen Gewicht, das die regionale Organisationsebene erlangte. Für den Gewerkschaftsbau erwies es sich indes als ein Hemmnis, daß ein hoher Beitragsanteil (50-80%) bei den Basisorganisationen verbleibt (nicht zuletzt zur Finanzierung von Serviceleistungen und sozialen Unterstützungen), während insbesondere die Dachverbände und nationalen Industrieverbände kaum in der Lage sind, aus ihrem Beitragsanteil ihren Apparat zu unterhalten und ihre Aufgaben zu finanzieren. Eklatant wird die geringe Integrationsfähigkeit der Gewerkschaften in der Tendenz zur Bildung betriebssyndikalistischer, status-quo-orientierter Verteilungskoalitionen, zu denen sich Betriebsgewerkschaften und Management von bedrohten Staatsunternehmen zusammenfinden.

### Integrationsdefizit

Innere Fragmentierung und eine ausgeprägte Eigenständigkeit von Branchen- und Regionalverbänden, unterschiedliche Anforderung und Erwartungen an die Dachverbände sowie Einbußen an politischer Einflußfähigkeit sind einige Faktoren, die neben den erheblichen Umstellungsproblemen der Gewerkschaften ange-sichts der gesellschaftlichen Transformationsprozesse, aber auch ange-sichts der ausgeprägten Skepsis gegenüber zentralen Strukturen und gegenüber einer Delegation von Entscheidungskompetenzen auf die zentrale (nationale) Organisationsebene dazu beitragen, daß die Konföderationen mit erheblichen Integrationsproblemen gegenüber den Branchenverbänden konfrontiert sind. Integrationsdefizite (beispielsweise bei Solidarnosc) blockieren notwendige Strukturreformen der Gewerkschaften, mit denen die Handlungsfähigkeit und die Einflußchancen im Rahmen des ökonomischen und sozialen Transformationsprozesses verbessert, die Koordinations- und Unterstützungsleistungen für die Mitgliedsverbände verstärkt sowie die Anpassungen der Verbandsstrukturen an die Erfordernisse der Interessenvertretung (u. a. Ausbau und Konzentration der Branchenverbände) durchgeführt werden sollen.

Integrationsprobleme und eine vielschichtige Fragmentierung erweitern den seit 1989 entstandenen Gewerkschaftsplu-

ralismus zu komplexen und zugleich fragilen Organisationsgefügen, die in den Transformationsgesellschaften immer weniger in der Lage sind, entscheidende Gestaltungsfunktionen wahrzunehmen. Sie sind in wachsendem Maße mit der Situation konfrontiert, auch ihre unmittelbaren Schutzfunktionen einzubüßen. Nur in wenigen Ländern zeichnet sich zur Zeit eine Konsolidierung ab.

### Mitgliederentwicklung und Repräsentativität

Differenzierung und Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas auf der organisationsstrukturellen Ebene finden eine Entsprechung in Veränderungen der Legitimität, Repräsentativität und Bindungskraft der Organisationen.

Auflösung und Umbau der zentralistischen Einheitsgewerkschaften hat in allen Ländern zu einer - mehr oder weniger ausgeprägten - Einbuße an Mitgliedern bei den reformierten Nachfolgeorganisationen geführt, ohne daß die Gründung neuer Gewerkschaften ein Absinken des gesamten Organisationsgrades verhindern konnte. In etwa dürfte der Organisationsgrad in den einzelnen MOE-Ländern um 40-60% im Vergleich zur quasi-Zwangsmitgliedschaft bis 1989 gesunken sein. Dennoch stellen insbesondere die reformierten Gewerkschaften durchgehend die mitgliederstärksten Organisationen (zum Teil aufgrund ihrer Möglichkeiten, soziale Leistungen unterschiedlicher Art den einzelnen Mitglieder zukommen zu lassen).

Die Mitgliederverluste haben unterschiedliche Gründe. Ein Teil der Einbußen beruht auf Vertrauensverlusten der Arbeitnehmer und stellt eine Reaktion auf die Diskreditierung des Gewerkschaftsgedankens durch die ehemaligen Staatsgewerkschaften dar. Ein bedeutender Anteil ist Folge der hohen Arbeitslosigkeit, die mit Ausnahme der Tschechischen Republik in jedem Land durch die massiven Produktionsseinbrüche und den wirtschaftlichen Reformprozeß entstanden ist und die grundsätzlich die Vertretungschancen der Gewerkschaften beeinträchtigt. Hinzu kommen ein generelles Absinken der Zahl der abhängig Erwerbstätigen sowie spezifisch eine Verminderung der Frauenbeschäftigung.

Für die gegenwärtige, vor allem aber für die zukünftige Handlungs- und Vertretungsfähigkeit der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung sind Mitgliederverluste als Folge der Privatisierung

der Wirtschaft. In unterschiedlichem Umfang hat sich in den einzelnen Ländern inzwischen ein privatwirtschaftlicher Sektor, schwerpunktmaßig im Dienstleistungsbe-reich, herausgebildet. Dieser Sektor hat einen erheblichen Teil der Arbeitskräfte aufgenommen, der durch die Schrumpfung der Wirtschaft und den Abbau von Überbeschäftigung entlassen wurde. Die Gewerkschaften sind bislang kaum in der Lage, im privatwirtschaftlichen Bereich, der zu einem großen Teil aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, Beschäftigte zu organisieren und tarifvertraglich zu vertreten. Noch weniger erreichbar für die Gewerkschaften ist der Teil der Arbeitnehmer, der in die wachsende Schattenwirtschaft abgewandert ist.

Als zukünftiges Krisensymptom hat diese Entwicklung insofern Bedeutung, als bislang die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen (abgesehen von der Umwandlung der Rechtsform der Unternehmen) im Bereich der Industrie in allen Ländern erst am Anfang steht. Rationalisierung, Modernisierung, aber auch der Zusammenbruch von Unternehmen sowie eine Deindustrialisierung in den Krisensektoren (Stahlerzeugung, Maschinenbau, Textilindustrie, Chemieindustrie, Bergbau) dürften in naher Zukunft die Industriezweige erfassen, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch hoch ist und aus denen zur Zeit das Gros der Gewerkschaftsmitglieder stammten.

### Einflußchancen der Gewerkschaften

Die Chancen der Gewerkschaften, Gestaltungsfunktionen wahrzunehmen und einen maßgebenden Einfluß auf den sozialen und ökonomischen Transformationsprozeß zu gewinnen, sind gering. Zum einen fehlen ihnen institutionalisierte Beziehungen zu den Parlamentsfraktionen, um kontinuierlich auf die Gesetzgebung und die Regierungspolitik einwirken zu können. Zum anderen sind in den meisten Ländern die neuen, aber inzwischen auch die reformierten Gewerkschaften in den Reform- und Modernisierungspakt eingebunden, an dem sie über tripartistische Gremien beteiligt werden und der sie auf eine konfliktvermeidende Ordnungsfunktionen zu verpflichten sucht. Während die Konfliktreduzierung hierbei im Vordergrund steht, ist ihre gestaltende Einflußnahme zu meist punktuell oder gar marginal gewesen. Schließlich weist aber auch der Bereich der unmittelbaren Interessenvertretung, die Tarifpolitik, und die Wahrnehmung der tradi-

tionellen gewerkschaftlichen Schutzfunktionen als Folge des marktwirtschaftlichen Umbaus von Gesellschaft und Ökonomie Handlungs- und Einflußdefizite für die Gewerkschaften auf.

### Parteibeziehungen und politischer Einfluß

Zu den bemerkenswertesten Veränderungen der letzten Jahre zählt der stetige Verlust an Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf den politischen Entscheidungsprozeß. Während die neuen Gewerkschaften die politische Umwälzung und den Beginn des Reformprozesses zum Teil entscheidend mitgestalteten, hat die demokratische Parlamentarisierung der politischen Systeme und die Herausbildung pluralistischer Parteiensysteme die Gewerkschaften stetig auf die Rolle von Interessengruppen zurückgedrängt.

Wo der Versuch bestand, eine direkte parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften zu unterhalten - Solidarnosc in Polen -, muß dieses Bemühen als gescheiterte angesehen werden. Die parlamentarische Unterstützung der "Solidarnosc"-Regierungen und die Tolerierung des drastischen wirtschaftlichen Reformprogramms zwischen 1989 und 1993, schließlich das hasardeurhafte Mißtrauenvotum gegen die Regierung Hanna Suchockas schwächten die Position und gesellschaftliche Akzeptanz von Solidarnosc. Obwohl bereits seit 1990 die Doppelfunktion von Gewerkschaft und politischer Bewegung abgebaut und die Entwicklung zu einer originären gewerkschaftlichen Interessenvertretung eingeleitet wurde, agierte Solidarnosc bis in die jüngste Zeit noch auf beiden Ebenen. Interne Differenzen sowie ein weitgreifender politischer Vertrauensverlust trugen dazu bei, daß Solidarnosc bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 1993 an der 5%-Hürde scheiterte.

Zwar ist das Beispiel von Solidarnosc durch viele Besonderheiten gekennzeichnet, die sich von der Entwicklung in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas unterscheiden, dennoch zeigt es grundsätzlich, daß das in den Gewerkschaften vertretene politische Spektrum zu heterogen ist, um eine stabile Basis für die Gründung einer Partei zu bilden. Das verdeutlicht auch das Scheitern anderer Versuche, durch eine direkte parlamentarische Vertretung Gestaltungschancen zu gewinnen. In Rumänien hat das Gewerkschaftsbündnis von CNSLR, ALFA CARTEL und Fratia bei den Parlamentswahlen von 1992 vergeblich den Versuch unternommen, ein Gegenge-

wicht zur Dominanz der ex-kommunistischen Parteien in Parlament und Regierung durch die Etablierung einer eigenen Partei, die jedoch nur 1% der Stimmen erhielt, zu schaffen. In Bulgarien war PODKREPA eng mit der Union Demokratischer Kräfte (UDK) verbunden, bis die eklatanten sozialen Belastungen durch die neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung unter F. Dimitrow 1992 zum Bruch führten.

In der Regel sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien weniger formalisiert. Sie basieren vor allem darauf, daß die Gewerkschaften - im Gegensatz zu den politischen Parteien - noch immer mitgliederstarke Massenorganisationen sind. Und sie beschränken sich meist darauf, daß einzelne Gewerkschafter als Abgeordnete für bestimmte Parteien im Parlament sitzen (in Polen z.B. sitzen OPZZ-Vertreter als Abgeordnete der regierenden SLD im Parlament; in Ungarn waren es Vertreter der Liga und der Konföderation der Arbeiterräte in den Parteien der Mitte-Rechts-Regierung, seit dem Regierungswechsel von 1995 hat MSZOSZ hochrangige Vertreter im Parlament als Abgeordnete der regierenden sozialistischen Mehrheitsfraktion).

Über engere Parteibindungen verfügen hingegen neugegründete christliche Gewerkschaften (z.B. in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik, in Ungarn); stabilisiert wird diese Bindung dadurch, daß sie in enger Verbindung mit christlich-demokratischen Parteien entstanden ist und bislang nur eine geringe Mitgliederzahl erlangen konnten.

Generell läßt sich die Tendenz feststellen, daß trotz unterschiedlich ausgestalteter Parteibeziehungen weder die neuen noch die reformierten Gewerkschaften in den Parteien und Parlamenten über einen maßgebenden Einfluß verfügen. Das zeigt sich nicht zuletzt auch in Polen und Ungarn nach der 1993 bzw. 1995 erfolgten Regierungsübernahme von Parteien, die aus den ehemaligen kommunistischen Parteien hervorgegangen sind und in denen OPZZ bzw. MSZOSZ mit Abgeordneten vertreten sind. Nicht eine stärkere Berücksichtigung von Gewerkschaftsinteressen kennzeichnet die Politik in beiden Ländern, vielmehr eine - schon für die Solidarnosc in den Jahren 1990/93 festgestellte - Verpflichtung der Gewerkschaftsvertreter (und ihrer Gewerkschaften) zur Tolerierung wirtschaftsliberaler Anpassungsprogramme und einer einschneidenden Austerity-Politik.

### Tripartismus

Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten und enormen sozialen Spannungen, die mit dem Umbau der planwirtschaftlichen Systeme in marktorientierte Ökonomien verbunden sind, besteht in allen mittel- und osteuropäischen Ländern der Versuch, das soziale Konfliktpotential durch die Einbindung der Gewerkschaften in die ökonomischen Reformprogramme zu begrenzen. In der ersten Phase nach dem politischen Machtwechsel waren vor allem die neugegründeten unabhängigen Gewerkschaften bereit, den politischen Reformprozeß, die Demokratisierung der Gesellschaft und die beginnende Transformation des Wirtschaftssystems durch Streikverzicht-Abkommen (Bulgarien, Rumänien) sowie durch Unterstützung oder Tolerierung der mit erheblichen materiellen Einbußen und sozialen Belastungen für die Bevölkerung verbundenen wirtschaftlichen Reformmaßnahmen (Polen, Tschechoslowakei) mitzutragen.

In variierenden Formen sind aus diesen Ansätzen zur Konfliktreduzierung und Vermeidung gesellschaftlicher Destabilisierung in fast allen Ländern - mehr oder weniger differenzierte "tripartistische" Consultationsmechanismen entstanden. Die Art der Institutionalisierung sowie der Umfang der Aufgaben tripartistischer Gremien sind unterschiedlich gestaltet. Dennoch - wenngleich mit eher geringem Erfolg - besteht von Seiten der Gewerkschaften das Bemühen, diese Gremien für Einflußnahmen auf die Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftsgesetzgebungen zu nutzen.

Schwierigkeiten liegen dabei auf drei Ebenen: Die geringe Kooperationsbereitschaft der konkurrierenden Gewerkschaften hat die Chancen für frühzeitigen Gruppenkonsens und gezielte Einflußnahme häufig gehemmt. Zudem verfügen die Dachverbände in der Regel über eine geringe Verpflichtungsfähigkeit gegenüber ihren Mitgliedsverbänden, was die Vertragsgestaltung erschwert. Sie wird aber in weitaus höherem Maße dadurch unsicher, daß die verhandelnden Regierungsvertreter nicht über die genügende Autorität und Verpflichtungsfähigkeit für ihre Regierung und die - falls erforderlich - parlamentarische Umsetzung von Vereinbarungen verfügen. Als dritte Problemebene erweist sich die Organisationsschwäche der Unternehmer-/Arbeitgeberorganisationen durch mangelnde Repräsentativität, ausbleibende Loyalität der Mitglieder sowie durch die Problematik, daß es sich bei vertretenen Unternehmen häufig noch um (direkt oder

indirekt) vom Staatsbudget abhängige Staatsbetriebe handelt.

Dennoch: angesichts der fragmentierten Parteienlandschaft in den MOE-Ländern, des Mangels an gewachsenen Parteizeziehungen für die Gewerkschaften sowie der fehlenden Traditionen - und daher in Zweifel gezogenen Legitimität - der Einbeziehung von Interessengruppen in den politischen Entscheidungsprozeß bieten tripartistische Konsultationsgremien den Gewerkschaften häufig das einzige Forum für eine kontinuierliche Einflußnahme auf die politische Willensbildung.

### Tarifpolitische Interessenvertretung

Die Möglichkeit, die traditionelle Schutzfunktion von Gewerkschaften auszufüllen und mit tarifpolitischen Mitteln die Interessen von Mitgliedern und Beschäftigten zu vertreten, sind derzeit - und wohl auch zukünftig - erheblichen Restriktionen unterworfen. Zunächst haben drastische Schrumpfungen der Wirtschaft sowie die Begrenzung des Staatsbudgets in allen mittel- und osteuropäischen Staaten zu einschneidenden Reallohneinbußen geführt, die von den Gewerkschaften nicht verhindert, bestens begrenzt werden konnten. Eine Folge des Transformationsprozesses ist eine seit 1990 rasch gewachsene und seither nur wenig verringerte Arbeitslosigkeit in fast allen MOE-Staaten. Bereits diese Entwicklungen begrenzen die Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften, die durch Vertretungsschwächen und Organisationsprobleme im wachsenden privatwirtschaftlichen Sektor weiter vermindert wird.

Zu diesen Organisationsproblemen treten Schwierigkeiten für eine kollektivvertragliche Interessenvertretung. Neben - inzwischen meist aufgegebenen - staatlichen Lohnregulierungen, mit denen für den Budgetbereich und die Staatsbetriebe die Einkommenssteigerungen bzw. Inflationsanpassungen der Löhne festgelegt wurden, treten Mindestlohnregelungen, die angesichts sektoraler Vertretungsschwächen der Gewerkschaften die Tendenz aufweisen, die Entwicklung zu einer autonomen Tarifpolitik durch etatistische Eingriffe und Absicherungen zu ersetzen. Die Gegenseite dieser "staatsvermittelten" Tarifpolitik bildet die Kon-

fliktstruktur bei Auseinandersetzungen um Tarifregelungen. Angesichts des (noch) hohen Anteils der Staatsbetriebe an der Wirtschaft und des Umfangs des Budgetsektors führen Lohnkonflikte nicht selten zu massiven Konfrontationen mit den Regierungen.

Im Vergleich zu diesen etatistischen Regelungen ist eine von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden autonom gestaltete Tarifvertragspolitik weniger entwickelt. Der wichtigste Grund für dieses Defizit liegt in der unzureichenden Etablierung von Unternehmer- und Arbeitgeberorganisationen und in der verbreiteten Haltung von Unternehmen, bewußt auf eine Mitgliedschaft zu verzichten, um sich tarifvertraglichen Bindungen zu entziehen. Als Folge solcher Defizite werden Tarifverhandlungen zum Teil auf der Ebene der Betriebe oder Unternehmen geführt, mitunter ohne Beteiligung von Branchengewerkschaften. Eine andere Folge besteht darin, daß nur für einen Teil der Beschäftigten die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt sind. - Kompensierende Möglichkeiten der Allgemeinverbindlichkeit von Branchentarifverträgen verdeutlichen die Vertretungsschwäche der Gewerkschaften und eine Tendenz zur "etatistischen" Absicherung ihrer Funktion.

### Perspektive

Die gegenwärtige Situation und die weitere Entwicklung der Gewerkschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas werden durch zwei Faktoren geprägt: zum einen durch eine politische "Normalisierung", zum anderen durch eine angespannte ökonomische Lage als Folge der Wirtschaftsreformprogramme. Die Gewerkschaften - sowohl die neuen Organisationen als auch die Mehrzahl der reformierten Verbände - sind, nachdem die alten Machteliten den politischen Entscheidungsprozeß nicht mehr dominieren, veranlaßt, sich auf einen Modernisierungspakt einzulassen, ohne ihre relative Stärke, die auf ihrem Mobilisierungspotential angesichts sich verschärfender sozialer Spannungen beruht, für eine maßgebende Einflußnahme auf den Umgestaltungsprozeß nutzen zu können.

Mit der Stabilisierung eines pluralistischen Parteiensystems und eines demo-

kratischen parlamentarischen Systems haben die Gewerkschaften an Gestaltungschancen eingebüßt. Verstärkt wird dies durch die Verlagerung von Entscheidungen zugunsten von Regierung und Parlament, aber auch weil auf parlamentarischer Ebene, ganz gleich welche Parteienkoalition derzeit regiert, ein wirtschaftsliberaler Modernisierungsprozeß umgesetzt wird, der für die originären Gewerkschaftsinteressen nur einen sehr geringen Spielraum beläßt.

Die Situation der Gewerkschaften ist durch eine vielschichtige Pluralisierung und Fragmentierung sowie durch sektorale Interessenheterogenitäten gekennzeichnet. Ansätze zu einer Konsolidierung stehen dabei neben weiteren Aufsplitterungen. Es ist zu erwarten, daß der auf der politischen Ebene reduzierte Gestaltungsspielraum und die durch die ökonomischen Rahmenbedingungen verengten Handlungsmöglichkeiten die Kooperation der Gewerkschaften erzwingen und ihre Aufsplittung begrenzen wird. Dazu wird nicht zuletzt ein weiterer Mitgliederverlust beitragen, den die Gewerkschaften erfahren werden: als Folge ihrer Beteiligung am Modernisierungspakt, der geringen ökonomischen Verteilungsspielräume der nächsten Jahre, der Organisationsprobleme im privatwirtschaftlichen Sektor und des Anwachsens der Schattenwirtschaft. Offen bleibt, ob und inwieweit es zu einer etatistischen Aufwertung der Gewerkschaften kommen wird, die auf ihre Ordnungsfunktion rekurriert und ihre gesellschaftliche Position stabilisiert.

1 Bezug genommen wird im folgenden vor allem auf Entwicklungen in Bulgarien, Polen, Rumänien, in der Tschechischen Republik und in Ungarn.

2 Das völlig überraschende politische Engagement des Fratia-Präsidenten bzw. Exekutiv-Präsidenten der fusionierten CNSLR-Fratia Miron Metrea für die Iliescu-Partei PDSR, deren Vizepräsident er wurde, erwies sich als Konfliktpunkt, so daß im Oktober 1994 Victor Ciorbea, ehemaliger Präsident der CNSLR und des fusionierten Dachverbandes CNSLR-Fratia, sich von dem Dachverband trennte und mit einer etwa 400.000 Mitglieder starken Gruppierung eine neue Konföderation, die Confederatia Sindicelor Democrație din Romania (= Demokratische Gewerkschaftskonföderation Rumäniens, CSDR), gründete.

# Wider den gewerkschaftsfreien Raum

Gespräch mit Walter Sauer

**● Auf die tagtägliche Konfrontation mit der Marktwirtschaft werden die osteuropäischen Gewerkschaften mit Hilfe von Schulungsprogrammen ihrer westlichen Schwesternorganisationen und mit der Unterstützung von Arbeiterhilfswerken vorbereitet. Diese Unterstützung soll u.a. ein gewerkschaftsfreies Osteuropa, das die sozialen Errungenschaften im Westen gefährden würde, verhindern. ●**

Walter Sauer ist Historiker und internationaler Sekretär des ÖGB.

lung im Osten.

Grundsätzlich besteht jedoch erstmals seit Jahrzehnten die Gefahr, daß in Osteuropa ein gewerkschaftsfreier Raum entsteht. Dies würde die Frage gewerkschaftlicher Strategien in Europa völlig anders stellen, denn dann würde vieles, was es an gewerkschaftlichen Errungenschaften im Westen gibt, zusammenbrechen. In den ersten Jahren der Ostöffnung ist es weitgehend gelungen, einen solchen gewerkschaftsfreien Raum zu verhindern; die gewerkschaftlichen Organisationen im Osten wurden entweder erhalten, umgebaut oder neu gegründet. Diese Organisationen sind in ihrer Kapazität allerdings sehr schwach. Die Frage, ob es zur Herausbildung eines gewerkschaftsfreien Raumes kommt, ist also noch nicht entschieden.

□ Gibt es Unterschiede zwischen den ehemaligen Systemgewerkschaften und jenen, die in der Zwischenzeit gegründet worden sind?

**G**rundsätzlich gibt es keine durchgehenden Unterschiede. Es wurde viel darüber diskutiert, ob die neuen Gewerkschaften besser seien als die alten. Die Unterscheidung nach diesem Kriterium zu treffen, erscheint mir allerdings verfehlt: Es gibt sowohl unter den "alten" als auch unter den "neuen" Gewerkschaften Organisationen, die eine sehr gute gewerkschaftliche Arbeit leisten – und natürlich auch auf beiden Seiten andere, die dazu nicht in der Lage sind.

□ Die westlichen Gewerkschaften haben langjährige Erfahrungen mit den Spielregeln gewerkschaftlicher Arbeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Gibt es Versuche, die KollegInnen im Osten mit diesen Erfahrungen zu konfrontieren?

**W**ir versuchen, mit den Gewerkschaften im Osten Schulungsprogramme durchzuführen, um ihre Konflikt- und Verhandlungsfähigkeit zu stärken. Wir befassen uns dabei mit Kollektivvertragsverhandlungen, Lesen von Bilanzen, Erstellen von Betriebsvereinbarungen, von Umweltklauseln ... Ein weiterer Punkt ist die Auseinandersetzung mit dem Arbeitsrecht, das in all diesen Ländern eher gewerkschaftsfeindlich ist. Auch die Frage der Branchenkollektivverträge spielt eine wichtige Rolle, denn es ist oft so, daß in ausländischen Händen befindliche Betriebe Sonderregelungen schaffen, die zum Teil sogar besser – manchmal aber auch schlechter – sein können als die in der jeweiligen Branche üblichen; man versucht, bestimmte Betriebe herauszubrechen, was zu einem Standortwettbewerb innerhalb des Landes führt.

Die herrschenden Zustände begünstigen auch die Zunahme informeller Beschäftigung: Bestimmte Betriebe senken

□ Die Krise der Gewerkschaftsbewegung im Westen – sinkende Mitgliederzahlen, Aufgabe des Kampfes um Vollbeschäftigung, defensive Haltung etc. – ist unter anderem auf die Ostöffnung und die damit verbundene Möglichkeit für Unternehmen zurückzuführen, ihre Produktion in die östlichen Billiglohnländer auszulagern. Welche Folgen hat diese Krise im Westen für den Aufbau der Gewerkschaften im Osten?

**D**as Problem der Betriebsstandortauslagerung vom Westen in den Osten ist in der Tat akut – wie etwa am Beispiel der Semperitkrise nachvollzogen werden kann. Die Unternehmer verlagern entweder ganze Betriebe oder aber Betriebsteile nach Osteuropa bzw. verwenden die Androhung einer solchen Auslagerung als Druckmittel, um Lohnerhöhungen hintanzuhalten. Man kann diese Auslagerungen auch nur schwer verhindern, und es darf nicht vergessen werden, daß die Länder Osteuropas natürlich Investitionen brauchen – zumindest im Rahmen des Entwicklungskonzepts, auf das sie jetzt setzen. Die Rolle der österreichischen Gewerkschaften besteht darin, Spielregeln für diese Investitionen durchzusetzen, denn es kann weder in unserem Interesse noch in jenem der Menschen im Osten sein, wenn dieser Standortwettbewerb dazu führt, daß die vorhandenen Sozial- und Umweltstandards ruiniert werden. Nicht jegliche Produktion im Osten ist auch im Interesse der Menschen dieser Länder, etwa, wenn sie unter Mißachtung aller Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen passiert. Wir haben allerdings nur mäßigen Erfolg bei der Durchsetzung dieser Spielregeln, da sich die Standortkonkurrenz ja weltweit vollzieht. Es gibt Betriebe, die von Tschechien in die Ukraine absiedeln, da ihnen die tschechischen Produktionskosten bereits zu hoch erscheinen, von dort ziehen sie weiter in die Mongolei usw. Soviel zu unserem Problem mit der neuen Entwick-

ihre Lohnkosten, da sie nur mehr Leute beschäftigen, die im Zweitberuf bei ihnen tätig sind. Dies ist aus gesellschaftspolitischer Sicht eine wenig wünschenswerte Entwicklung, daher wäre es wichtig, Branchenkollektivverträge durchzusetzen.

Solche Verträge müßten im Zeitalter der Globalisierung eigentlich staatenübergreifend organisiert werden ...

Dies wäre der nächste Schritt. Im Augenblick gibt es diese Verträge ja nicht einmal innerhalb dieser Länder. Die Gewerkschaften in den osteuropäischen Ländern denken fast ausschließlich betriebsbezogen; ihr Bestreben geht dahin, in ihrem Betrieb eine gute Betriebsvereinbarung abzuschließen, die sie fälschlicherweise Kollektivvertrag nennen; die neuen Gewerkschaften stützen sich in diesem Denken vor allem auf die amerikanischen Gewerkschaften, die ja Hilfe für ihren Aufbau geleistet haben. Die alten Gewerkschaften sind noch eher dem Denken in Branchenkategorien verhaftet; da aber jeder Betrieb eine eigene Rechtspersönlichkeit hat, denken letztendlich alle in erster Linie nur an sich selbst. Die Tatsache, daß alle Lohnverhandlungen sich auf der Betriebsebene abspielen, ist meiner Meinung nach eine der Ursachen, warum die Sozialstandards derart abgesenkt werden können; es gibt Betriebe, wo die Gewerkschaften stark sind und entsprechend gute Abschlüsse tätigen können, es gibt aber natürlich auch viele andere, in denen das nicht gelingt. Bezeichnenderweise meinte Vaclav Klaus beim letzten Gewerkschaftskongress in Tschechien vor tausend Delegierten, daß er positiv zu den Gewerkschaften stehe, solange sie sich auf die Betriebe beschränken, aber sie sollten nur ja nicht zu betriebsübergreifenden Fragen oder zum Arbeitsrecht Stellung beziehen: Dies ginge nur die Regierung etwas an.

Ist es nicht Aufgabe des IBFG, diesem Trend der Aufsplittung und Betriebsautonomisierung entschieden entgegenzuwirken? Besteht Anstrengungen zur Schaffung ost-west-übergreifender Organisationsstrukturen, die sich den drohenden Auslagerungen wirkungsvoll entgegenstellen könnten?

Wir setzen uns dafür ein, daß die Gewerkschaften in diesen Ländern eine möglichst bedeutende gesellschaftspolitische Rolle spielen. Dafür gibt es als Mindestnorm die Richtlinien der internationalen Arbeitsorganisation, in denen festgehalten ist, daß dreigliedrige Gremien, bestehend aus Regierungs-, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern, geschaffen werden sollen, die in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß einzbezogen werden. Diese Struktur

gibt es in allen Ländern, leider nur als eine sehr schwache Mindestnorm; es gibt allerdings auch Länder, in denen sogar um diese Mindestnorm gekämpft wird. Wenn man diese Situation mit der österreichischen Sozialpartnerschaft vergleicht – die ich nicht glorifizieren möchte –, so muß man erkennen, daß die institutionelle Einbeziehung des ÖGB wesentlich stärker ist als die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in den osteuropäischen Ländern, wo es unter Umständen nur eine Kommission in irgendeinem Ministerium gibt, an der die Gewerkschaften beratend teilnehmen dürfen. Wir treten dafür ein, daß die Gewerkschaften im Rahmen dieser Drittelparität auch tatsächlich eine paritätische Entscheidungskompetenz bekommen und daß diese Kommissionen möglichst hochrangig angesiedelt werden.

Die institutionelle Einbindung der Gewerkschaft im jeweiligen Land ist auch deswegen von Bedeutung, weil es nicht nur um die Lohnverhandlungen gehen soll, sondern auch darum, daß die Gewerkschaften an demokratiepolitischen Entscheidungen teilhaben sollen. Aus dieser Funktion sind sie zur Zeit vor allem deswegen ausgeschlossen, weil sie im Weltbild der derzeit an der Macht befindlichen Regierungen als Hemmfaktoren für den Wirtschaftsaufbau gelten; sogar die ungarische Regierung, die mehrheitlich aus Ministern der sozialistischen Partei Ungarns besteht, hat es geschafft, sich innerhalb eines halben Jahres mit den Gewerkschaften zu überwerfen.

Zum zweiten Teil der Frage, jener nach den grenzüberschreitenden Strukturen: Bekanntlich existieren zwei in diesem Zusammenhang relevante Dachverbände – der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, dem auch Organisationen aus einer Reihe von osteuropäischen Ländern angehören, und als zweite Struktur der Europäische Gewerkschaftsbund. Es gibt also ein institutionelles Rahmenwerk; man muß allerdings hinzufügen, daß es noch auf sehr schwachen Beinen steht. Die wesentlichen Aktivitäten sind Absprachen von gewerkschaftlichen Positionen auf internationaler Ebene, Informations- und Erfahrungsaustausch, Austausch von Statistiken etc.; ein internationaler Solidaritätsstreik ist bisher undenkbar. Die Beschäftigten von Unilever Holland und jene von Unilever Österreich werden nicht für den jeweils anderen Firmenstandort streiken; Ost-West-Solidaritätsstreiks sind noch viel weniger vorstellbar. Dazu sind unsere institutionellen Verbände einfach zu schwach. Vor einer Woche gab es einen Weltkongress des IBFG, an dem sich auch 15 bis 20 Organisationen aus

Osteuropa beteiligt haben. Wir haben zwar gemeinsame Dokumente verabschiedet und darin kein gutes Haar am IWF gelassen, aber die daraus folgenden Aktivitäten sind viel zu gering.

Wie steht es in den Reformländern um das Verhältnis zwischen der Gewerkschaftsbasis und dem Apparat?

All Gewerkschaften sind extrem fragementiert, das geht zum Teil noch auf Gorbatschow zurück, der 1987 die Rolle ausgab, die Gewerkschaft bause sich von der Basis her auf; im Zuge dessen wurde jede Betriebseinheit zu einer selbständigen Rechtspersönlichkeit. Dies war ein Element des Machtkampfes zwischen Gorbatschow und der alten Partei- bzw. Gewerkschaftsführung, die dann mit einem Federstrich entmachtet wurde. Alle anderen osteuropäischen Länder folgten damals dem russischen Beispiel. Nun existieren in diesen Ländern Hunderte, wenn nicht Tausende Betriebsgewerkschaften, die die Mitgliedsbeiträge selbst einheben und sie auch verwalten. Natürlich gibt es darunter einige, die im besten Sinn des Wortes basisbezogen sind; die Mehrheit davon spielt allerdings jedoch so wie vor zehn Jahren die Rolle des Verteilers von Sozialleistungen, wobei das Vermögen vom Betriebsgewerkschaftsvorsitzenden verwaltet wird; in Rußland mögen diese Sozialleistungen überlebenswichtig für die ArbeiterInnen sein; in anderen Ländern erschöpft sich die Funktion der Gewerkschaften im Ausgeben von Rosen am Tag der Frau oder im Anbieben billiger Urlaubsreisen.

Der überwiegende Anteil der Mitgliedsbeiträge verbleibt im Betrieb selbst, und nur ein winziger Teil geht weiter an den Branchenverband, falls die jeweilige Betriebsgewerkschaft überhaupt einem Branchenverband angehört. So ist nun z.B. die Gewerkschaft Metall, Leichtindustrie oder Textil von dem abhängig, was ihr diese Betriebe gewillt sind zu geben. Von ihr wird jedoch erwartet, daß sie eine branchenbezogene Politik macht – z.B. einen Branchen-Kollektivvertrag aushandelt oder Studien über die Entwicklungschancen der Metallindustrie und des Bergbaus in Auftrag gibt. Dazu braucht sie Fachleute und Datenmaterial, und wegen der geringen materiellen Ressourcen läßt das Ergebnis natürlich zu wünschen übrig. Diese Branchenverbände sollten ihrerseits Mitglied in einem Dachverband sein, der wiederum nur etwa 5% der ursprünglichen Betriebsmitgliedsbeiträge bekommt. Natürlich existiert in diesen Ländern noch die alte Gewerkschaftsbürokratie; sie ist allerdings infolge Geldmangels auf etwa ein Drittel der frühe-

ren Größe zusammengeschrumpft. Die Spitzenfunktionäre denken oft noch so wie vor 20 Jahren; sie versuchen weiterhin einen aufwendigen Repräsentationsstil zu pflegen. Aber: Trotz einer Vielzahl gültiger Argumente gegen den Zentralismus muß man feststellen, daß eine Gewerkschaftsspitze wie jene des ÖGB wesentlich effizienter agieren kann, da alle Gewerkschaftsbeiträge zuerst in der Zentrale zusammenfließen; und wenn ein Beschuß gefaßt wird, so gilt dieser für die ganze Organisation. Im Osten kann an der Gewerkschaftsspitze alles beschlossen werden, ohne daß sich die Betriebsgewerkschaften verpflichtet fühlen, sich daran zu halten; die Beschlüsse können also kaum umgesetzt werden.

□ *Werden in den Gewerkschaften eigentlich noch gesellschaftspolitische Diskussionen geführt?*

**E**s gibt nur eine sehr eingeschränkte gesellschaftspolitische Diskussion. Allerdings wird viel über politische Parteien diskutiert, wobei die Mehrheit die Ansicht vertritt, daß die Gewerkschaft mit Parteien nichts zu tun haben soll. In Tschechien ist diese Tendenz am stärksten ausgeprägt; dort vertritt die gewerkschaftliche Basis die Auffassung, man dürfe ja nicht an einer Partei anstreifen. Diese Haltung hat zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaft geführt. In anderen Ländern gibt es oft noch das traditionelle Naheverhältnis zu den verschiedenen Parteien, so entweder zu den ehemals kommunistischen und jetzigen sozialdemokratischen Parteien oder auch zu den neu entstandenen konservativen rechten, liberalen Parteien. Generell gibt es wenige Gewerkschaften, die sagen: Wir arbeiten mit gewissen Parteien zusammen, um unsere Ziele durchzusetzen.

□ *Welche Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Forderungen stehen den östlichen Gewerkschaften unter den geschilderten Bedingungen eigentlich offen? Welche Bedeutung haben traditionelle Kampfformen wie Streiks bzw. direkte Aktionen wie Betriebsbesetzungen?*

**D**ie meisten Gewerkschaften lehnen es ab, sich der Instrumente der repräsentativen Demokratie zur Einflußnahme auf politische Entscheidungen zu bedienen und selbst ins Parlament zu gehen, d.h. ihre Spitzenvertreter auf einer Parteiliste zu kandidieren. Es gab allerdings Ansätze zur Gründung eigener Gewerkschaftsparteien, was ich für unrealistisch halte. Ein Instrument, das zur Zeit eine gewisse Bedeutung hat, ist das aus Amerika übernommene

Lobbying: Es wird versucht, bestimmte Politiker privat für die Anliegen der Gewerkschaft zu gewinnen, was natürlich kaum in reale Ergebnisse mündet. Diese Methode ist ja auch in Amerika nicht sehr erfolgreich.

Über lange Zeit herrschte überhaupt Ratlosigkeit darüber, wie die Ziele umgesetzt werden könnten. Jetzt beginnen sich die Gewerkschaften aber allmählich wieder auf ihre Stärke zu besinnen, so z.B. in Tschechien anhand der Diskussion um die Neugestaltung des Sozialversicherungswesens. Es gab zwei Großdemonstrationen in Prag, die zentral vom Dachverband organisiert wurden und an denen jeweils 50.000 Menschen teilnahmen; zusätzlich wurden zehn weitere Großversammlungen in anderen Städten abgehalten.

Ein anderes Beispiel ist Bulgarien, wo es derzeit einen Bergarbeiterstreik gegen die Schließung von Minen gibt. Alle Bergarbeitergewerkschaften des ganzen Landes haben ihn gemeinsam organisiert, und die Dachverbände unterstützen ihn durch Pressearbeit und Lobbying und bemühen sich um internationale Solidarität.

Es handelt sich zwar um Defensivkämpfe, aber es wird dennoch wieder einmal gemeinsame Stärke gezeigt.

□ *Nicht einmal im Westen gibt es eine internationale Antwort der Gewerkschaften auf die Demontage des Sozialstaates. Was kann hier für den Osten als Vorbild dienen?*

**E**s gibt einen sehr interessanten Ansatz von Gewerkschaftspolitik gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, der aus Bulgarien kommt und vom Dachverband der unabhängigen Gewerkschaften ausgeht, der aus der alten bulgarischen Gewerkschaft entstanden ist. Als erste Gewerkschaft Osteuropas themisierte der Verband die Frage der internationalen Finanzinstitutionen, und zwar in einer offensiven Weise, indem er versuchte, eine Plattform zu gründen, um mit dem IWF bzw. mit der WB aus einer Position der Stärke verhandeln zu können. Voriges Jahr gab es ein erstes regionales Osteuropatreffen der Gewerkschaften mit dem IWF in Baden bei Wien, und vor einer Woche wurde in Brüssel ein Studientag der osteuropäischen Gewerkschaften abgehalten, der sich mit der Frage beschäftigte, welche Strategien gegenüber diesen Finanzinstitutionen entwickelt werden könnten. Darin liegen die ersten bescheidenen Ansätze einer Entwicklung hin zu einer offensiveren Haltung.

□ *Wie könnte sich die Gewerkschaftsbewegung im Osten in den nächsten Jahren entwickeln?*

**D**ie derzeitige große Herausforderung liegt in der Notwendigkeit der Stärkung der Kampfkraft. Das ist natürlich vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften im Osten selbst; unsere ist es, sie darin zu unterstützen. Bisher verlief die Diskussion eher ideologisch und kreiste um die Konflikte zwischen alten und neuen Gewerkschaften und die Frage, welche Rolle Gewerkschaften in einer Marktwirtschaft spielen dürften. Die Kollegen im Osten haben mit dem Systemwandel mehr über Bord geworfen, als notwendig war. Sie erkennen nun, daß die Gewerkschaften in der Marktwirtschaft auch eine Rolle spielen, und daß sie mehr dürfen, als sie sich trauen.

Wichtig wären in naher Zukunft auch Maßnahmen gegen den Mitgliedschwund; die lokalen Gewerkschaftsstrukturen müßten demokratisiert werden, gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, die zentralen Strukturen zu stärken und die Kontrolle zu intensivieren, alles Schritte, die nötig sind, um die Gewerkschaften handlungsfähiger zu machen. Zu tun gibt es genug: So wird in einigen Ländern das Arbeitsrecht neu verhandelt, da die Regierungen nach '89 im Handumdrehen Arbeitsrechte beschlossen haben, die einen möglichst geringen Spielraum für die Gewerkschaften ließen.

□ *Welche gesellschaftliche Rolle werden die Gewerkschaften spielen, wenn immer mehr Menschen in den Ländern des Ostens sozial marginalisiert werden?*

**D**er zunehmende soziale Ärger und Protest kann natürlich politisch unterschiedlich kanalisiert werden. In Ungarn und Bulgarien gibt es bekanntlich extrem rechtslastige Kräfte, die die soziale Unzufriedenheit in eine ausländer- und minderheitenfeindliche Richtung lenken. Mit Kollegen im Osten die Frage der Roma zu diskutieren ist aussichtslos, ebenso wie eine Diskussion über die Situation der afrikanischen Länder oder über die Frage der Gastarbeiter. Die vorherrschende Meinung zu den Gastarbeitern lautet, sie sollten in ihre Heimat zurückkehren und "unsere" Arbeitsplätze nicht gefährden. Es zeigt sich die Notwendigkeit einer linken, sozialistischen Alternative, die diesen sozialen Protest auffängt; von sich aus wird er nicht im Sinne von Demokratisierung und sozialer Gerechtigkeit wirken.

□ *Danke für das Gespräch*

Das Gespräch führte Johann Schögler am 5.7. telefonisch.

# Niedergang in Etappen

von László Andor

**●In der ungarischen Gewerkschaftspolitik können seit 1989 drei Perioden unterschieden werden. Diese Perioden folgen nicht gänzlich jenem politischen Zyklus, der durch Parlamentswahlen vorgegeben ist, sie sind vielmehr durch die großen Konflikte bestimmt, an denen die Gewerkschaften beteiligt waren.●**

1988 bis 1991 – die Periode der "low-intensity-Konkurrenz"

**A**ls der Wind aus Moskau die Satellitenstaaten zu Reformen ermutigte, mußten die kleinen Oppositionszirkel eine Strategie in Richtung politischen Pluralismus entwickeln. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) wurde im September 1987 gegründet, erklärte aber nicht offen seine Illoyalität gegenüber dem Regime und bezeichnete sich selbst auch in den folgenden zwei Jahren nicht als politische Partei. Gemeinsam mit dem Bund Junger Demokraten (FIDESZ) war dann die erste unabhängige Gewerkschaft jene Organisation, die die monolithische Struktur der staatssozialistischen Politik in Ungarn aufbrach. FIDESZ und TDDSZ (Demokratische Gewerkschaft wissenschaftlicher Arbeiter) deklarierten anlässlich ihrer Gründung sofort ihren Anspruch, für eine andere politische Struktur einzutreten.

Es war die sogenannte demokratische Opposition, zum Beispiel einige Dutzend liberale Akademiker, die hinter den beiden Organisationen stand (und später den Bund der Freien Demokraten/SZDSZ schuf). Sie waren natürlich vorsichtig genug, nicht sofort eine politische Partei zu gründen. Das hätte ernste Folgen gehabt zu einer Zeit, als Kádár immer noch Generalsekretär der regierenden kommunistischen Partei (MSZMP) war. Eine Gewerkschaft zu lancieren erschien hingegen als praktikable Strategie. Der offizielle Gewerkschaftsverband, der Landesrat der ungarischen Gewerkschaften (SZOT), war sehr unpopulär mit seinen Tausenden von Ja-Sagern in leitenden Positionen, die niemals den Anspruch hatten, mehr zu tun, als Sommerferien und Weihnachtsabende zu organisieren. Das Beispiel der polnischen Solidarität war immer noch präsent und unterstrich die Erwartung, daß eine "Gewerkschaft" stark genug werden kann, um die regierenden

Kommunisten herauszufordern.

Im Gefolge des Entstehens einiger liberal ausgerichteter Gewerkschaften wurde die Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften (FSZDL oder Liga) gegründet. Die Unterstützung und finanzielle Hilfe, die sie von der US-amerikanischen Gewerkschaft AFL-CIO und verschiedenen anderen ausländischen Organisationen bekam, war entscheidend. Die Vertreter der Liga waren in den offiziellen Zirkeln nicht willkommen, obwohl sie mit einigen wenigen Ausnahmen unbehindert und ohne Schwierigkeiten operieren konnten. Als sich die öffentliche Aufmerksamkeit aber bald auf die Parteipolitik konzentrierte, verlor das Auftreten der Liga als Alternative keine massive Restrukturierung der Gewerkschaftsbasis zu erzielen.

Im Jahre 1989 entstand jedoch eine andere wichtige Bewegung, die die Arbeiter zur Beteiligung ermunterte: die Bewegung der Arbeiterräte. Vermutlich kam die Idee von Arbeiterräten den Arbeitern deshalb entgegen, weil sie diese von 1956 in Erinnerung hatten. Sándor Rácz, der wegen Anführerschaft der 1956er Räte inhaftiert war, kam in die Politik zurück und präsentierte sich sogar als möglicher Kandidat für das Präsidentenamt. (Dafür stand er möglicherweise zu weit rechts, weiter sogar als ein anderer vermeintlicher Kandidat für dieses Amt, Otto von Habsburg).

Zwei Hauptströmungen kämpften um die Hegemonie innerhalb der Arbeiterrätebewegung. Eine der beiden sah die Aufgabe der Räte darin, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeiter Eigentümer an den Betrieben werden können. Dieser Plan konterkarierte die herrschenden Privatisierungsabsichten und beinhaltete eine Reform des Staatseigentums durch Demokratisierung und Dezentralisierung. Die andere Strömung vertrat keine Reform der Eigentumsverhältnisse. Sie war vielmehr der Meinung, die "kommunistischen" Gewerkschaften sollten durch Arbeiterräte ersetzt werden, die Arbeitenden sollten ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und sich nicht durch die herrschende Partei und ihre Nomenklatura vertreten lassen.

Die Debatte kam im Sommer 1990 nach dem Wahlsieg der drei konservativen und nationalistischen Parteien zu einem Abschluß. Imre Palkovics, der als Mandatar des Ungarischen Demokratischen Forums ins Parlament einzog, wurde zum Präsidenten der Nationalen Föderation der Arbeiterräte gewählt. Die Mehrheit hatte sich dafür entschieden, die Vorteile, die die Verbindung zur größten regierenden Partei brachte, zu nützen und die Idee der Arbeiter-

selbstverwaltung aufzugeben. Eine kleine Fraktion spaltete sich von der Nationalen Föderation ab, blieb aber unbedeutend.

Eine dritte Strömung innerhalb der neuen Gewerkschaften war die sogenannte "Solidarität". Ihr Vorsitzender, Sándor Bátonyi, war bekannt für seine Kampfbereitschaft. 1991 nahm er sogar an einem Hungerstreik gegen die permanenten Preiserhöhungen und die Verarmung teil. Sein lautes Auftreten brachte ihm allerdings nicht die gewünschte Unterstützung seitens der Arbeiter.

SZOT war vielleicht die letzte Organisation der alten politischen Struktur, die sich selbst erneuerte. Bei einem Kongreß im März 1990 gab sich die Föderation einen neuen Namen (Nationale Föderation Ungarischer Gewerkschaften/MSZOSZ). Sándor Nagy, eine der wichtigsten Führungspersönlichkeiten der SZOT in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und für kurze Zeit Mitglied des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, wurde Präsident der MSZOSZ.

Während dieses Kongresses spalteten sich drei kleinere Fraktionen von der MSZOSZ ab: die Konföderation der Autonomen Gewerkschaften (ASZSZ, hauptsächlich in der chemischen Industrie verankert), das Gewerkschaftliche Kooperationsforum (SZEZ, in der Hauptsache LehrerInnen) und die Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSZT). Die Abspaltung dieser Fraktionen war der Versuch, dem politischen Vermächtnis vergangener Zeiten zu entfliehen, obwohl diese Vorgangsweise nur beschränkten Erfolg haben konnte. Aus ähnlichen Gründen wurden in dieser ersten Periode keine offiziellen Verbindungen zwischen der Sozialistischen Partei (MSZP) und MSZOSZ geschaffen. MSZP wollte dem Image einer altmodischen Arbeiterpartei, die dem Einfluß der Gewerkschaften ausgesetzt ist, entkommen (auch im Westen eine allseits bekannte Erscheinung bei einigen links vom Zentrum angesiedelten Parteien), während MSZOSZ kein Bündnis mit dem politischen Erben der alten kommunistischen Partei eingehen wollte, die zu jener Zeit als Partei non grata behandelt wurde.

Die Koalitionsregierung, geführt von József Antall, legte eine zwiespältige Haltung gegenüber den Gewerkschaften an den Tag. In Übereinstimmung mit ihrer konservativen politischen Philosophie wollte sie die Gewerkschaften nicht zu wichtigen Akteuren der Politik machen und vertrat natürlich die Meinung, daß Arbeiter weder bei wirtschaftlichen, noch bei politischen Entscheidungen ein Wort mitzureden hätten.

Andererseits jedoch war sie sich ihrer eigenen schwachen Unterstützung aus der Bevölkerung bewußt und fürchtete, die Gewerkschaften könnten politischen Druck gegen ihre Politik mobilisieren.

Ironischerweise traten die Gewerkschaften nicht aufgrund eines Konfliktes in der Industrie erstmals groß in Erscheinung. Die dreitägigen Benzinunruhen, ausgelöst von einer überraschenden Preisanhebung im Oktober 1990, wurden von einer Dreierkonferenz bestehend aus Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern beigelegt. Diese Vorgangsweise kippte, als die Vertretung der Taxifahrer, die Blockaden initiierte, von den im Fernsehen übertragenen Verhandlungen ausgeschlossen wurde. Die Regierung mußte improvisieren, dieses Improvisieren jedoch implizierte indirekt eine längerfristige Entscheidung auf Seiten der Gewerkschaften: daß es nämlich unmöglich ist, mit den Vertretern der Regierung und repräsentativen Gremien zwischen zwei Wahlgängen zu verhandeln, anstatt Unruhen zu initiieren und den Verkehr lahmzulegen.

Ab diesem Moment repräsentierten die liberalen Parteien die größte Opposition rechts des Regierungszentrums, der größte Held auf Seiten der Gewerkschaft war Pál Forgács, der Veteranenpräsident der Liga. Forgács war früher Chef der Auslandsbeziehungen der SZOT. Er setzte sich zur Ruhe und wurde nun eingeladen, die Leitung der Liga bei den liberalen Akademikern einzunehmen, die die Gründung dieser Föderation angeregt hatten. Obwohl Nagy eine viel größere Organisation repräsentierte, mußte er von der zweiten Linie aus die Debatte verfolgen.

MSZOSZ rief im Mai 1991 zu einem großen Streik auf. Es war die einzige Drohung eines Generalstreiks während der Transformationszeit und eine Reaktion auf die Wut der Massen, die auf die Straße gehen wollten, um die Regierung zu zwingen, die geplanten Preissteigerungen (für Strom, Verkehr etc.) zurückzunehmen. Angesichts der Streikbereitschaft der Menschen entschied sich die Regierung für einen Kompromiß und schwächte einen Teil der geplanten Teuerungen ab.

Diesem Kompromiß folgte bald ein machtvoller Angriff gegen die MSZOSZ. Einer Drei-Parteien-Initiative folgend (FIDESZ, SZDSZ, MDF), verabschiedete das Parlament zwei Gesetzesentwürfe. Einer der beiden verlangte von den Gewerkschaften, ihre Mitglieder neu registrieren zu lassen. Der zweite Entwurf zielte auf das Vermögen der Gewerkschaften: Es sollte gemäß ihrem Einfluß neu verteilt werden.

Dies bedeutete, daß das Eigentum der MSZOSZ von den Arbeiterräten und der Liga beschlagnahmt werden konnte. Unterstützt wurden diese Initiativen von einer Medienkampagne gegen Nagy und andere Führer. Eine Zeit heftiger Auseinandersetzungen begann.

## 1991 bis 1993 – die Periode heftigen Kampfes um Einfluß und Überleben

In dieser neuen Situation war es für die MSZOSZ wichtig, ihre Verbindung zur Sozialistischen Partei zu stärken. Es gab bereits sogenannte Gewerkschaftsforen, die von der Zentrale der MSZP organisiert wurden, um sozialistische Politiker, Gewerkschaftsführer und Aktivisten zusammenzubringen. Die linke Alternative, eine unabhängige Bewegung linker Aktivisten, spielte in der Organisierung dieser Foren eine entscheidende Rolle. In Folge der beiden Gewerkschaftsgesetze erschien der Präsident der MSZP, Gyula Horn, bei einem Forum gemeinsam mit Sándor Nagy. Eine formelle Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Föderation war erreicht.

Die Überlebensstrategie der MSZOSZ beinhaltete auch Anpassung. Die zentrale Bürokratie der Föderation schrumpfte. Das Forschungsinstitut der Gewerkschaften, das zu einem konkurrenzfähigen sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Forschungszentrum entwickelt hätte werden können, wurde auf das Niveau einer Handvoll Forscher und Mitarbeiter reduziert und wurde in die Zentrale der MSZOSZ verlegt. Verbindungen zum Ausland waren ebenfalls wichtig, um die Legitimität der erneuerten Föderation unter Beweis zu stellen. MSZOSZ vertiefte die Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftszentrum in Brüssel und baute enge Beziehungen zu österreichischen und deutschen Verbänden auf.

Jene Gewerkschaften, die von liberalen und konservativen Parteien unterstützt wurden, waren für ihre Kampagnen finanziell viel besser ausgestattet. In dieser Zeit erhielt nicht nur die Liga hohe finanzielle Zuwendungen von der AFL-CIO, sondern auch die Arbeiterräte. Die Delegationen dieser beiden Gewerkschaftsorganisationen wurden nach Washington D.C. eingeladen, wo sie mit Funktionären des Finanzministeriums und der Weltbank zusammentrafen und mit ihnen über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit verhandelten.

Trotz des fortwährenden Kampfes zwischen den Gewerkschaften konnten sie in-

innerhalb des Drei-Parteien-Verhandlungssystems kooperieren. Insgesamt sieben Gewerkschaften nahmen an diesem Prozeß teil, der zur Schaffung von Akzeptanz wichtiger wurde als die Regierungspolitik. Nur die Gewerkschaft Solidarität ließ einen Mangel an Disziplin erkennen und wurde des Runden Tisches verwiesen.

Die Regierung hatte in einem zweijährigen Kampf die Neuverteilung des Eigentums und des Einflusses der Gewerkschaften durchgesetzt und blieb von großen Unruhen in der Industrie verschont. Es war die Periode der Strukturpassung, die entscheidenden Einbrüche der ungarischen Wirtschaft fielen in diese Zeit. Im Kampf um die Neuregistrierung ihrer Mitglieder und um die Organisierung einer nationalen Kampagne wurden die Gewerkschaften nicht allzu aktiv gegen die Betriebschließungen und massiven Entlassungswellen. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg im Juni 1992 eine halbe Million und stagniert seit damals bei 12 bis 13 Prozent. Die Gewerkschaften hatten keinen großen Einfluß auf die drei neuen Arbeitsgesetze, die am 1. Juli 1992 zu wirken begannen (ein allgemeines Arbeitsgesetz, das den privaten Sektor regelte, sowie zwei Gesetze für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors).

Gewerkschaftsaktivitäten waren auf nationaler Ebene viel stärker als auf regionaler. Lokale Organisationen waren schwach und fanden keine Ressourcen und Strategien im Kampf um bessere Bedingungen. Beispiele für erfolgreiche Aktionen können dort gefunden werden, wo bestimmte Gewerkschaften mit dem Management zusammenarbeiteten und so die Regierungspolitik positiv für die Beschäftigten der betroffenen Industriebetriebe beeinflussen konnten. Solche Beispiele lassen sich im Kohlebereich finden, auch zu einem gewissen Grad in der Stahlindustrie (beides MSZOSZ-Zweigorganisationen).

Der entscheidende Kampf zwischen den konkurrierenden Gewerkschaften fand im Mai 1993 mit den allgemeinen Wahlen für die Sozialversicherungsträger (Pensions- und Krankenversicherungsfonds) statt. Dieser Wahlgang war einer der skurilsten aller Zeiten, da niemand genau wußte, warum die gesamte Erwachsenenbevölkerung das Recht hatte, für Gewerkschaftsfaktionen zu votieren, bei denen sie nicht Mitglieder sind und für Behörden, die nicht notwendigerweise ihre Gelder verwalten. Trotzdem beteiligten sich rund 40 Prozent der Wahlberechtigten, was generell als ziemlich hoch eingeschätzt wurde.

Die Wahlergebnisse zeigten, daß trotz der vierjährigen permanenten anti-kommuni-

# ak analyse & kritik

## Zeitung für Linke

In ak Nr. 392 Berichte, Analysen & Diskussionen u.a. zu:

**Nato mit neuen Strukturen, Führung durch Flexibilität: Bündnis für Arbeit, neue Avantgarde und Zivilgesellschaft, Der DGB vor dem Generalstreik?, Hitler und die Deutschen, Nation und Nationalismus, Peres = Frieden? Netanjahu = Krieg?, Erosion des Flüchtlingsrechts, Der spanische Bürgerkrieg: ein geschichtlicher Rückblick u.v.a. mehr**

**Kostenloses Probeexemplar (Kennwort: Ost-West) bestellen bei:**

**analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,**

**Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175**

**e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de**

**ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich. Jahresabo DM 90,- Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten. (ISSN-Nr. 0945-1153)**

nistischen Propaganda die neuen Gewerkschaften weit unter ihren Erwartungen geblieben waren (siehe Tabelle). In beiden Behörden blieben die Vertreter der MSZOSZ in der Mehrheit. Sándor Nagy wurde Vorsitzender des Pensionsfonds, László Sándor Vorsitzender der Krankenversicherungsanstalt. Ein Jahr später trat Nagy seinen Vorsitz an seinen Freund Tamás Mészáros, Professor an der Budapest University für Wirtschaftswissenschaften, ab. Die Wahlergebnisse brachten den Arbeiterräten eine gute Basis und eine Beilegung des Konfliktes über das Gewerkschaftsvermögen.

**Tabelle: Stimmanteile für die Gewerkschaften bei den Sozialversicherungsträgern, Mai 1993**

	<i>Gesundheit</i>	<i>Pension</i>
MSZOSZ	45,22	50,10
Liga	13,13	10,07
Arbeiterräte	12,80	10,91
Autonome	5,27	4,80
SZEF	8,39	10,59
ÉSZT	6,79	6,18
Christliche	8,41	7,34
Gesamtergebnis:	100,00	100,00

bei beiden ca. 2,9 Millionen Stimmabgaben

**Quelle:** Politisches Jahrbuch Ungarn, Hungarian Centre for Democracy Studies Foundation, Budapest 1994

## 1993 bis ? – die Periode des Niedergangs ohne Wettbewerb

Der Erfolg von MSZOSZ bei den Wahlen 1993 ließ bereits auf ihre Stärke bei den allgemeinen Wahlen des kommenden Jahres schließen. Das Ergebnis zeigte, daß die öffentliche Meinung innerhalb der Arbeiterklasse nach links wanderte, was sich auch darin ausdrückte, daß die MSZP 33 Prozent der Stimmen und 54 Prozent der Mandate bei den Parlamentswahlen 1994 erzielte.

Bei den Wahlen 1990 spielten die Gewerkschaften überhaupt keine Rolle. Allgemeine Themen wie die Ablehnung des Einparteiensystems und der Sowjetorientierung standen auf der Tagesordnung. Die Situation 1994 war eine völlig andere: Die Sozialistische Partei brachte dem Bündnis der MSZOSZ starke Gewinne. Am 1. Mai betrat der MSZP-Vorsitzende Gyula Horn gemeinsam mit dem Gewerkschaftsführer Sándor Nagy erstmals seit 1992 wieder die öffentliche Bühne. Nagy hatte den zweiten Listenplatz der MSZP bei den Wahlen innegehabt, obwohl der Nominierung ein interner Kampf gegen die Unterstützer von László Békesi, der die Wirtschaftsinteressen der Partei repräsentierte und später Finanzminister wurde, vorangegangen war. Gemeinsam mit Nagy eroberten neun Gewerkschaftsmitglieder Mandate in der riesigen Fraktion der Sozialistischen Partei, die insgesamt 209 Abgeordnete ins Parlament brachte.

Die Regierung Horn versprach den Lohnabhängigen keinen Geldregen. Im Ge-

**Sparpaket, Arbeitsplatzmangel, konservative Trends - und was Frau dagegen tun kann**

# Heim an den Herd?

Eva Rossmann

Eva Rossmann, couragierte Journalistin und Autorin, weist eine politische Tendenz nach: Österreichs Frauen sollen wieder „heim an den Herd“ gedrängt werden. Der Mangel an Arbeitsplätzen und Budgetnoten liefern frauenfeindlichen Parteidilettanten die nötigen Argumente - und einst gar nicht so konservative Politiker ließen sich spätestens beim Sparpaket 1996 davon überzeugen. Die Auswirkungen: Frauen werden zur Reservearmee am Arbeitsmarkt: schlecht bezahlt, in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt, arbeitslos.



e-mail: [gbw-bund.wien@signale.comlink.apc.org](mailto:gbw-bund.wien@signale.comlink.apc.org)

Erstmals seit Jahrzehnten geht die Zahl der arbeitenden Frauen in Österreich zurück. Hausarbeit und Kindererziehung bleiben „traditionelle“ Aufgaben der Frauen. Ältere Frauen haben kaum noch Chancen, in Frührente zu gehen. Konkrete Tips helfen Frauen, sich zur Wehr zu setzen.

Dieses Buch - erschienen im Folio Verlag - ist ab sofort um 168,- öS bei der Grünen Bildungswerkstatt Bund erhältlich:  
Lindengasse 40, 1070 Wien,  
Tel. 0222 / 526 91 11, Fax: 526 91 15,  
[www.gbw-bund.wien@signale.comlink.apc.org](http://www.gbw-bund.wien@signale.comlink.apc.org)

genteil, sie war konfrontiert mit dem historisch gewachsenen Zwillingssdefizit (Budget und Zahlungsbilanz), das in den vorangegangenen zwei Jahren der damals amtierenden Regierung außer Kontrolle geraten war. Die Neuerung, die die Sozialisten einbringen wollten, war eine strengere Ausgabe der Drei-Parteien-Verhandlungen und eine schnelle Einigung auf eine sogenannte "soziale und wirtschaftliche Vereinbarung" zwischen Regierung, den Gewerkschaften und Arbeitgebern. Dieser Anspruch brach jedoch im Jänner 1995 zusammen, als klar wurde, daß die politischen und ökonomischen Auflagen zu prekär waren, als daß die Gewerkschaften ihre Zustimmung geben könnten. Tatsächlich bewirkte das Austeritätsprogramm des neu ernannten Finanzministers Lajos Bokros eine Reduktion der Reallöhne um 10 Prozent für das Jahr 1995.

Das Austeritätsprogramm der Regierung vom März 1995 brachte den Gewerkschaften verstärkte Unterstützung seitens der MSZP als auch seitens der Bevölkerung. Als die Regierung ihre Stabilitätspolitik zusammen mit einigen Privatisierungsvorhaben öffentlicher Dienstleistungen bekanntgab, zeigten Meinungsumfragen, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung auf diese Nachrichten mit Empörung reagierten. Die Gewerkschaftsführer nützten jedoch die Stimmung in der Bevölkerung nicht, die

vorhaben zwang.

Trotz der offenen Spaltung erwog die Führung der MSZP niemals einen Bruch mit den Gewerkschaftsführern. Nicht einmal mit den militanteren wie Frau István Szöllösi (genannt Ica), der geschwätzigen Präsidentin der Lehrergewerkschaft. Die Gewerkschaftsführer, im besonderen Ica, waren ein ständiges Angriffsziel für die Freien Demokraten, den Koalitionspartner der MSZP. Sie betrachteten die Gewerkschaften als den wichtigsten Hemmschuh für weitere marktwirtschaftliche Reformen und Sparprogramme – nicht ohne Grund: Sándor Nagy trat für eine Wirtschaftspolitik mit mehr Staatsinterventionismus und Dirigismus ein. Wann immer der Premierminister Nagy für ein Ministeramt vorschlug, war dies eine Kriegserklärung für die Freien Demokraten, und sie zwangen Horn, sein Vorhaben rückgängig zu machen. Trotzdem legte Nagy Ende 1995 die Führung der MSZOSZ zurück und begann, seine Kandidatur in der Partei aufzubauen. Er wurde allerdings auf dem Märzkongreß der Sozialistischen Partei 1996 nicht gewählt.

Nach Nagy wurde Laszlo Sándor Präsident der MSZOSZ. Obwohl er eine weniger schillernde Persönlichkeit ist und sich mit einem Mitgliederschwund konfrontiert sah, schaffte er es, die Verhandlungsposition der

meisten verhielten sich loyal zur Regierungslinie. Langsam begannen Vertreter des öffentlichen Sektors Widerstand zu mobilisieren, vor allem seit bekannt wurde, daß die Regierung den Stabilitätspakt durch eine fundamentale Reform des öffentlichen Sektors zu konsolidieren trachtete.

In der Folge kam es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu einer neuen Spaltung. Seit 1993, vielleicht bereits seit 1992, als der industrielle Wiederaufbau in Gang kam, wandten sich die Gewerkschaften im privaten Sektor von jeder Form der Militanz ab. Auf der anderen Seite war der öffentliche Sektor immer noch mit Entlassungen konfrontiert, was die Gewerkschaftsführung zu einer härteren Haltung gegenüber den Regierungs-

MSZOSZ auf nationaler Ebene zu halten. Tatsächlich ging dem plötzlichen Rücktritt des Finanzministers Lajos Bokros im Februar 1996 ein heftiger Streit zwischen ihm und Sándor über das Management des Krankenversicherungsfonds voraus. Die Auseinandersetzungen erreichten während der Regierungstreffen eine persönliche Ebene, und obwohl sich der Premierminister für die beiden entschuldigte und zu vermitteln suchte, entschied sich Bokros für einen sofortigen Aufbruch, während einige andere Minister noch zu einem Fußballmatch gegen ein Team von Journalisten antraten.

Trotz dieser Zwischenfälle opponierten die Gewerkschaften nicht klar gegen die Privatisierungen, gegen die Liberalisierung und andere Formen der Transformation. Obwohl sie genug Grund zur Besorgnis hatten: Einige multinationale Konzerne ließen beispielsweise keine Gewerkschaften innerhalb ihrer Firmen zu. Einer der bekanntesten Fälle war der Streit mit der Leitung von Suzuki. Andererseits gab es Fälle, wo das Firmenmanagement auf der Suche nach Verhandlungspartnern auf Gewerkschaftsseite war, aber keine vordurfte. Gesetzlich vorgeschriebene Kollektivverträge konnten deshalb nicht abgeschlossen werden, weil es keine legitimierte Vertretung auf Seiten der Arbeiter gab.

Zwei deutsche Wissenschaftler, Rainer Deppe und Melanie Tatur, formulierten in einem Artikel der Zeitung *Eszmelet* (Nr. 28 vom Winter 1995) die These, daß Ungarn möglicherweise auf dem Weg zu einem instabilen korporatistischen Regime wäre. Eine der Hauptursachen für die Instabilität sei die abnehmende Mitgliederzahl und materielle Basis der Gewerkschaften. Niemand kann aktuelle Mitgliederzahlen nennen, aber es wird angenommen, daß der Anteil der Organisierten unter 50 Prozent gefallen ist. Die Liga und die Arbeiterräte befinden sich in der Krise, insbesondere weil sie es verabsäumt hatten, sich in hegemoniale Zusammenschlüsse einzubinden, die Unterstützung aus dem Ausland trocknete aus. Auch die stärkeren Gewerkschaften sind mit einem Sinken ihrer Aktivitäten konfrontiert. Der industrielle Wiederaufbau könnte diesen Entwicklungen entgegenwirken, müßte aber nicht notwendigerweise zu einem Erstarken der Gewerkschaften führen, geschweige denn dazu, daß die Arbeitenden mehr darüber mitzureden hätten, wie die Wirtschaft gestaltet wird.

Aus dem Englischen von Karin Fischer.

# Vielfalt statt Einheit?

von Rainer Girndt

**Die Zersplitterung der ungarischen Gewerkschaften und ihre geringen Mitgliederzahlen haben zur Folge, daß weder effiziente Apparate noch eine ausreichende materielle Infrastruktur vorhanden sind, um v.a. die Belegschaften der Klein- und Mittelbetriebe organisieren und betreuen zu können.**

Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein, gibt es doch heute kaum eine Maßnahme der Regierung, bei der nicht um die Meinung der Gewerkschaften nachgesucht wird. Stärker als früher berücksichtigt man ihre Standpunkte bei der Privatisierung und bezieht sie in die Vorbereitung der Reform des Staatshaushalts ein. Der tripartite Interessenabstimmungsrat arbeitet kontinuierlich und die unterschiedlichen Parteien stimmen in das Loblied auf soziale Partnerschaft und sozialen Dialog ein.

Die Gewerkschaften sind zu Mitspielern der Politik geworden, ihr Einfluß in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherung ist beträchtlich, auf Makroebene schließen sie Vereinbarungen über Löhne, Preise und Reformen ab.

Gleichzeitig verlieren sie aber in den Betrieben, Institutionen und Ämtern, dem eigentlichen Ort des Interessenschutzes, ständig an Gewicht und Stimme. Zu dieser zutreffenden Einschätzung der gegenwärtigen Lage der ungarischen Gewerkschaften gelangt die Publizistin Katalin Bossányi in einem Artikel anlässlich des 1. Mai 1996.<sup>1</sup>

In Ungarn sind in den vergangenen Jahren 1,5 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Betroffen waren bislang vor allem Industrie, Baugewerbe, Handel und Landwirtschaft. Ein drastisches Beispiel für den Abbau an Beschäftigung bietet die Textil- und Bekleidungsindustrie, in der sich während der letzten sechs Jahre die Zahl der Arbeitsplätze um 60 Prozent verringerte. Wenigstens konnten die Gewerkschaften der Branche ihren Organisationsgrad in den noch verbliebenen, teilweise umstrukturierten und privatisierten Betrieben bei bemerkenswerten 60 Prozent stabilisieren.

Neuerdings bleibt auch der öffentliche Dienst infolge der Reform des Staatshaushalts und der notwendigen Sparzwänge nicht länger vom Personalabbau verschont.

Experten schätzen den gewerkschaftli-

chen Organisationsgrad in der gesamten Wettbewerbssphäre auf 30 und bei den öffentlichen Angestellten auf 60 Prozent.<sup>2</sup>

## Topographie der ungarischen Gewerkschaften

Mit dem Zerfall des Einpartei-Staates wurde auch das Weiterbestehen des zentralistischen Landesrates der ungarischen Gewerkschaften (SZOT), dessen Branchenorganisationen bis zum politischen Umschwung 1988/90 über 90 Prozent der Beschäftigten angehörten, in Frage gestellt. Seither bildete sich eine pluralistische Organisationsstruktur heraus, die sich im wesentlichen auf 6 unterschiedlich große Konföderationen stützt. Diese Dachverbände repräsentieren im tripartiten Interessenabstimmungsrat (ÉT) die Seite der ArbeitnehmerInnen.

Aus dem 1990 aufgelösten Landesrat der ungarischen Gewerkschaften (SZOT) sind vier reformierte Nachfolgeorganisationen hervorgegangen, von denen der Ungarische Gewerkschaftsbund (Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége/MSZÖSZ) mit etwa 500.000 aktiv erwerbstätigen Mitgliedern der größte ist. Hinzu kommt noch eine fast gleich große Anzahl von RentnerInnen und Auszubildenden.

Die Mitgliedsverbände des MSZÖSZ stammen überwiegend aus der Industrie und zum Teil aus dem Dienstleistungssektor (Handel, Post, Eisenbahn).

Mit 380.000 aktiv erwerbstätigen Mitgliedern und 170.000 RentnerInnen folgt das Gewerkschaftliche Kooperationsforum (Szakszervezetek Együttműködési Fóruma/SZEF) als zweitstärkste Konföderation, in der sich die Mehrzahl der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, vor allem Pädagogen, Beschäftigte des Gesundheitswesens, der kulturellen Einrichtungen und Beamte der Staats- und Kommunalverwaltungen organisiert hat.

Wichtige Teile des infrastrukturellen Bereichs und der öffentlichen Versorgung sind in der Konföderation Autonomer Gewerkschaften (Autonóm Szakszervezetek Szövetsége/ASZSZ) vertreten. 210.000 aktiv Erwerbstätige gehören den Mitgliedsorganisationen der ASZSZ an, von denen die Chemie-, Elektroenergie-, Lokführer- und Transportgewerkschaften die wichtigsten sein dürften.

Der Gewerkschaftlichen Vereinigung der Intelligenz (Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés/ÉSZT) hat sich bei fast 100.000 Mitgliedern die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Hochschulangestellten und MitarbeiterInnen wissenschaft-

Rainer Girndt ist Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler und seit 1991 Leiter des Projekts Gewerkschaftliche Kooperation und Arbeitsbeziehungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn.

licher Institute angeschlossen.

Einer der Gründe dafür, daß der aufgelöste SZOT in vier selbständige Nachfolgeverbände zerfiel, ist sicher in dem sehr unterschiedlichen Tempo zu sehen, in dem der gewerkschaftliche Neuaufbau unter sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die Abkehr vom demokratischen Zentralismus und die Orientierung an den Interessen der Mitglieder von den verschiedenen "Lagern" angegangen wurde.

Die Gründung von SZEf und ÉSzt erfolgte dazu noch als Reaktion auf das Verhalten des SZOT, das sich sehr deutlich am traditionellen Facharbeiterideal orientierte und der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen im Wissenschaftsbereich und von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes nicht genügend Beachtung schenkte.

Den vier Dachverbänden ist gemeinsam, daß sie ihre Bestrebungen, die Gewerkschaftsarbeit zu reformieren und ihre Organisationen den neuen Bedingungen anzupassen, im Rahmen der traditionell vorgegebenen Strukturen durchführen.

Im Unterschied dazu verstehen sich die Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften (Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája/FSZDL) und der Landesverband der Arbeiterräte (Munkástanácsok Országos Szövetsége/MOSZ) als Alternative zu den herkömmlichen Gewerkschaften. Die Liga war die erste alternative Gewerkschaftsorganisation nach der polnischen Solidarnosc in Mittel- und Osteuropa. Der Landesverband der Arbeiterräte knüpfte zumindest in der Benennung an die Traditionen der Arbeiterräte von 1956 an. Die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand waren charakteristisch für die Programmatik dieses Verbandes.

Während die Veränderungen der traditionellen Gewerkschaften zumeist als "Reformen von oben" eingeleitet wurden, setzten die alternativen Gewerkschaften auf demokratischen Aufbau von unten und hielten sich von Staat, Arbeitgebern und Kommunistischer Partei unabhängig.

Dachorganisationen entstanden bei den Liga-Gewerkschaften erst im Dezember 1988 und bei den Arbeiterräten noch später im August 1989. In Betrieben, in denen die Beschäftigten von der bis dahin praktizierten Interessenvertretung besonders enttäuscht waren, hatten die alternativen Gewerkschaften ihre besten Chancen, Fuß zu fassen. Bis heute ist es mit wenigen Ausnahmen (Eisenbahner, Pädagogen) beiden

alternativen Konföderationen nicht gelungen, effiziente Branchenstrukturen zu entwickeln. Bei den spektakulären Privatisierungen beispielsweise im Energiesektor des vergangenen Jahres spielten sie daher, wenn überhaupt, höchstens eine Nebenrolle.<sup>3</sup>

Ihre Mitgliederzahl gibt die Liga mit 70.000 an, die Arbeiterräte sprechen von 60.000-70.000. Die Arbeiterräte sind vor allem in der Industrie zu finden, gelegentlich aber auch im Dienstleistungssektor. Die Initiative zur Liga-Gründung ging von Intellektuellen aus, heute jedoch geben die Arbeitergewerkschaften bereits den Ton an.

### Internationale Kontakte

Die ungarischen Gewerkschaften fanden verhältnismäßig schnell Anschluß an die europäische und internationale Gewerkschaftsbewegung. Dabei kam ihnen gewiß auch zustatten, daß sie bereits vor dem politischen Systemwechsel über gute Kontakte auf bilateraler Ebene zu den west-europäischen und skandinavischen Gewerkschaften verfügten. Fast alle bedeutenderen Branchenorganisationen der traditionellen Gewerkschaftsbünde gehören ihren jeweiligen Internationalen Berufssekretariaten (IBS) und deren europäischen Untergliederungen an. Dies trifft auch für die wenigen stärkeren Branchengewerkschaften der Liga zu.

MSZOSZ und Liga wurden 1993 in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) in den christlichen Weltverband der Arbeit (WVA) als Vollmitglieder aufgenommen. Den gleichen Status erhielten Ende 1995 diese drei Konföderationen auch im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Dagegen müssen sich SZEf und ASZSZ vorerst noch mit der Beobachterrolle begnügen. Bei den Autonomen gab es wohl Zweifel, ob sie mehr sind als eine lockere Arbeitsgemeinschaft selbständiger Branchenverbände. Das SZEf dagegen muß sich auf internationaler Bühne bekannter machen, nachdem es sich in den vergangenen Jahren dort - einige bilaterale Kontakte ausgenommen - eher zurückhaltend bewegt hat.

Nach einer Phase abwartenden Stillstandes werden in den letzten drei Jahren die gewerkschaftlichen Beziehungen zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern wieder enger und immer intensiver gepflegt, um Erfahrungen im Arbeitsrecht, bei der Privatisierung, in der Interessenabstimmung mit Regierung und Arbeitgebern und in vielen anderen Fragen austauschen

zu können.

Insgesamt scheinen die ungarischen Gewerkschaften der europäischen Gewerkschaftspolitik vor einer darüber hinausgehenden internationalen den Vorrang zu geben.

### Arbeitsrecht und neue Institutionen

Ungarn führte im Jahre 1992 ein modernes Arbeitsrecht ein und modifizierte dies 1994 und 1995. An der ständigen Weiterentwicklung des Arbeitsrechts sind unter anderen auch die ungarischen Gewerkschaftskonföderationen stark interessiert, wie eine Reihe von Fachkonferenzen und Publikationen beweist.<sup>4</sup>

Das Arbeitsgesetzbuch (AGB) regelt nicht nur das individuelle Arbeitsrecht und arbeitsrechtliche Streitfälle, es enthält auch Bestimmungen des kollektiven Arbeitsrechts, vor allem zur Funktion des tripartiten Landes-Interessenabstimmungsrates, zur Rolle und Funktion von Gewerkschaften und deren Repräsentativität, zu Verhandlung und Abschluß von Kollektivverträgen und zu den Mitwirkungsrechten der ArbeitnehmerInnen über den Betriebsrat.

In Ungarn wurde 1988 von der Németh-Regierung der Landesrat für Interessenabstimmung (OÉT) geschaffen, dessen Hauptaufgabe in der landesweiten Lohnabsprache bestand. Die erste demokratisch gewählte Regierung unter József Antall stand 1990 vor der Frage, diesen tripartiten Rat aufzulösen oder ihn in seinen Funktionen gestärkt bzw. beschränkt beizubehalten. Die Regierung entschied sich für dessen Aufrechterhaltung. Gegenwärtig bilden 6 Gewerkschaftskonföderationen die ArbeitnehmerInnenseite und 9 Unternehmer-Innenverbände die ArbeitgeberInnenseite. Dritte im Bunde ist die Regierung.

Die wichtigste Möglichkeit der Einflußnahme des Interessenabstimmungsrates nach dem neuen Arbeitsgesetzbuch stellt zweifellos die Entscheidung über den verbindlichen Minimallohn dar. Außerdem spielt der Rat eine gewisse Rolle bei der Erörterung und Durchsetzung von einkommens-, sozial- und beschäftigungspolitischen Teilmaßnahmen. "Sein Einfluß auf die politische Strategie der Regierung ist äußerst gering, ebenso auf die grundlegenden Probleme der Umgestaltung, wie z.B. die Privatisierung".<sup>6</sup>

In Ungarn wird derzeit über die Erneuerung des Systems der Interessenabstimmung öffentlich nachgedacht und gestritten. Die Notwendigkeit der Interessenabstimmung stellt dabei kaum jemand ernst-

haft in Frage. Strittig ist allenfalls, welche Sachthemen in den Kompetenzbereich, z.B. des Interessenabstimmungsrates auf Landesebene (ÉT), gehören sollten, nach welchen Kriterien die Repräsentativität der Beteiligten zu beurteilen sei und welche rechtlichen Garantien der Interessenabstimmung angemessen wären.<sup>7</sup> Die Gewerkschaften erwarten von einer Reform des Systems größere Verbindlichkeit der tripartiten Vereinbarungen und wünschen offensichtlich die Kodifizierung der Interessenabstimmung in der Verfassung, deren Modifizierung in näherer Zukunft ansteht.<sup>8</sup>

Auf Unverständnis und Ablehnung trafen die Betriebsräte, die 1992 mit der Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzbuches eingeführt wurden. Da es für die ungewohlte Institution in Ungarn selbst keine Tradition gab, griff die damals regierende konservative Mehrheit auf westeuropäische Muster und Erfahrungen zurück. Sie verhüllte dabei kaum ihre Absicht, über die Betriebsräte die von ihr als sozialistisches Relikt gedeuteten Gewerkschaften aus den Unternehmen zu verdrängen. Das machte es den Gewerkschaften noch leichter, in der bislang unbekannten und zudem für überflüssig gehaltenen Interessenvertretung weniger einen möglichen Kooperationspartner als vielmehr einen lästigen Rivalen zu sehen. Doch auch die Arbeitgeber zeigten kaum Aufgeschlossenheit und Interesse den Betriebsräten gegenüber. Sie sicherten zwar die Bedingungen für deren Funktion, ohne aber sachlich und konstruktiv mit ihnen zusammenzuarbeiten. Eher schwenkten sie die Taktik an, Gewerkschaften und Betriebsräte gegeneinander auszuspielen. Und schließlich verhalten sich die ArbeitnehmerInnen ihren Interessenvertretungen gegenüber häufig distanziert, weil sie aufgrund eigener Erfahrungen die individuelle Form der Interessendurchsetzung einer kollektiven vorzuziehen scheinen.

Nach zwei Betriebsratswahlen 1993 und 1995 (im öffentlichen Dienst: Personalräte) beginnen sich die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Betriebsräten allmählich in günstigerem Lichte zu gestalten. Beispielsweise haben die Gewerkschaften erkannt, daß sie die Informationsrechte der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angelegenheiten vorteilhaft für ihre Arbeit nutzen können.<sup>9</sup>

Kritiker des ungarischen Arbeitsgesetzbuches bemängeln, "daß die betriebliche Mitwirkung in Ungarn einen eher formalen Charakter hat und die Interessen der Arbeitnehmer verkürzt".<sup>10</sup> Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates reduzieren sich in

der Tat auf die Nutzung von Sozialeinrichtungen und die Verwendung der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel. In allen anderen Fragen stehen ihm im Unterschied zum deutschen oder französischen Recht nur Informations- und Anhörungsrechte zu.

## Vermögen und Legitimität der Gewerkschaften

Die Verbindung beider Fragen brachte in Ungarn ein eigenständiges, explosives Gemisch hervor, das sich bis ins Jahr 1992 hinein in immer wiederkehrenden Streitigkeiten zwischen den Konföderationen entlud, für deren Charakterisierung der Begriff des "Gewerkschaftskrieges" gebräuchlich geworden ist.

Die Alternativen hielten beispielsweise den Traditionalisten vor, daß ihnen die Mitglieder in den Betrieben abhandengekommen seien und sie nur auf ihren umfangreichen hauptberuflichen Apparat und die Verfügungsgewalt über das Vermögen der ehemaligen Staatsgewerkschaft gestützt weiterbestehen könnten. Die sich reformierenden Nachfolgeorganisationen beschuldigten die neuen Gewerkschaften, daß sie, schwach an Mitgliedern, aus fremden Quellen, vor allem amerikanischen, finanziert würden, und das Ziel verfolgten, die Einheit der ungarischen Gewerkschaftsbewegung, die aber ohnehin nicht mehr bestand, zu zerstören.

Ein Fünkchen Wahrheit steckte selbstverständlich sogar in solchen massiven Pauschalurteilen. Tatsächlich verloren die großen Nachfolgeorganisationen kräftig an Mitgliedern, die sich aber keineswegs den neuen Gewerkschaften zuwandten, wie diese wohl erwartet hatten. Und ebenso traf es zu, daß die alternativen Gewerkschaften, weil sie über eigenes Vermögen nicht verfügten, zur Durchsetzung ihrer Zielsetzungen und Vorstellungen einer authentischen Interessenvertretung auf ausländische Unterstützung zurückgriffen, deren Umfang aber von den Gegnern maßlos überschätzt wurde.

Die Zerstrittenheit der in sich gespaltenen ungarischen Gewerkschaftsbewegung kam der antigewerkschaftlichen Politik der konservativ-nationalen Regierung entgegen, die darauf zielte, den Gewerkschaften das ganze Vermögen und damit die Grundlage ihrer Existenz zu entziehen.

Es spricht für die 6 Konföderationen, daß sie die drohende Gefahr noch rechtzeitig erkannten und am 10. September 1992 ein Abkommen zur Verteilung des SZOT-Vermögens im Umfang von 4,2 Md. Forint gegen den Widerstand einiger kleinerer

Gruppierungen unterzeichneten und anschließend auch umsetzten.

Das um ein Vielfaches größere Vermögen der alten Branchengewerkschaften (etwa 10 Md. Forint) wurde und wird noch immer auf gesetzlicher Grundlage im Verhältnis der bei den Betriebs- und Personalratswahlen im Mai 1995 auf die Mitgliedsorganisationen der verschiedenen Konföderationen entfallenen Stimmen verteilt. Dieses Verfahren stößt in den einzelnen Branchen auf unterschiedlich große Hindernisse, so daß mit einem endgültigen Abschluß der Vermögensverteilung erst in näherer Zukunft zu rechnen ist.<sup>11</sup>

Praktisch einen Schlußstrich unter die heftig ausgetragene Legitimitätsdebatte zogen die Sozialwahlen am 21. Mai 1993, bei denen die GewerkschaftsvertreterInnen in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherung nach den für die Parlamentswahl gültigen Regelungen ermittelt wurden. Die alternativen Gewerkschaften hatten vorher zu erkennen gegeben, daß sie das Ergebnis dieser Wahlen akzeptieren und als Beweis der Legitimierung der sich erfolgreich durchsetzenden Konföderationen ansehen wollten.

Die Sozialwahlen endeten mit einer Enttäuschung für die Liga und die Arbeiterräte, die beiden alternativen Bünde, die zwar zusammen etwa 25% der Stimmen erhielten, aber doch mit einem deutlich besseren Ergebnis gerechnet hatten.

Bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von fast 40 Prozent der wahlberechtigten StaatsbürgerInnen entschieden sich zwei Drittel von ihnen für die sog. Nachfolgeorganisationen, allen voran MSZOSZ, der schon allein fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.<sup>12</sup>

Bei den gleichzeitig stattfindenden ersten Betriebs- und Personalratswahlen schnitten die traditionellen Gewerkschaften sogar noch weitaus besser ab. Ihre dominierende Stellung in den gewählten Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen wurde bei den zweiten Wahlen im Mai 1995 bestätigt.

Bereits nach dem Abkommen über die Verteilung des SZOT-Vermögens im September 1992 verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen den Konföderationen. Der "Gewerkschaftskrieg" zumindest war beendet, wenn auch Meinungsunterschiede und Spannungen zwischen ihnen nicht gänzlich ausgeräumt sind und gelegentlich an Bedeutung gewinnen können.

## Politik und Gewerkschaften

In 80 Prozent aller politischen Fragen, die im tripartiten Interessenabstimmungsrat verhandelt werden, stimmen die 6 Konföderationen überein; so jedenfalls ist es von ihnen selbst zu hören. Im Verhältnis zu Parteien und Regierung weisen sie dagegen größere Unterschiede auf. Die Liga hält sich bislang an ihr Prinzip der Unvereinbarkeit von gewerkschaftlicher Funktion und politischem Mandat, obwohl sie in der Zeit der politischen Opposition gegen das Kádár-System enge Verbindungen zum sozialliberalen SZDSZ, dem heutigen Juniorpartner in der Koalition mit den Sozialisten, unterhielt.

Das Ungarische Demokratische Forum (MDF), führende Partei der vorangegangenen Koalitionsregierung, hatte bei der Gründung der Arbeiterräte Versuche unternommen, sich dieser Organisation als ArbeitnehmerInnenverband der Partei zu bemächtigen. Der Vorsitzende der Arbeiterräte war im ersten freigewählten Parlament Ungarns Abgeordneter des MDF, ist inzwischen aber Mitglied der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) geworden. Eine Nähe der Arbeiterräte zur christlich-demokratischen Opposition ist nicht zu übersehen.

Obwohl im MSZOSZ sich mehrere parteipolitische Plattformen gebildet haben, gilt die Konföderation im öffentlichen Bewußtsein als eindeutig den Sozialisten nahestehend. Daran vermochten selbst die Störungen im Verhältnis zur Partei nach dem drastischen Sparprogramm des Finanzministers Bokros, das zunehmende Kritik auf allen Ebenen des Bundes an dem Bündnis mit der MSZP auslöste, nicht viel zu ändern.

Bei den Parlamentswahlen im Mai 1994, bei denen die Sozialistische Partei einen überragenden Erfolg erzielte, kandidierte auf deren Listen fast die gesamte Prominenz von MSZOSZ, angeführt vom damaligen Vorsitzenden Sándor Nagy.

In den Führungen von SZEFT und ÉSFT gibt es sicherlich parteipolitische Präferenzen für die MSZP, dennoch versuchen sie ihre Konföderationen von dem Verdacht einer allzu engen Bindung an eine Partei freizuhalten. Lediglich die streitbare Generalsekretärin der Pädagogen, einer Mitgliedsorganisation des SZEFT, gehört der sozialistischen Parlamentsfraktion an. Auch die Autonomen sind bestrebt, sich nach allen politischen Seiten hin offen zu halten, bekennen sich aber dennoch eindeutig zu sozialdemokratischen Werten.

MSZOSZ und SZEFT setzen sich wie-

derholt dem Vorwurf aus, geheime Absprachen mit der Regierung zu treffen und ihre Kräfte als größte Konföderationen zu bündeln, um die kleinen Gewerkschaften von der Bühne der Interessenabstimmung zu verdrängen, der MSZOSZ wegen seiner personellen Verpflichtungen mit der sozialistischen Fraktion, das SZEFT aufgrund seiner engen Gesprächskontakte mit der Regierung in Fragen der Reform des Staatshaushalts und beide zusammen wegen ihres Kooperationsabkommens vom Dezember 1995<sup>13</sup>. Das Kooperationsabkommen aber gibt dem SZEFT die Sicherheit, daß der MSZOSZ, die andere große Konföderation, mit der Regierung keine Abmachungen über die Reform des Staatshaushalts trifft, ohne zuvor die Zustimmung des Forums einzuholen. Das Abkommen bezieht ferner die Abstimmung der regionalen und lokalen Tätigkeit der beiden Konföderationen ein. Es stellt sogar Überlegungen über gemeinsame Dienstleistungen für die Mitglieder und die gemeinschaftliche Nutzung von Büros und Infrastruktur in der Region an.

Ein ähnliches Kooperationsabkommen unterzeichneten SZEFT und ÉSFT, die beiden großen Konföderationen des öffentlichen Dienstes.

Die Autonomen sind zur Zusammenarbeit mit allen anderen Konföderationen bereit, ohne schriftliche Vereinbarungen dafür zu treffen. Der neue Vorstand der Liga dagegen verkündete unmittelbar nach seiner Wahl, die Kooperation mit den "regierungstreuen" Gewerkschaftsbünden MSZOSZ und SZEFT auf den tripartiten Interessenabstimmungsrat beschränken zu wollen, eine intensivierte Zusammenarbeit demgegenüber nur mit Autonomen und Arbeiterräten zu suchen.<sup>14</sup>

Gerade wenn man, wie es beispielsweise die Liga tut, so beharrlich am gewerkschaftlichen Pluralismus festhält, muß man unvoreingenommen neue Wege der Zusammenarbeit gehen. "Mittlerweile gehört nur noch jeder dritte Arbeitnehmer einer Gewerkschaft an, ohne daß ein Ende des Mitgliederschwundes bereits abzusehen wäre. Parallel dazu sind die finanziellen Mittel dermaßen ausgetrocknet, daß der Aufbau und die Rekonstruktion von hauptamtlichen "Apparaten" beziehungsweise professionellen Funktionärskörpern sowie die Entwicklung einer materiellen Infrastruktur ins Stocken geraten sind. Infolgedessen ist nicht nur das "Dienstleistungsangebot" für die Mitglieder beschränkt, sondern die Entwicklung von unentbehrlichen Außenbeziehungen auf allen Ebenen sehr schwierig.

Im Kontext von Massenarbeitslosigkeit

und Privatisierung befindet sich folglich eine zweite Ressource für gewerkschaftliche Organisationsstabilität und Organisationsmacht, der "Apparat", in "problematischem Zustand".<sup>15</sup>

Diesen zu verbessern, wird nur durch gemeinsame Anstrengungen möglich sein, weil die Kräfte der einzelnen Konföderationen dazu schon nicht mehr ausreichen. Die Mitglieder erwarten von ihren Gewerkschaften aber nicht allein kämpferisches Auftreten für kollektive Interessen, sondern fast noch mehr praktische Hilfestellungen bei der Bewältigung individueller Alltags-sorgen.

## Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit

Die Privatisierung und der Strukturwandel der Unternehmen stellen die Gewerkschaften vor mehrere Herausforderungen. Zunächst aber ist festzustellen, daß die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen die Privatisierung grundsätzlich unterstützen. Gewisse Vorbehalte gegen ausländische Aktienmehrheiten bei öffentlichen Versorgungsunternehmen wurden jedoch beispielsweise auf dem III. Kongreß des MSZOSZ im Mai 1995 laut. Die Gewerkschaften wollen keinen direkten Einfluß auf die Privatisierung nehmen, verlangen aber wirksame gesetzliche Regelungen und Kontrollrechte bezüglich der mit ihr verknüpften Beschäftigungs- und Einkommensprobleme. Das heißt, daß sie die Einhaltung der Verträge - notfalls auch durch Sanktionen - und die Erhaltung der Arbeitsplätze einfordern.<sup>16</sup>

Bedrohlicher für die Gewerkschaften ist die Zerlegung der Großunternehmen, in denen sie bisher mit hohem Organisationsgrad vertreten waren. Infolge der Zunahme von Konkursen staatlicher Betriebe und der Entstehung kleiner Unternehmen verringert sich in erschreckendem Umfang die tatsächliche Präsenz der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben. Die Frage von Kollektivverträgen und Lohnvereinbarungen auf Branchenebene liegt im Argen.

Im Jahre 1991 arbeiteten noch in 40% der Unternehmen jeweils mehr als 300 ArbeitnehmerInnen, gegenwärtig ist der Anteil dieser "Großbetriebe" auf 1,4% gesunken. 1992 gab es 24 Branchenvereinbarungen, die für 850.000 Beschäftigte gültig waren. Im Frühjahr 1996 kamen 5 solcher Verträge zustande, die gerade 2-3% der Beschäftigten betreffen. Aber auch auf Unternehmensebene hatten 1992 nur 25% der Beschäftigten in der Wettbewerbssphäre eine gültige Lohnvereinbarung, im Früh-

jahr 1996 sank dieser Anteil auf 20%.<sup>17</sup>

Für die Gewerkschaften der Wettbewerbssphäre ist daher die Überwindung ihrer Organisationsschwäche in den neu entstehenden Klein- und Mittelbetrieben und die damit einhergehende Tarifschwäche zu einem existentiellen Problem geworden. Ernsthaftere Versuche, diesem Problem beizukommen, lassen sich in letzter Zeit vermehrt bei verschiedenen Konföderationen beobachten.

Zum Spar- und Stabilisierungsprogramm der Regierung hatten zumindest MSZOSZ und SZEf, die beiden dominierenden Konföderationen, miteinander abgestimmte Vorschläge ausgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Alternativvorschläge stimmen sogar dem Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst zu, sofern dieser über 10% nicht hinausgeht und durch Nichtbesetzung freier Stellen bzw. Verrentung zu erreichen ist.<sup>18</sup>

Mehr oder weniger ausgearbeitete Vorstellungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen inzwischen von fast allen Konföderationen vor. Dabei stehen die Beschäftigungspolitik, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die Reform der Sozialversicherung, aber auch Arbeits- und Umweltschutz und spezifische Probleme der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer im Vordergrund.

Im öffentlichen Dienst kommen noch so bedeutende Aufgaben wie beispielsweise die Modifizierung des Gesetzes für öffentliche Bildung oder die Strukturreform der öffentlichen Verwaltung hinzu, bei denen die Gewerkschaften um ihre Stellungnahme gefragt sein wollen.

1 Katalin Bossányi, "Fortélyos félelem", in: "Népszabadság" vom 2.5.1996

2 Ebda.; Erzsébet J. Kun, "A dolgozók 30 százaléka szakszervezeti tag", in "Népszabadság" vom 7.6.1995

3 Walter Sauer, Um Legitimität und Vermögen, Zur Geschichte der ungarischen Gewerkschaftsbewegung 1988-1993, in "Archiv 1993", Jahrbuch des Vereins für Geschichte und Arbeiterbewegung, 9. Jahrgang (1993), S. 1994-160; Béla Galgóczi/Tamás Réti, Länderbericht Ungarn (Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften), in: Wolfgang Lecher/Uwe Optenhögel (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (Köln 1995), S. 100-108.

4 Munkajogi Konferencia 1995. január 31., in: LIGA Harsona, Különszám, 1995. április (Budapest); A munka világának szabályozása Nyugat-Európában és Magyarországon, LIGA Akadémia Füzetek 12 (Budapest 1995).

- 5 1992. évi XXII. Törvény a Munka Törvénykönyvról, in: Hatályos magyar jogszabályok, Nr. III./15. Budapest, 1992. július 15. (deutsch: Geltende Ungarische Rechtsnormen, Gesetz XXII aus dem Jahr 1992 über das Gesetzbuch der Arbeit); Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (Hrsg.), Praxis des ungarischen Arbeitsrechts: Ein Leitfaden für deutsche Unternehmer/von József Radnay (Bielefeld 1995).
- 6 Lajos Héthy, Tripartismus in Mittel- und Osteuropa, in: Wolfgang Lecher/Uwe Optenhögel (Hrsg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (Köln 1995), S. 266-278.
- 7 Mária Ladó/Ferenc Tóth, Fakten und Fragen zur Erneuerung der Interessenabstimmung: Synopsis der Faktenermittlungskommission des Interessenabstimmungsrates, angefertigt im Rahmen des PHARE-Projekts Sozialer Dialog (hektogr., Budapest Juni 1995).
- 8 "Népszava" und "Magyar Nemzet" vom 26. April 1996 in ihrer Berichterstattung über eine verfassungspolitische Konferenz, die gemeinsam von SZEf und Budapest Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Beteiligung aller Gewerkschaftskonföderationen veranstaltet wurde.
- 9 "Népszava" vom 13.5.1995
- 10 Tamás Prugberger, Kritische Betrachtungen zum neuen ungarischen Arbeitsgesetzbuch, in Sectio Juridica et Politica, Tomus IX, Fasciculus 1-13 (Miskolc 1994)
- 11 Walter Sauer, Um Legitimität und Vermögen, a.a.o.; Béla Galgóczi/Tamás Réti, Länderbericht Ungarn (Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften), a.a.o.; Rainer Girndt/Peter Scherrer, Gewerkschaftspluralismus auf ungarisch, in: Die Mitbestimmung, 9/1995
- 12 Die Gewerkschaftswahlen in Ungarn im Mai 1993, hrsg. vom Gewerkschaftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest (hektogr. Juni 1993).
- 13 MSZOSZ-SZEf Együttműködési Megállapodás (hektogr., Dez. 1995); Dreijahresabkommen über die öffentlichen Angestellten vom 28. März 1996 (Es handelt sich dabei um ein tripartites Arbeitsprogramm zur Lösung der Probleme der öffentlichen Angestellten im Zusammenhang mit der Reform des Staatshaushalts, dem inzwischen auch Gewerkschaften anderer Konföderationen beigetreten sind).
- 14 Népszabadság vom 3.5.1996 und Neuer Pester Lloyd vom 8.5.1996
- 15 Rainer Deppe/Rainer Girndt, Transformationspolitik und Gewerkschaften in Ungarn, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1995, S. 253-262
- 16 Világgazdaság vom 9.5.1996; "Gewerkschafts-Nachrichten aus Ungarn" IV/1995, hrsg. vom Gewerkschaftsprojekt der FES (hektogr., Budapest 18. Mai 1995)
- 17 Beszélő vom 11.5.1995; Katalin Bossányi, s. Anm.1.
- 18 Magyar Nemzet vom 15.4.1995

# SPW

Das Forum für die sozialdemokratische Linke und für den ökologisch-solidarischen Diskurs

## Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Geld und Macht

Frauen - Politik

Stadtentwicklung

Berufliche Bildung  
und Hochschule

Radikal-Reformerischer  
Neuanfang

Neue Gemeinwirtschaft

Zukunftsfähige Entwicklung

Ein kostenloses spw-Probeheft gibt es über:

spw-Verlag

Fresienstraße 26

D-44289 Dortmund

Tel.: 02 31/40 24 10

Fax: 02 31/40 24 16

e-mail: SPW-VERLAG  
@LINK-DO.soli.de

# „Rohrstock“- Kapitalismus oder soziale Partnerschaft?

von Klaus Pumberger

**● Im Gegensatz zu den andern mittel- und osteuropäischen Ländern nimmt der Dachverband der Gewerkschaften Tschechiens, die Tschechisch-Mährische Kammer, beinahe eine Monopolstellung ein. Der "Riese" ist jedoch mit einer Regierung konfrontiert, die gewerkschaftliche Aktivitäten ausschließlich auf Betriebe beschränkt wissen will. ●**

## Aufbau der Gewerkschaften

Das Rückgrat der tschechischen Gewerkschaften stellen nach wie vor die betrieblichen Grundorganisationen dar. Hier bleiben auch etwa 60 bis 70 Prozent der Mitgliedsbeiträge. Laut tschechischem Vereinsgesetz genügen drei Beschäftigte, um eine Gewerkschaftsorganisation zu gründen. Das von den Mitgliedern beauftragte gewerkschaftliche Organ (in den meisten Fällen die Leitung der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation) übernimmt für alle Arbeitnehmer im Unternehmen die Interessenvertretung, unabhängig von der Zahl der Mitglieder wie auch vom Willen oder gar der Zustimmung der Unternehmensleitung. Es gibt also in der Tschechischen Republik keine Betriebsräte. Die Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Informationsrechte für alle Arbeitnehmer übernehmen die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen. Allerdings sind diese Rechte nicht so stark ausgeprägt wie jene der Betriebsräte in Deutschland oder in Österreich. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Kündigungsschutzes.

Zur Zeit sind weder von den wichtigsten politischen Parteien noch von den Sozialpartnern Initiativen bekannt, diese eingliedrige Vertretungsstruktur von Arbeitnehmerinteressen arbeitsrechtlich zu verändern. In der größten Regierungspartei von Premierminister Vaclav Klaus gibt es jedoch Bestrebungen, das bisher geltende Arbeitsgesetzbuch in das Bürgerliche Gesetzbuch zu integrieren. Dies würde auf eine Individualisierung des Arbeitsrechtes bei gleichzeitiger Einschränkung der kollektiven gewerkschaftlichen Vertretungsrechte hinauslaufen.

Die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen haben sich in der Tschechischen Republik in der Regel zu Branchengewerkschaften zusammengeschlossen. Insgesamt gibt es zur Zeit 36 Branchengewerkschaften, die sich nach der "Samtenen Revolution" neu strukturiert, aber gleichzeitig auch das Vermögen der alten kommunistischen Gewerkschaften mitübernommen haben. Insbesondere im Bereich der privaten und

öffentlichen Dienstleistungen hält die Zersplitterung der Gewerkschaften an. Die größte Einzelgewerkschaft ist auch in der Tschechischen Republik die Metallgewerkschaft mit mehr als 500.000 Mitgliedern. Die Branchengewerkschaften haben sich wiederum zu einem Dachverband, der Tschechisch-Mährischen Kammer, zusammengeschlossen. Mehr als zwei Millionen Mitglieder sind heute in dieser Gewerkschaftszentrale vereinigt, die sich nach Kraft und Werteorientierung am ehesten mit dem DGB oder dem ÖGB (wenngleich bei diesem die Zentrale gegenüber den Einzelgewerkschaften über mehr Gewicht verfügt) vergleichen lässt. Die Tschechisch-Mährische Kammer - in ihrer inneren Struktur in den letzten beiden Jahren deutlich konsolidiert - ist auch Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) sowie des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). Die in der Kammer vertretenen Einzelgewerkschaften sind in der Regel auch Mitglieder in den jeweiligen internationalen Zentralen der Fachgewerkschaften (IBS).

Neben der Tschechisch-Mährischen Kammer gibt es weitere Gewerkschaftsorganisationen und Gewerkschaftszentralen (teilweise berufsständisch oder politisch/religiös orientiert), die aber das Geschehen in den Betrieben, Kollektivvertragsverhandlungen miteingeschlossen, nicht wesentlich beeinflussen. Obwohl vom Gesetz her möglich, spielt somit die Pluralität der Gewerkschaften bzw. der Arbeitnehmervertretung und eine daraus wahrscheinlich resultierende Verkomplizierung der Arbeitsbeziehungen in der Realität keine Rolle. 95 Prozent aller tschechischen Gewerkschafter sind Mitglieder von Gewerkschaften, die in der Tschechisch-Mährischen Kammer vereinigt sind. Bezogen auf alle Arbeitnehmer liegt der gegenwärtige Organisationsgrad bei 45 Prozent, mit nach wie vor leicht fallender Tendenz.

## Gewerkschaften und Gesellschaft

Auf der gesellschaftlichen Ebene waren und sind die Gewerkschaften über die Einrichtung des sog. "Rates für den sozialen Dialog der Sozialpartner" in den Transformationsprozeß eingebunden. In ihm sitzen auch Vertreter der Regierung und der Arbeitgeberverbände. Somit lässt sich dieses Gremium am ehesten mit der Vorstellung der "Konzertierten Aktion" vergleichen, wie sie am Ende der sechziger Jahre von dem damaligen deutschen Finanzminister Karl Schiller entwickelt wurden. Etwas Vergleichbares stellte auch die österreichische Sozialpartnerschaft in ihren

Klaus Pumberger ist Historiker und Politikwissenschaftler und seit 1992 für die Friedrich-Ebert-Stiftung Prag und Bratislava tätig, wo er die Abteilung Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftskooperation leitet.

Anfangsjahren dar. In diesem Rat werden alle Fragen und Gesetzesvorhaben besprochen, die die Belange der Arbeitnehmer berühren. In den ersten Jahren nach der Revolution von 1989 wurden die Absprachen zwischen Regierung und Sozialpartnern zu diesen Bereichen in Form von Generalabkommen festgehalten, inklusive genereller Lohnleitlinien.

Während der letzten zwei Jahre häuften sich die Konflikte innerhalb dieser drittelpartitärischen Einrichtung, insbesondere zwischen Regierung und Gewerkschaften. Die Regierung will sich zunehmend daraus zurückziehen, weil sie eine aktive Rolle im Widerspruch mit ihrer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung sieht. Die Gewerkschaften wiederum haben zwei größere Kampagnen gegen Vorhaben der Regierung, Arbeitsgesetzbuch, Renten- und Sozialhilfegesetze zu ändern, gestartet. Als Folge davon wurde weder für 1995 noch für 1996 ein Generalabkommen unterzeichnet. Andererseits waren es eben diese landesweiten Kampagnen, deren Höhepunkt Ende März 1995 eine Großdemonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern am Prager Altstädterring darstellte, die das Prestige der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung steigen lassen. Hinzu kommt, daß der Dachverband mit Richard Falbr an der Spitze eine populäre Persönlichkeit vorweisen kann. Falbr erweist sich als stabile Führungsfigur, hält "seinen Laden" bislang zusammen und gehört somit zu den wichtigsten Persönlichkeiten des Landes.

Die in der Tschechisch-Mährischen Kammer vertretenen Gewerkschaften sind nach wie vor strikt überparteilich. Deshalb wurde auch die ursprüngliche Absicht, die Spitzenfunktionäre für die bevorstehenden Parlamentswahlen auf Parteilisten kandidieren zu lassen, wieder zurückgezogen. Dem steht noch immer das kommunistische Erbe aus der Vergangenheit entgegen. Allerdings informieren die Gewerkschaften gegenwärtig ihre Mitglieder über die sozialpolitischen Programme der einzelnen Parteien sowie über deren Abstimmungsverhalten in der letzten Legislaturperiode zu diesen Fragen. Ferner werden die Spalten des Dachverbandes im Herbst dieses Jahres auf der Liste der Sozialdemokraten für die zweite Kammer des Parlaments (Senat) kandidieren.

### Unternehmensgewerkschaften

Auf der betrieblichen Ebene ist das Bild der tschechischen Gewerkschaften zuweilen durchwachsen. Vielfach ist die Erwartungshaltung der einfachen Mitglieder an die Gewerkschaften immer noch

dem alten Selbstverständnis aus kommunistischer Zeit verhaftet. Demnach werden Gewerkschaften als Quasi-Sozialversicherungen wahrgenommen, die wie eh und je entsprechende Sozialleistungen (Ferienplätze, Ausflüge, Kredite, Weihnachtskonfektüre etc.) verteilen sollen. Dagegen wird in vielen Fällen die Existenz von Kollektivverträgen überhaupt nicht oder als etwas Selbstverständliches wahrgenommen.

Positive Beispiele werden in diesem Zusammenhang aus Unternehmen berichtet, die bereits eine ausländische Kapitalbeteiligung aufweisen. In diesen Fällen drängt das neue Management zwar auf eine schnelle und umfangreiche Umstrukturierung des Unternehmens, gleichzeitig hält es sich aber zumeist in den Verhandlungen an verbindliche Spielregeln (siehe oben). Ein großer Teil der Funktionäre in diesen Unternehmen sammelte auf diese Weise sehr schnell Erfahrungen in Kollektivvertragsverhandlungen, machte sich praktisch mit der Logik der Marktwirtschaft vertraut und lernte unter den neuen Bedingungen zu handeln. Selbst bei zuvor unbekannten Themenfeldern wie beispielsweise der Einführung neuer Arbeitsorganisations- und Produktionskonzepte kann heute ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiß gefunden werden. Vielen betrieblichen Gewerkschaftsfunktionären kommt ihre gute berufliche und ökonomische Vorbildung zugute. Nicht wenige von ihnen nahmen in der Zwischenzeit an Weiterbildungskursen teil, die von Experten aus westeuropäischen Ländern geleitet wurden.

Noch schwieriger ist es für die Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretungen in jenen Bereichen von Industrie und Dienstleistungen aufzubauen, die sich umformen bzw. überhaupt neu entstehen. Besonders deutlich wird diese Entwicklung in den Klein- und Mittelbetrieben. Zwar ist die Mehrzahl der ökonomisch aktiven Bevölkerung bereits in diesen Unternehmen tätig, die Präsenz von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen hinkt diesem Zustand jedoch deutlich hinterher. In Betrieben mit bis zu 25 Beschäftigten geben lediglich 17 Prozent eine Mitgliedschaft an. 75 Prozent dieser Betriebe kennen keine betriebliche Gewerkschaftsorganisation und damit auch keine Arbeitnehmervertretung.

### Arbeitsbeziehungen in ...

#### ... großen tschechischen Unternehmen

Viele große tschechische Unternehmen, die sich immer noch in einem großen Ausmaß in den Händen des Staates, der Investitionsfonds sowie der Kleinaktionäre befinden,

den, haben nach wie vor unklare Management- und Entscheidungsstrukturen. Ihre ökonomische Situation ist relativ kompliziert.

Die Lage ist in diesen Unternehmen so ernst, daß es nicht verwundert, daß es in diesem Bereich im Zusammenhang mit dem Aushandeln von Kollektivverträgen bislang zu keinen harten Konfrontationen kam. Allerdings kommt es immer wieder zu kleineren Konflikten, deren Hauptquelle in einer unzureichenden Information von Seiten der Unternehmensleitungen gegenüber den Arbeitnehmervertretungen liegt. Insbesondere jene Manager, die sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur früheren Nomenklatura in den heutigen Unternehmensleitungen wiederfinden, zeichnen sich häufig durch ein arrogant-paternalistisches Verhalten gegenüber den Arbeitnehmervertretungen aus. In einzelnen Fällen, in denen die Privatisierung "Abenteurer" oder "Hochstapler" nach oben in die Unternehmensleitung gespült hat, sind die Gewerkschaften ständigen Manipulationsversuchen ausgesetzt. Sie versuchen den Beschäftigten bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung einzureden, daß nur sie die Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit retten können.

Dabei wird eine relativ hohe Anzahl von tschechischen Privatunternehmen übersehen, die bereits ausgewogene Beziehungen zwischen Management und Gewerkschaften entwickeln konnten. In diesen Betrieben läßt sich das Management von der Maxime leiten, daß es besser ist, mit der Gewerkschaft als mit jedem Arbeitnehmer einzeln zu verhandeln. Die Kollektivvertragverhandlungen verlaufen auch hier in der Regel hart, das Management hält sich jedoch an die Ergebnisse.

#### ... großen Unternehmen mit ausländischen Investoren

Heute gibt es in der Tschechischen Republik bereits mehrere größere Unternehmen mit ausländischen Investoren, die sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch im Bereich der Arbeitsbeziehungen auf eine positive Entwicklung verweisen können. Diese Unternehmen sind bestrebt, ihre von zu Hause gewohnten Leitungsmethoden und Gepflogenheiten anzuwenden, verfügen über entsprechende finanzielle Potentiale zur Modernisierung und Restrukturierung und können überdies den Arbeitnehmern relative soziale Sicherheit bei gleichzeitiger Perspektive für das Unternehmen anbieten. In einigen Fällen stellen gerade diese Unternehmen Stützpfeiler der tschechischen Industrie dar und üben somit einen positiven Einfluß auf Arbeitsbeziehungen

und Unternehmenskultur in der Tschechischen Republik insgesamt aus.

Bei heutigem Stand kann also über die Arbeitsbeziehungen in diesen Unternehmen eine positive Zwischenbilanz gezogen werden. Dem ging allerdings insbesondere zu Beginn der Tätigkeit der ausländischen Investoren eine Phase voraus, die nicht frei von Konflikten und Problemen war. Diese können nicht nur mit der hohen Erwartungshaltung erklärt werden, die die tschechischen Arbeitnehmer dann in der Realität nicht erfüllt sahen. Die Schwierigkeiten der Anfangsphase konzentrierten sich vor allem auf Probleme in der Kommunikation zwischen ausländischen Managern und tschechischen Beschäftigten bzw. deren Arbeitnehmervertretungen. In einigen Fällen wurden von den ausländischen Unternehmungen nicht unbedingt die geeignetesten Manager in die Tschechische Republik geschickt. Manche wurden nur deshalb auf einen "Versorgungsosten" entsandt, weil sie sich in ihren Herkunftslandern schon auf dem "Abstellgleis" befanden. Oft waren es auch junge Leute, vielfach hochmotiviert, die aber übers Ziel hinausschossen. Ohne Sensibilität für bestehende Traditionen vermittelten sie ihren tschechischen Partnern, man müsse alles ganz anders machen, wenn man in Zukunft Erfolg haben wolle. Auch sie sahen ihre Tätigkeit in der Tschechischen Republik als günstige Gelegenheit für einen schnelleren Karrieresprung anschließend zu Hause.

Hinzu kam, daß sich nicht wenige ausländische Manager als Folge der Sprachbarriere vom tschechischen Milieu isolierten und abschotteten. Sich auf das hiesige Umfeld einzulassen, erscheint dann lästig und zudem mühsam. Da fliegt man am Wochenende schon mal lieber nach Hause. In der Folge wurde ihr Verhalten als arrogant aufgenommen. Manchmal wurde auch traditionalistischen tschechischen Managern - früher in vielen Fällen Teil der Nomenklatura - zuviel Spielraum zugestanden, die nicht unbedingt den besten Filter zwischen ausländischen Eigentümern, Managern und tschechischen Arbeitnehmern bildeten.

Insgesamt waren in dieser Anfangsphase in vielen Fällen die Vorstellungen und Entscheidungen des westlichen Partners dominant. Oftmals wurde versucht, diese "top down" durchzusetzen. Auf diese Weise wurde das in tschechischen Unternehmen vorhandene Produktionswissen vom westlichen Partner unterschätzt und gleichzeitig vom tschechischen Partner anfangs auch nicht selbstbewußt genug verteidigt. Diese Mischung aus Vorurteilen, Halb- und Nicht-Wissen war immer wieder Anlaß für Konflikte. In der Zwischenzeit konnten sich alle Beteiligten gegenseitig ihre Interessenlage bes-

ser klarmachen. In vielen Fällen erweisen sich heute sowohl Management als auch Arbeitnehmervertretungen als verhandlungsfähig. Selbst bei schwierigen Themenfeldern wie der Reduktion der Beschäftigtenzahl oder der Einführung neuer Arbeitsorganisations- und Produktionskonzepte können auf Verhandlungswege. Kompromisse erzielt werden. Es bildet sich zwischen den Sozialpartnern eine gegenseitige Akzeptanz heraus. Ebenso steigt die Zahl der ausländischen Manager, die ihre Arbeit als Teil ihres Lebenswerkes begreifen und sich demgemäß sehr für die weitere positive Entwicklung des tschechischen Standortes innerhalb des Gesamtunternehmens einsetzen. Umgekehrt werden sie auf tschechischer Seite zunehmend als Teil des "hiesigen Managements" wahrgenommen. Der Aspekt, ob die betreffende Person ein Tscheche oder Ausländer ist, tritt dabei in den Hintergrund.

### ... kleineren und mittleren Unternehmen

Auch in diesem Bereich gibt es zum einen viele Unternehmen, die sich als wirtschaftlich sehr erfolgreich erweisen. Ebenso finden die Beschäftigten in der Regel in diesen Unternehmen solide Arbeits-, Lohn- und Sozialbedingungen vor, die zu meist über dem Standard der jeweiligen Branche oder Region liegen. Allerdings wird dieses gute Niveau in nicht wenigen Fällen von der Unternehmensleitung paternalistisch vorgegeben. Dazu zählen auch Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Sofern Arbeitnehmervertretungen überhaupt vorhanden sind, wird deren Aktionsradius eingegrenzt.

An dieser Stelle wird eine Schwäche des eingliedrigen Systems der Arbeitnehmervertretungen in Unternehmen in der Tschechischen Republik deutlich. Gerade weil den tschechischen Gewerkschaften immer noch ihr Image aus der kommunistischen Zeit nachhängt, finden sie zu diesem dynamischen, aufsteigenden Sektor der Klein- und Mittelbetriebe oft nur schwer Zugang. Die Latte, sich offen als betrieblicher Gewerkschaftsfunktionär zu bekennen und gleichzeitig andere Beschäftigte für die Gründung eines betrieblichen Gewerkschaftsorgans zu gewinnen, liegt sehr hoch. Innerhalb der kleinen und mittleren Unternehmen in der Tschechischen Republik ist noch eine spezielle Kategorie hervorzuheben, deren Besitzer lediglich bestrebt sind, möglichst schnell den sogenannten "Goldgräbereffekt" zu erzielen. Diese Besitzer haben deshalb auch kein mittelfristiges In-

teresse an den Beschäftigten. Sie gestalten die Beziehungen zu den Arbeitnehmern autoritär und verstößen häufig gegen das tschechische Arbeitsrecht und andere geltende allgemeine soziale Normen. Insbesondere erschweren oder gar verhindern sie das Entstehen von Arbeitnehmervertretungen, indem sie beispielsweise den Beschäftigten Arbeitsverträge vorlegen, die den Verzicht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft enthalten. Die Methoden der Menschen- und Unternehmensführung definieren sich in diesen Fällen ausschließlich über den Souveränitätsaspekt des Eigentums, der ausschließlich und ohne jedwede Mitsprache der Arbeitnehmer tagtäglich in der Praxis durchgesetzt werden muß. Zu dieser Kategorie von kleineren und mittleren Unternehmen in der Tschechischen Republik gehören auch ausländische Besitzer. "Betrügtheit" hat in diesem Zusammenhang das extreme Beispiel einer italienischen Textilunternehmerin erlangt, die in ihrem Unternehmen in Nordböhmen ihren Beschäftigten bei entsprechendem Nicht-Wohlverhalten die Züchtigung mit dem Rohrstock angedroht hat.

### Resümee

Die schnelle Transformation der tschechischen Gewerkschaften in demokratisch legitimierte Organisationen, die Aufrechterhaltung ihrer einheitlichen Strukturen sowie ihr ökonomischer Realismus - dies gilt jedoch für die tschechischen Arbeitnehmer insgesamt - haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß bislang in der Tschechischen Republik trotz der dramatischen Veränderungen (Wirtschaftsreformen, Privatisierung etc.) der soziale Frieden aufrechterhalten werden konnte. So gab es bisher in der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit dem Aushandeln von Kollektivverträgen keine harten Konfrontationen bzw. Streikaktionen. Selbst die Fälle, in denen Streitigkeiten mittels Vermittler und Schiedsrichter gelöst werden mußten, stellen nur wenige Ausnahmen dar.

Dennoch hat sich trotz einiger positiver Beispiele das Modell der kooperativen Beziehungen zwischen Management und Arbeitnehmervertretungen in der Tschechischen Republik bislang noch nicht als die vorherrschende Sozialnorm entwickelt. Weder den Unternehmensleitungen noch den Arbeitnehmervertretern bzw. den Gewerkschaftern ist es bisher vollständig gelungen, bestimmte psychologische Grenzen ihrer jeweiligen Rollen zu durchbrechen. Dies gilt sowohl für Konfliktsituationen als auch für die notwendige Zusammenarbeit im Interesse der Prosperität des Unternehmens.

# Distanz zu den Parteien

von Janko Sekaj

● Wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten kam es auch in der Slowakei zur Herausbildung tripartistischer Strukturen, in denen Unternehmer-, Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter über Arbeitnehmerbelange verhandeln. Eine schwierige Aufgabe für die slowakischen Gewerkschaften, da die Parteien der Koalitionsregierung vor allem im Bereich der Privatisierung handfeste materielle Eigeninteressen entwickeln... ●

**M**an nannte die Gewerkschaft im alten totalitären Regime "Die B-Mannschaft der Kommunistischen Partei". Das drückte sowohl ihre Wichtigkeit für das Regime als auch ihre totale Unterordnung unter die regierende Partei aus. Man versuchte auch gar kein Geheimnis daraus zu machen. In der offiziellen Ideologie hieß es, die Gewerkschaft sei "ein Hebel der Partei bei der Durchsetzung ihrer Politik unter den Werktätigen". Manchmal fügte man noch an: "der größte und wichtigste Hebel", um ihre Bedeutung für die Partei zu unterstreichen. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß alle Beschlüsse, Entscheidungen und konkreten Schritte der Gewerkschaft, vom Zentralrat bis in die kleinste Betriebsorganisation, der Genehmigung und Billigung durch das zuständige Parteiorgan unterlagen. Proteste gegen diese Praxis - in der Regel erfolglose - gab es zwar ab und zu in den Betriebsorganisationen, also an der Basis, nicht jedoch in den leitenden Organen, die diese Tatsache als unabänderliches Schicksal hinnahmen.

Freilich hatten die Gewerkschaften auch eine Reihe bedeutender Kompetenzen, die jenen des ÖGB sehr ähnlich waren. So konnte in einem Betrieb niemand ohne Zustimmung des Betriebsrats aufgenommen oder gekündigt werden. Der Betriebsrat oder sein Vorsitzender mußte in wichtigen wirtschaftlichen Fragen des Betriebs von der Leitung konsultiert oder zumindest informiert werden, doch das alles geschah im Einklang mit Parteibeschlüssen. Man war also weniger Gewerkschaftsmitglied, um mitreden oder mitentscheiden zu können, sondern eher, um von verschiedenen Vorteilen profitieren zu können, die die Gewerkschaft bot. Zu den wichtigsten gehörten die Möglichkeit eines billigen Urlaubs, allein oder mit der ganzen Familie, in betriebs- oder gewerkschaftseigenen Erholungsheimen an den schönsten Orten der Tschechoslowakei, Auslandsurlaube usw. Deshalb gab es in der Tschechoslowakei

sowohl in Betrieben als auch in Ämtern, Instituten, Schulen oder Spitäler einen beinahe hundertprozentigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. All das wurde als Selbstverständlichkeit akzeptiert, über die sich niemand mehr den Kopf zerbrach. Das war ein Teil des Regimes und seiner Politik, und als die latente Krise des Regimes in eine akute Krise überging, die schließlich im November 1989 zu seinem sang- und klanglosen Fall führte, zerfielen auch die Gewerkschaften mit allen ihren guten und schlechten Seiten: Als die Hand abfiel, die den Hebel bewegte, wurde auch der Hebel überflüssig.

Es kam zu keiner sukzessiven Reform oder Umwandlung der alten Gewerkschaften in neue. Zum Großteil zerfielen sie einfach, und es mußten neue gegründet werden. In vielen Betrieben, insbesondere in Bratislava, entstanden im November 1989 Streikkomitees, die den Generalstreik zum Rücktritt des kommunistischen Regimes organisierten oder zumindest unterstützten. Gerade diese Streikkomitees wurden in vielen Fällen zum Kern der neuen sogenannten Unabhängigen Gewerkschaften. Diese unabhängigen Gewerkschaftsbünde vereinten sich im März 1990 zu einem Verband und einen Monat später zur Konföderation der Gewerkschaften der Slowakischen Republik.

Während es in der Tschechoslowakischen Republik zwischen den zwei Weltkriegen 14 bis 18 Gewerkschaftszentralen gab, die 441 Gewerkschaftsverbände umfaßten, entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eine vereinigte sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Das war gegenüber den nach Parteien und sogar nach Religionen aufgespaltenen Gewerkschaften ein Riesenfortschritt. Waren die Gewerkschaften unabhängig gewesen, sie wären imstande gewesen, alle berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder durchzusetzen. So wurden sie aber eben nur ein "Hebel" in der Hand der Partei.

## Angst vor politischen Parteien

**D**iese beinahe 45jährige Erfahrung rief zwei Reaktionen bei den Gewerkschaften hervor. Erstens das Bestreben, unabhängig von allen Parteien zu sein, sich keiner politischen Partei unterzuordnen, ja nicht einmal mit ihnen zusammenzuarbeiten, und zweitens, ihre Verbandsunabhängigkeit zu bewahren und sich keiner zentralen Leitung unterzuordnen. Und wie jedes Extrem erwies sich auch dieses als sehr schädlich für die Gewerkschaftsinteressen, wie weiter unten gezeigt werden wird.

Nach 1990 organisierten sich die Gewerkschaften in 42 Gewerkschaftsverbänden verschiedener Größe. Der größte und einflußreichste ist der Verband der Metallarbeiter (KOVO), der über 117.000 Mitglieder hat. Doch in der Dachorganisation, der Konföderation der Gewerkschaftsverbände, hat jeder Verband - unabhängig von Größe und Einfluß - eine Stimme. Manche sehen in dieser Tatsache einen Beweis des demokratischen Charakters der Konföderation, manche das Gegenteil.

Seit 1989 kam es selbstverständlich in der slowakischen Wirtschaft - und nicht nur in der Wirtschaft - zu großen strukturellen Veränderungen. In vielen Wirtschaftszweigen wurde die Zahl der Arbeiter und Angestellten radikal reduziert. So in der Metallindustrie, wo große Rüstungsbetriebe ihre Produktion entweder ganz einstellten oder auf bedeutend niedrigerem Niveau weiterführten. Ein bis dahin unbekanntes Phänomen trat auf - die Arbeitslosigkeit, die zeitweise bis auf 15% der Arbeitsfähigen anwuchs und sich heute um die 11-12% bewegt. Das führte selbstverständlich zum Anwachsen der Konkurrenz am Arbeitsmarkt, insbesondere in manchen Sektoren, wie z.B. im Bauwesen, aber auch in der Landwirtschaft. Die Gewerkschaften standen (ratlos) vor ganz neuen, für sie ungewohnten Aufgaben.

Im Zuge der Privatisierung der Wirtschaft traten neue Probleme auf. Erstens wurde ein bedeutender Teil der Großindustrie zerschlagen. An ihrer Stelle tauchten kleinere Firmen auf, von denen viele mittlerweile ihre Tore schließen mußten. Außerdem entstand im Bereich Handel und Gewerbe eine große Zahl von Kleinbetrieben mit nur wenigen Arbeitnehmern. Nur in wenigen dieser Kleinbetriebe gibt es Gewerkschaften und Betriebsräte, in vielen ließen die neuen Besitzer die Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisierung nicht zu, obwohl die gewerkschaftliche Organisierung verfassungsmäßig garantiert ist (Artikel 37 der Verfassung). Auch viele ausländische Firmen, die sich in der Slowakei etabliert haben, verbieten ihren Arbeitern und Angestellten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Betriebsräte zu bilden, unter ihnen auch österreichische Unternehmen. Die Folge ist, daß die Zahl und der Prozentanteil der gewerkschaftlich Organisierten dauernd zurückgeht. Es wurden Fälle bekannt, wo die Besitzer Prämien nur an gewerkschaftlich Unorganisierte mit der Begründung auszahlten, die Organisierten hätten andere Vorteile. Obwohl das Gesetz verbietet, Betriebsräte kurzfristig zu entlassen, veröffentlichte die Presse eine Reihe

solcher Fälle. Was die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit besonders in privaten Klein- und Mittelbetrieben betrifft, wurde das Rad der Zeit um Jahrzehnte zurückgedreht. In vielen Fällen werden keine Kollektivverträge abgeschlossen, in anderen werden sie nicht eingehalten, ja es gibt bereits Betriebe, wo die Betriebsräte quasi in der Illegalität arbeiten.

## Die Schwerpunkte der Gewerkschaftspolitik

Unter diesen Bedingungen hat die Leitung der Konföderation keine leichte Arbeit, sich bei der Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer durchzusetzen. Was sind nun die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Tätigkeit:

In erster Linie geht es um die Verteidigung der elementaren wirtschaftlichen Rechte in den Betrieben, damit die oben zitierte Praxis verhindert wird. Dabei macht die Gewerkschaft keinen Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten. Die Durchsetzung von Kollektivverträgen und die Kontrolle ihrer Einhaltung ist bei diesem Grad der Zersplitterung der Wirtschaft, wie sie jetzt in der Slowakei herrscht, keine leichte Aufgabe.

Der Hauptkampfplatz der Leitung der Konföderation der Gewerkschaften ist aber die sogenannte Tripartite, die der österreichischen Paritätischen Kommission entspricht. Sie besteht aus den Vertretern der Konföderation, des Verbandes der Unternehmer und der Regierung. In dieser Institution, in der die Gewerkschafter - wie es die Praxis bisher gezeigt hat - in den meisten Fällen gegen zwei Partner ankämpfen müssen, werden Fragen der Kollektivverträge, des Minimallohnes, der Inflationsabgeltung durch Lohnerhöhungen, der Erhöhung der Renten und andere Fragen, die die Interessen der breitesten Schichten der Bevölkerung berühren, erörtert. Und es wird hier in der Tat nicht mit weichen Bandagen gekämpft.

Als im Herbst vorigen Jahres die Regierung im Rahmen der "Gesundung des Transportwesens" beinahe sämtliche Fahrpreismäßigungen bei Bahn und Bus für Pendler und Studenten abschaffte, forderte die Gewerkschaft in der Tripartite einen Ausgleich für die Geschädigten. Es entwickelte sich ein harter Kampf. Die Gewerkschaft drohte mit einem Generalstreik, es wurde Streikbereitschaft proklamiert und zu einer Manifestation am Platz des Slowakischen Nationalaufstandes in Bratislava aufgerufen. Es kamen Tausende. Der Platz hatte seit den Novembertagen des

Jahres 1989 nicht solche Massen gesehen. Die Leute zeigten, daß sie noch bereit sind, für eine gute Sache auf die Straße zu gehen und zu kämpfen. Daraufhin mußte die Regierung in einigen Aspekten nachgeben. Unternehmer wurden gezwungen, ihren pendelnden Arbeitern und Angestellten Kompensationen für die Abschaffung der Fahrpreismäßigungen auszuzahlen. Es war kein eindeutiger Sieg, aber dennoch ein Erfolg und ein Beweis der Entschlossenheit der Arbeitnehmer, unter gewerkschaftlicher Leitung für gemeinsame Interessen zu kämpfen.

Doch die Möglichkeiten der Gewerkschaften sind beschränkt, wenn sie auf sich allein gestellt sind. Eine Gewerkschaft kann in einem Betrieb oder einer Branche gewisse Forderungen durchsetzen, aber prinzipielle Verbesserungen der Lage, der Rechte und der Stellung der werktätigen Menschen gegenüber den Unternehmern und auch der Regierung sind nur auf parlamentarischem Boden durch Durchsetzung neuer Gesetze oder Änderung bestehender Gesetze möglich. Das haben auch manche Gewerkschaftsfunktionäre, die sich anfangs prinzipiell gegen jede Zusammenarbeit mit Parteien stellten, bereits bemerkt. Das englische, hauptsächlich aber das österreichische Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Trade Union Congress und Labour Party bzw. zwischen ÖGB und SPÖ gelten als nachahmungswürdige Beispiele. In allen diesen Fällen, in denen es zu einer solchen Zusammenarbeit kam, waren es die Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei und der Partei der Demokratischen Linken, die sich im Parlament für die Interessen der Arbeitnehmer einzusetzen, ob es nun um Gesetze oder Interpellationen in konkreten Einzelfällen ging. So begann sich eine Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten anzubauen. In der Leitung der Konföderation entstand eine Gruppe von zwölf führenden Gewerkschaftern, die sich zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bekannte. Doch auch die regierende Partei des Ministerpräsidenten Meciar, die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS), erkannte die Notwendigkeit, sich in den Gewerkschaften Positionen aufzubauen, und sie gewann die Unterstützung einiger Funktionäre. Ihre Chancen auf diesem Gebiet sind aber nicht groß, weil man in Konflikten entweder die Positionen der Regierung oder die der Gewerkschaften vertreten muß, und die sind selten identisch.

## Neue Polarisierung der Gesellschaft

Die Politik der Regierung, die bereits über zwei Jahre an der Macht ist, hat zu einer Polarisierung der Gesellschaft geführt, wie sie hier selbst unter dem totalitären Regime nicht existiert hat. Die Meciar-Regierung praktiziert eine eigenwillige Politik der Privatisierung der ganzen Volkswirtschaft, indem sie den ganzen Nationalreichtum, der unter dem kommunistischen Regime durch jahrelange Arbeit des ganzen Volkes geschaffen wurde, einfach ihren Anhängern zuschanzt. Der ganze Privatisierungsprozeß wird von einer Treuhandgesellschaft, dem sogenannten Fonds des Nationaleigentums, durchgeführt, und zwar außerhalb der Kontrolle des Parlaments oder irgendeiner anderen demokratisch gewählten Institution. Der ganze Prozeß ist anonym und undurchsichtig. Es entstehen ad hoc Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die die größten Betriebe privatisieren, und manchmal sickert durch, wer hinter diesen Gesellschaften steht: Exponenten der Regierungsparteien - der Meciarpartei, der Nationalpartei und des sogenannten Verbandes der Arbeiter. Das ursprüngliche Privatisierungsprojekt sah vor, die Betriebe im Rahmen öffentlicher Versteigerungen an jene zu verkaufen, die am meisten bieten. Doch fast täglich bringen die Zeitungen - und allen voran die Gewerkschaftszeitung PRACA - neue Berichte darüber, wie Betriebe an Mindestbietern praktisch verschleudert werden. Das Gesetz sieht vor, den Arbeitnehmer des jeweiligen Betriebes, sollten diese Interesse am Kauf äußern, bei der Privatisierung den Vorrang zu geben. Das Gesetz wird einfach ignoriert, wofür es eine Unzahl von Beispielen gibt. Stellvertretend sei eines erwähnt: Die bedeutende Medikamentenfabrik Biotika sollte privatisiert werden. Es wurde eine AG der Angestellten gegründet, die für die Fabrik dreimal soviel bot wie ein anderer Interessent. Das Unternehmen wurde aber nicht der Angestellten AG verkauft, sondern dem Minderanbieter, obwohl es sich hierbei um einen anderen, schon privatisierten Medikamentenbetrieb handelte und dadurch die Gefahr der Monopolisierung in diesem wichtigen Bereich erhöht wurde. Die Privatisierenden sind fast durchwegs Protektionskinder der Regierungsparteien, die sich die Positionen untereinander aufteilen, obwohl es sich bei den Koalitionspartnern Meciars um eine

rechtsradikale faschistoide Partei, die Slowakische Nationalpartei, und eine sich als links ausgebende Partei, den Verband der Arbeiter, handelt. Der Präsident der Treuhandgesellschaft FNM, Gavorník, ist Mitglied dieser Partei. Daß er bei der Verteilung des Nationaleigentums nicht nur seine Partei, sondern auch sich selbst nicht vergibt, ist aus einer Nachricht ersichtlich, die dieser Tage die Gewerkschaftszeitung PRACA veröffentlichte. Sie besagte, daß Gavorník in einer AG in Banská Bystrica, wo er ebenfalls Präsident ist, ein monatliches Gehalt von 35.000 Slowakischen Kronen und dazu bis zu 100% Prämien kassiert, also zusammen 70.000 Sk, das ist ungefähr das Zehnfache eines Durchschnittsgehalts - und das nebenberuflich. Ob er auch weitere Nebenberufe hat, ist nicht bekannt. Bekannt ist hingegen, daß die alte Schwiegermutter des Vorsitzenden des Verbands der Arbeiter, Aufsichtsratsmitglied in einem Großbetrieb ist und dafür monatlich Tausende Kronen bekommt. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Funktionäre der anderen Regierungsparteien, aber bei einer Partei, die sich Verband der Arbeiter nennt, ist das besonders absurd.

So kommt es, daß wir bei uns in der Slowakei heute wieder eine Vielzahl von Millionären haben, daß es von Mercedes, BMWs und anderen Luxusmarken nur so wimmelt, daß aber gleichzeitig ein Großteil der Bevölkerung unter oder an der Grenze des Existenzminimums lebt. Offiziell wird die neue Bourgeoisie die "kapitalbildende" Schicht (man redet heute nicht gerne von Klassen) genannt. Das entspricht nicht den Tatsachen, denn nur ein Teil der Besitzenden sind Unternehmer, die sich hinaufgearbeitet haben. Die Privatisierungserlöser sind zu Reichtum gekommen wie seinerzeit jene, die im faschistischen "Slowakischen Staat" jüdischen Besitz arisiert haben oder nach dem Krieg aufgrund von Verdiensten oder "Verdiensten" Nationalverwalter wurden. Leider sind es oft dieselben Leute oder zumindest dieselbe Kategorie von Menschen, die nicht durch Arbeit, sondern durch Anpassung an die jeweils regierende Clique zu Stellung und Reichtum kommen: Die Wirtschaft gerät in schlechte Hände, wenn sie von solchen Leuten beherrscht wird.

## Positive Regierungsbilanzen

Die Regierung veröffentlicht Statistiken, wonach die makroökonomische Lage in der Slowakei gut, ja sogar sehr gut

ist. Die Bilanz des Außenhandels im Vorjahr war positiv, die Devisenreserven stiegen, das Bruttoinlandsprodukt stieg, die Aussichten für dieses Jahr sind angeblich auch gut ... Nur: Die breiten Bevölkerschichten bemerken nichts von diesem positiven Trend. Wie die Gewerkschaftszeitung PRACA am 7. Mai veröffentlichte, ist es im Vorjahr zu einem Absinken der Reallöhne im Vergleich zum Jahr 1994 gekommen. In den Stellungnahmen der Konföderation der Gewerkschaftsverbände zu den offiziellen statistischen Angaben, heißt es sogar, daß im Vorjahr die realen Einkommen der Haushalte um 1,1% zurückgegangen sind. Der durchschnittliche monatliche Nettoverdienst betrug 1995 pro Familienmitglied 3.453 Sk, d.h. er war (nominell) um 92,8% höher als 1989 und um 8,4% höher als 1994. Die Verbraucherpreise stiegen 1995 gegenüber den Preisen von 1989 um 292,6% und gegenüber 1994 um 9,5%. Wenn man also die Verbraucherpreise in Betracht zieht, hat sich das Realeinkommen im Jahr 1995 gegenüber dem Ausgangsjahr 1989 auf 64% und gegenüber dem Jahr 1994 auf 98,9% verringert. Im Vergleich zum Jahr 1989 sanken also die Realeinkommen um 36% und gegenüber dem Jahr 1994 um 1,1%. Bei der Beurteilung der realen Einkommenssituation der Haushalte geht die Konföderation (KOZ) von der Entwicklung der Verbraucherpreise aus, heißt es im offiziellen Dokument der Gewerkschaft.

"Unser Ziel ist es", sagte im Jänner der stellvertretende Präsident der Konföderation, Vaclav Stevko, "nach und nach das Niveau der Reallöhne aus dem Jahr 1989 zu erreichen. In Tschechien gab es die gleiche Ausgangssituation wie in der Slowakei, und die Tschechen sind diesem Ziel bedingt näher. Sie bleiben, was die Reallöhne anlangt, hinter dem Jahr 1989 nur mehr um 7% zurück, dabei ist dort eine rechtsgerichtete Regierung am Ruder."

Es ist an und für sich traurig, wenn wir ein Ziel anstreben, das zu einem Zeitpunkt Realität war, als die Krise des kommunistischen Regimes kulminierte. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt bei uns etwas mehr als ein Drittel des BIPs Österreichs. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis wir ökonomisch EU-reif werden. Auch auf die Gewerkschaften warten auf diesem Weg keine leichten Aufgaben. Sie werden nur durch gemeinsame Anstrengungen aller fortschrittlichen Kräfte des Landes zu bewältigen sein.

# Im Sog politischer Kämpfe

von Julian Bartosz

● Während die Gewerkschaft Solidarnosc Anfang der 90er gegen die "S" [olidarnosc]-Regierungen kaum Proteste laut werden ließ, scheint nun die "Allpolnische Verständigung der Gewerkschaften" (OPZZ) mit der sozialdemokratischen Regierung ein Stillhalteabkommen vereinbart zu haben. Von einem gemeinsamen Vorgehen der beiden großen Gewerkschaftsverbände gegen die Auswirkungen der neoliberalen Regierungspolitik sind beide nach wie vor weit entfernt. ●

Julian Bartosz ist Historiker, Journalist, Herausgeber der Monatszeitschrift "Sprawy i Ludzie" und Verfasser zahlreicher Publikationen über die deutsch-polnischen Beziehungen.

In dem in den 50er Jahren von Jerzy Kowalewicz nach einem Buch von Igor Neverly gedrehten und in den 20er Jahren spielenden Film "Das Andenken von Zellulose" gibt es folgende Episode: Streik auf dem Holzplatz und im Sägewerk. Die auf einer Kundgebung versammelten Saisonarbeiter werden von einem Schlägertrupp angegriffen, blutig zusammengeschlagen und vom Platz vertrieben. Dabei müssen sie ein Spalier von ernst dreinblickenden Männern durchlaufen, während dahinter eine Gruppe von Polizisten steht, die sich fast kaputtlaufen.

Die Streikenden waren Mitglieder der "roten Gewerkschaft", die Schlagenden gehörten dem "gelben" Verein an, und die Spalier Stehenden kamen von den "normalen" Arbeitnehmerverbänden. Die Polizisten konnten gut lachen, weil alle drei Gruppen Arbeiter waren, die sozusagen mit eigenen Händen die Tätigkeit der "Dunkelblauen", der Polizisten, verrichteten. Sie wurden vom Pfarrer, dem Polizeiinspektor und dem Starost, dem Kreishauptmann, gegeneinander aufgehetzt, und am Ende der Geschichte gab es eine Feier, während der ein vornehmer, fremdsprachiger Herr, dem die Wälder in der Gegend, das Sägewerk und die Zellulosefabrik gehörten, den örtlichen Notabeln zur Wiederherstellung der von Gott gewollten Ordnung gratulierte.

Ich erzähle hier keinesfalls alte Geschichten. Der Szene kommt für die heutigen Verhältnisse symbolische Bedeutung zu. Das wird auch niemanden verwundern. Haben wir doch in Polen nach fast fünfzigjähriger "kommunistischer Knechtschaft" wieder die angeblich beste Gesellschaftsordnung - die demokratische, am freien Markt orientierte, ja - die kapitalistische.

Daß die Lohnabhängigen, auch heute - wie damals - wieder in vielen Arbeitnehmerverbänden organisiert sind, gegeneinander auftreten und sich kaum - und wenn,

dann nur auf lokaler Ebene - zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen zusammen, ist allerdings ein Verdienst der "kommunistischen Regierung" aus der Zeit vor der "Freude, wegen des wiedergewonnenen Misthaufens", wie sich 1932 der bekannte polnische Schriftsteller Juliusz Kaden-Bandrowski ausgedrückt hat. Und dieser Spruch paßt genau auf die Situation von 1989/90.

## Einheitlichkeit vs. Pluralismus

Selbstverständlich gab es seit Ende der 40er Jahre auch in Polen eine "einheitliche Gewerkschaft". Doch diese Bezeichnung war und bleibt grundsätzlich trügerisch und falsch. Nach dem Leninschen "Transmissionsriemen"-Prinzip waren die Gewerkschaften gleichgeschaltet und durften eigentlich nie über die von der Partei gesetzten Grenzen hinausgehen. Ich weiß aus in den 80er Jahren geführten Gesprächen mit dem verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden des "Zentralrates der Gewerkschaften" (CRZZ), Ignacy Łoga-Sowiński, daß er selbst ein Zellengefährte Gomulkas und bereits in den 30er Jahren eingeschworener Kommunist - sich in den 60er Jahren im Politbüro der "regierenden Partei" mit seinen Genossen ideologisch streiten mußte, um einige wenige zusätzliche Befugnisse für die Gewerkschaften zu erlangen. Die Akte "Kruczek" im ehemaligen Parteiarchiv sowie die von Jan Szydlak, dem Gewerkschaftsvorsitzenden unter Gierek, erhaltenen Informationen bestätigen eindeutig, daß die in die Gewerkschaften abkommandierten Politbürokraten unter dem starken Druck der Basis auf mehr reale Gewerkschaftsrechte (auf dem Papier war ja alles schön und gut) gepocht haben. Dies war umso berechtigter, als nach allen großen Krisen in der polnischen Nachkriegsgeschichte die jeweiligen Ersten Sekretäre, ehe sie - insgesamt dreimal - gestürzt wurden, gerade den unmündigen Gewerkschaften die Schuld für das Versagen der Ochabs, Gomulkas, Giereks in die Schuhe zu schieben versuchten. Dabei waren alle Krisen (1956, 1970, 1976, 1980) eine direkte Folge der arroganten Behandlung der arbeitsrechtlichen - gegen die berüchtigten Arbeitsnormen gerichteten -, der tariflichen - sich gegen das immer ungünstigere Verhältnis zwischen steigenden Preisen und "stabiles" Löhnen wendenden - und sozialpolitischen Forderungen, die von der Basis aufgestellt wurden.

# Regiert vom IWF

von Amelie Lanier

**• "Ungarn ist derzeit ein Beispiel für eine erfolgreiche Transformation: Das Land hat zwar keinen ökonomischen Erfolg, aber es hat Kredit. Die Mehrheit seiner Bürger hat zwar nichts davon, aber sie akzeptiert es", meint Amelie Lamier in ihrer Analyse der Unterwerfung der ungarischen Volkswirtschaft unter die Forderungen des IWF und des westlichen Spekulationskapitals.●**

Mitte Februar 1994 berichteten die Medien von einem etwas skurril anmutenden Konkurs in Ungarn: Eine Brokerfirma konnte ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, und bei den darauffolgenden Untersuchungen stellte sich heraus, daß zu ihren Gläubigern einige Ministerien und andere staatliche Institutionen gehörten. So hatte das ungarische Heer ihr 811 Millionen Forint (frt) in Form von Staatsanleihen und anderen "staatlich garantierten" Wertpapieren zur Veranlagung überlassen. Die ungarischen Staatsbahnen hatten ihr sogar insgesamt 1,85 Mrd frt übergeben, wovon ein Teil aus einem Kredit herrührte, den die Eisenbahn selbst bei einer Bank - angeblich zur Auszahlung von Gehältern - aufgenommen hatte.

Folgende Fragen drängen sich auf: Was treibt das Heer dazu, Staatsanleihen 1. zu erwerben und 2. zur Veranlagung weiterzugeben, und was haben die - übrigens schwer defizitären - Staatsbahnen bei einem Wertpapierhändler verloren?

Im Anschluß an diese Berichte hielt es eine österreichische Tageszeitung für angebracht, diese Meldung durch positive Nachrichten zu ergänzen: "Der Fall des Brokerhauses hat den Budapest Börsenboom nur gebremst, aber nicht beendet. So stiegen die Aktien der Hotelkette Danubius, im Vorjahr um 667 frt verkauft, auf 2200 frt (35,7% der Danubius-Aktien waren im größten Geschäft der Budapest Börsengeschichte von drei US-Investoren erworben worden.) Auch Fotex, Pick, Skála-Coop und Styl halten Traumpreise." (Presse, 14.2.1994)

Es gab also in Budapest einen Börsenboom, der - nach einer kleineren Flaute im Vorjahr - wieder von sich reden macht: "Voriges Jahr mußte die ungarische Wirtschaft eine äußerst schwere Rezession überwinden, ... zusätzlich verursachte die Mexiko-Krise ein Mißtrauen internationaler Anleger gegenüber Ungarn ... Daß die Erholung der Wirtschaft tatsächlich gelang, zeigen nicht nur die sich verbesserten makroökonomischen Indikatoren, sondern auch, daß im Vorjahr auf der Budapest Börse die wichtigsten, im BUX-Indexkorb vereinigten Aktien einen Kursgewinn von durchschnittlich 85% erreichten." (HVG<sup>1</sup>, 20.4.1996) Was heißt "Börsenboom" in einem Land wie Ungarn?

Amelie Lanier lebt als freie Journalistin in Wien und Budapest.

Die Börse

a) Aktien

In den Heimatländern der freien Marktwirtschaft ist eine Aktiengesellschaft eine Vereinigung, mittels derer Industrielle ihrem Betrieb Liquidität zuführen. Ein profitorientiertes Unternehmen hat nämlich ein ständiges Bedürfnis nach Leihkapital, sei es, weil es noch nicht genug Produkte verkauft hat, um seine Ausgaben decken zu können, sei es, weil die Produktion modernisiert werden soll oder weitere Unternehmen gekauft werden, in Erwartung auf gesteigerten Gewinn, der sich aber erst nach einiger Zeit einstellt. Schließlich auch deswegen, um schlechten Geschäftsgang auf Grundlage von Krediten zu "durchtauchen", bis es wieder aufwärts geht. Ein bei einer Bank aufgenommener Kredit will mit Zinsen bedient und innerhalb gewisser Fristen getilgt werden.

Bei einer Aktie hingegen macht sich der Emittent von der Rückzahlung des solcherart beschafften fremden Geldes unabhängig. Er zieht Geldkapital an, das in Folge dem Unternehmen frei zur Verfügung steht und für die anfallenden Kosten eingesetzt werden kann. Die Käufer dieses Papiers wollen ebenfalls Geschäfte damit machen, sie wollen, daß sich der Wert dieses Papiers über den dafür gezahlten Preis hinaus erhöht. Grundlage für eine Aktienausgabe ist, daß sich der entsprechende Betrieb bereits bewährt hat, Gewinne daher zu erwarten sind. Das gilt dem Anleger als Sicherheit dafür, daß sein Geld "gut angelegt" ist. Die Aktie verspricht zunächst Beteiligung am Gewinn des Unternehmens. Dabei gibt es gar keine Garantie auf die Auszahlung einer Dividende, oft weigern sich die Aktiengesellschaften, eine solche auszuschütten. Die Anleger wissen jedoch, daß der *Rechtstitel auf Gewinnbeteiligung* selbst wieder einen Wert besitzt. Es erhöht den Wert einer Aktie, wenn das Unternehmen gut geht. Damit tritt aber eine völlige Verselbständigung dieser Wertsteigerung ein: Das Vertrauen der Anleger, daß der Wert einer Aktie steigen könnte, läßt ihn auch wirklich steigen. Es ist also nicht nur die Erwartung der Dividende, sondern vor allem die *Aussicht auf Kurssteigerung*, die die Aktie als Anlage attraktiv macht. Der Aktienhandel befreit sich so von den wirklichen Erfolgen eines Unternehmens, und das ist auch eine der Ursachen der Krise und des Börsenkrachs - da wird durch Vernichtung von Vermögen, d. h. Entwertung investierten Geldkapitals, daran erinnert, daß ohne erfolgreiche Ausweitung der Produktion die

Gewinne im Kreditsektor auf tönernen Füßen stehen.

Angesichts der eigenen Bewegungen der Aktienkurse und der Spekulation soll nicht vergessen werden, wie sie mit der Produktion zusammenhängen: Wenn ein Unternehmen bekanntmaßen nicht floriert, daher auch kein Vertrauen in seinen Geschäftsgang besteht, so kauft auch niemand seine Wertpapiere. Einen "Börsengang" können sich im Westen daher nur Unternehmen leisten, die Erfolge in der Konkurrenz vorzuweisen haben.

Die Anleger, die die Aktien erwerben, sind Leute, die ihr *Geldkapital* "arbeiten lassen" wollen. Sie verfügen über genug überschüssiges Geld, um es profitabel anlegen zu können. Für die Gründung eines konkurrenzfähigen Betriebes mag es ihnen zu wenig sein, aber sie vergleichen ständig alle Anlagesphären, in- und ausländische Börsen, Staatspapiere, Immobilien etc. Ihre Zahlungsfähigkeit ist groß genug, um die selbständige Entwicklung des Aktienmarktes hervorzubringen: Ihre eigenen Käufe und Verkäufe sind dort die Folge von und die Ursache für die Bewertung von Aktien, und was die Unternehmen selbst treiben, ist nur mehr ein Faktor unter anderen, der die Börsenspekulanten bei ihren Entscheidungen beeinflusst.

In Ungarn gibt es Betriebe, deren Geschäftsgang eine Aktienausgabe rechtfertigen würde, eigentlich nicht. Vor dem Anspruch, gewinnträchtig zu produzieren, haben sich die Fabriken, Kombinate, Gewerbebetriebe dieses Landes - mit einigen wenigen Ausnahmen - bisher blamiert. Dennoch gibt es Wertpapiere, die "Aktien" heißen. Um was für eine Art von Wertpapier handelt es sich dabei?

In Ungarn ist die Börse der Ort, über den die *Privatisierung* hauptsächlich abgewickelt wird. Nur wenige ungarische Unternehmen sind direkt verkauft worden, auf den meisten ist der Staat sitzengeblieben. Will die ungarische Vermögensagentur einen Betrieb privatisieren, so gibt sie auf diesen Betrieb unter Zuhilfenahme internationaler Wertpapierfirmen "Aktien" aus. Der Betrieb bleibt weiterhin mehrheitlich in Staatshand, aber durch die Verwandlung in eine AG, eine zunächst rein rechtlich-formelle Umwandlung, soll er als Privatbetrieb gelten, funktionieren und auch von den Anlegern, den neuen "Eigentümern", so behandelt werden. Der Börsengang eines Betriebes ist oft auch ein Versuch, potentielle finanzielle Anleger anzulocken und ihnen den restlichen Anteil direkt zu verkaufen. Mit den Einnahmen aus der Aktienausgabe versucht der Staat meistens, den

Betrieb zu entschulden oder Sozialpläne bei Entlassungen zu finanzieren, um ihn für potentielle Käufer attraktiver zu machen.

Die Trennung zwischen Eigentümern und Management, die für die Aktiengesellschaft charakteristisch ist, ist in Ungarn also ein Versuch, dem Betrieb erst "richtige" Eigentümer zu verschaffen. Die ungarischen Aktien sind im Grunde Staatspapiere, die oftmals auch fix verzinst sind. Mit der Aktienausgabe tut die Vermögensverwaltung gleichzeitig kund, daß der Staat an diesem Betrieb Interesse hat und ihn daher auch stützen wird, wenn es mit dem Gewinne-Machen nicht ganz klappt. Wenn ein in- oder ausländischer Investor (die ungarischen Aktien werden u.a. auch an der Londoner Börse gehandelt) ungarische Aktien kauft, so ist sein Vertrauen in den *Staatskredit Ungarns* und nicht in den *Geschäftsgang des Betriebes* die Grundlage dieser Erwerbung.

Das Gerede vom "Börsenboom" ist daher irreführend: Man mag das schon einen Boom nennen, zweifelhafter ist allerdings das, was unter "Börse" zu verstehen ist. Denn die dort zirkulierenden Aktien sind eher Verkörperungen des Prinzips Hoffnung, der rettende Investor möge sich doch einstellen, als Aktien im eigentlichen Sinne: Ausweis kapitalistisch erfolgreicher, steigerungsfähiger Produktion.

### b) Entschädigungsscheine

Ein weiterer erwähnenswerter Faktor der Budapest Börse sind eine andere Art von Wertpapieren: Einen nennenswerten Posten im Aktienhandel - neben den Aktien von rund 20 Firmen - stellen regelmäßig die *Entschädigungsscheine*. Diese Papiere, die als Ergebnis der beiden Entschädigungsge- setze seit Mitte 1991 an die Anspruchsbe- rechtigten ausgeteilt wurden, stellen zu- nächst - ihren gesetzmäßigen Bestimmun- gen nach - Anspruchstitel auf immobiles Vermögen dar. Ein Wust von Bestimmun- gen regelt die Verwendung dieser Papiere:

Sie sind auf bestimmte Summen in Forint ausgestellt, jedoch nicht auf der Bank in Bargeld einwechselbar. Es gibt verschie- dene Arten von Entschädigungsscheinen. Diejenigen, die zum Kauf landwirtschaftli- cher Nutzflächen aus dem Besitz der Ko- operativen berechtigen, unterscheiden sich von den anderen. Bei ihnen ist auch ein Wert in Goldkronen - in dieser Münze wird der Wert des Grundes berechnet - verzeich- net, wobei eine Goldkrone<sup>2</sup> 2000 frt gleich- gesetzt wird. Die Kooperativen sind ver- pflichtet, das in ihrem Besitz befindliche Staatsland gegen Entschädigungsscheine zu deren Nennwert, also zu der auf ihnen

verzeichneten Summe, zu verkaufen. Diese Art von Entschädigungsscheinen macht den überwiegenden Teil aus: 90% der An- sprüche entfallen auf Betroffene der Kollektivierung.

Ferner sind die Kommunen verpflichtet, bei Verkauf staatlicher Mietwohnungen an die Mieter Entschädigungsscheine als Zah- lung anzunehmen. Was die Gemeindever- waltungen dann damit machen, ist deren Problem. Vermutlich tragen sie sie auf die Börse ...

Bei Privatisierung von staatlichen Unternehmern durch Aktienausgabe ist ein - bei jedem einzelnen Unternehmen von der Ver- mögensagentur gesondert festzulegender - Anteil für die Besitzer von Entschädigungs- scheinen reserviert. Diese Scheine müssen von der Vermögensagentur ebenfalls zu ih- rem *Nennwert* angenommen werden. Je nachdem, in welchem Verhältnis und zu welchen Bedingungen Entschädigungs- scheine gegen Aktien eingetauscht werden können, gewinnen und verlieren diese Scheine an Wert. Der derzeitige Kurs liegt bei zwischen 32 und 45% des Nennwertes, aber sie hielten im Vorjahr auch schon ein- mal bei 12%.

Die gesamte Entschädigung ist auf das Drängen der Kleinlandwirte-Partei, der "Erfinderin" der Entschädigungsscheine, zurückzuführen und zielt auf die Wieder- einrichtung kleinbäuerlicher Wirtschaften ab. Die Rechnung ist nicht oder kaum auf- gegangen: Die Nachkommen der seinerzeit zur Kollektivierung gezwungenen Klein- bauern sind in anderen Berufen tätig und verspüren wenig Lust, Bauern zu werden. Sie haben die Entschädigungsscheine größtenteils verkauft oder gegen Konsum- güter getauscht.

Bald nach ihrer Ausgabe wurden sie bereits als Zahlungsmittel bei gewöhnli- chen Einkäufen angenommen - der auf- grund der fortgesetzten Verarmung der Be- völkerung mit Absatzschwierigkeiten kämpfende Einzelhandel versuchte auf die- se Weise etwas Kaufkraft an sich zu ziehen.

Die Palette der Wertpapiere, die mit ih- nen erworben werden können, ist erweitert worden. Die Entschädigungsscheine sind zu einem zwar deutlich unter seinem Nenn- wert, aber sehr lebhaft kursierenden Wert- papier geworden.

Diese Scheine sind also eine Mittelding zwischen Forint, Staatsanleihe (sie werden 5 Jahre lang verzinst) und spekulativem Wertpapier. Das meiste, was man mit Forint erwerben kann, ist auch gegen Entschädi- gungsscheine erhältlich. Mit Forint und Staatsanleihen haben sie auch gemeinsam, daß sie *Zahlungsversprechen des Staates*

sind, zu dem sie früher oder später zurückkehren werden und der dafür geradestehet, daß sie überhaupt einen Wert haben. Bei ihnen ist augenscheinlich, daß ihre einzige Grundlage der Staatskredit ist.

Soviel zum *Angebot* der Börse. Die überwiegende Mehrheit der dort kursierenden Papiere sind Staatspapiere, obwohl sie Anspruch darauf erheben, betriebliche Erfolge zu repräsentieren. Wie sollte es auch anders sein? Spekulation mit Geldkapital ist *Folge erfolgreicher Gewinnmacherei im produktiven Sektor*, nicht deren *Verursacher*. Wo die Produktion keine Gewinne macht, kann sie auch keine Sphäre des Kredits schaffen. Gibt es letztere dennoch, so kann sie nur ein Ergebnis staatlicher Garantien sein.

Der Anteil beider Arten von Papieren<sup>3</sup> am Börsengeschehen bzw. am Wertpapierhandel ist im übrigen relativ gering: "Der Umsatz der Budapest Börse betrug im Jahr 1993 186 Milliarden ft, davon entfielen jedoch nur 10% auf den Aktienhandel, der Rest stammt zum überwiegenden Teil aus dem An- und Verkauf von Staatspapieren." (HVG, 29.4.1994) Daran hat sich bis heute nicht viel geändert (außer dem Umstand, daß der sogenannte außerbörsliche Handel zugenommen hat): "Der gesamte Wertpapier-Umsatz" (d.h., im In- und Ausland, auf und außerhalb der Börse) "betrug der staatlichen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde zufolge 1995 1827 Mio Forint, insgesamt 13,7% davon ... machte der Aktienhandel aus." (HVG, 30.3.1996) Ein weiteres Phänomen ist erkläruungsbedürftig: Warum gibt es nach solchen Papieren überhaupt eine *Nachfrage*? Dafür ist es notwendig, einen Überblick über die anderen, eindeutig als Staatspapiere deklarierten Wertpapiere zu geben.

## Der Staatskredit

Die restlichen in oder außerhalb Ungarns umlaufenden ungarischen Wertpapiere beruhen völlig und eingestandenermaßen auf dem Staatskredit. Sie sind entweder "staatliche Papiere", wie die Staatsanleihen oder Schatzscheine, oder "staatlich garantierte" Papiere, wie von Betrieben selbst ausgegebene Obligationen oder Investscheine. Für die meisten dieser Wertpapiere wird *Steuernachlaß* gewährt, sofern sie innerhalb einer bestimmten Frist - von einem bis zu drei Jahren - nicht verkauft werden (das gilt übrigens auch für einige Aktien). Obwohl das international üblich ist, hat es in Ungarn doch andere Gründe und Wirkungen. Die einheimischen Käufer der Wertpapiere sind nicht Anleger in dem

Sinne, daß sie ihr Kapital arbeiten lassen wollen, um ein deutliches Mehr über die aufgewandte Summe hinaus einzustreifen, sondern es sind Personen, die ihre Spargroschen vor der Inflation retten wollen. Die in einem westlichen Land üblichen Sparformen scheitern nämlich in Ungarn an der fortschreitenden Geldentwertung, sodaß jeder, der sein Geld davor in Sicherheit bringen will, genötigt ist, sich selbst als Spekulant zu versuchen. Im Falle der Staatspapiere ist das recht großzügig anmutende Steuerabschreibungs-Angebot der hauptsächliche Nutzen, den ein Käufer daraus zieht.

Obwohl die Erträge auf solche staatlich garantierten Papiere im vergangenen Jahr weitaus geringer waren als die auf Aktien, so verfügen erstere bis heute über eine deutlich größere Anziehungskraft als letztere - eine Reflexion der in- und ausländischen Käufer darauf, daß der Staat der einzige Fixpunkt in der Ökonomie Ungarns ist, und ein Subjekt, das schwerlich Bankrott machen kann - zum Unterschied von Betrieben, Banken usw. Der ungarische Staat - wie jeder andere auch - verpflichtet nämlich alle seine Untertanen darauf, seine eigenen Schuldverschreibungen, die Geldscheine, als Zahlungsmittel zu akzeptieren. Er ist also der Garant und die Grundlage des wirtschaftlichen Treibens im Lande, und in dieser Eigenschaft läuft er außer Konkurrenz.

Diese Endverbraucher des Wertpapierhandels, die sogenannten kleinen Leute, sind aber nur ein kleiner Teil der Käufer der Anleihen. Hauptsächlich sind es die ungarischen Banken, die nach diversen Stützungsaktionen des Staates in den Jahren 93 und 94 wieder mehrheitlich im Staatsbesitz sind. In einem komplizierten Gewebe von Verschuldung, Garantien und Bankschätzzen aus Staatsanleihen wäscht eine Hand die andere: Die Banken kaufen Anleihen und der Staat stützt die Banken.

Ausländische Anleger, hauptsächlich Investment-Fonds, haben einen abgeklärten Standpunkt zu den Staatspapieren eines "emerging market": Solange Ungarn das Vertrauen des IWF genießt und die Renditen stimmen, d.h., der Investor nach Abzug der Inflationsrate mehr herausbekommt als in anderen weniger inflationären Ländern, werden ungarische Anleihen eben gekauft.

Der ungarische Staat muß einen hohen Preis für seine Staatsverschuldung entrichten: Er muß auf seine Anleihen zumindest so hohe Zinsen zahlen, daß sie - wenigstens zum Zeitpunkt ihrer Emission - spürbar über der Inflationsrate liegen. Das waren Anfang dieses Jahres zwischen 29 und 35%, je nach Laufzeit der Anleihen. Damit

verteuert er sich selbst seine Kreditschöpfung, vergrößert die Staatsschuld und heizt damit die Inflation noch mehr an. Und er hat dabei, was das "Anlage"bedürfnis der potentiellen Käufer seiner Anleihen betrifft, einen mächtigen Konkurrenten direkt vor der Tür sitzen: Der Drang, ihr Geld in Devisen, namentlich in einer relativ sicheren Währung wie der DM oder sogar dem Schilling, anzulegen, ist bei den Besitzern von Forint klarerweise recht stark. Ob in Form von Bankkonten im Westen oder Lebensversicherungen in Österreich: Seit Jahren findet ein privater Abfluß von Devisen ins westliche Ausland statt, der zwar nach dem Devisengesetz verboten ist, sich aber nicht unterbinden läßt: Die Grundlage dieses Transfers ist die beschränkte *Konvertibilität des Forint*, auf die Ungarn unter keinen Umständen verzichten will.

## Konvertibilität

Auch wenn die *Konvertibilität* einer Währung noch so oft von einer Regierung verkündet wird, kommt sie nichtsdestoweniger nicht durch Absichtserklärungen zustande. Eine nationale Währung ist dann konvertibel, wenn sie weltweit nachgefragt wird. Grundlage dafür sind die Leistungen der Wirtschaft des betreffenden Landes: Deren Unternehmen produzieren kapitalistisch erfolgreich, d.h. sie können sich mehrheitlich gegen diejenigen anderer Länder am Weltmarkt behaupten. Ihre Waren sind auch jenseits der Landesgrenzen begehrt, können sich gegen andere in Preis und Qualität durchsetzen und bescheren ihren Herstellern satte Gewinne. Daher bemüht sich auch jeder, der Geschäfte machen will, in den Besitz dieses Geldes zu kommen, weil es ihm erstens Zugriff auf in- und ausländische Waren sichert und zusätzlich auch dafür Garantie bietet, daß ihm die Profite, die er selbst gemacht hat, nicht durch Geldentwertung unter der Hand verschwinden: Eine konvertible Währung verschafft universellen Zugriff auf Waren, und sie stellt einen sichereren Hafen für Vermögen dar, da sie seinen Wert bewahrt. Eine solche Währung ist selbst wieder Ware - auf Geldmärkten, wo mit ihr gehandelt wird und wo sie ständig mit den Geldern anderer Nationen verglichen wird. Dort wird in einem fort die Wucht der Wirtschaft, aber auch die politische Autorität der Devisen-Staaten miteinander verglichen und manche Währung für zu leicht befunden und dadurch gegenüber den anderen entwertet.

Wenn eine Regierung einseitig die Konvertibilität ihrer Währung ausruft, also bekundet, daß sie ihre Nation zum Tummel-

platz der internationalen Geschäftswelt machen will und deshalb bereit ist, ihre Währung auch vom Ausland bewerten zu lassen, so ist das ein Angebot, das angenommen werden kann - oder auch nicht. Schließlich machen inzwischen alle Staaten der Welt dieses Angebot, und jeder Unternehmer hat eine unerschöpfliche Auswahl von billigen Arbeitskräften, mit und ohne Arbeitsrecht, mit mehr oder weniger Infrastruktur und mehr oder weniger liberalen Gewinntransfertgesetzen.

Die "Konvertibilität," also der Umstand, daß eine in Währungstabellen unter "Exoten" geführte Währung dennoch in einer westlichen Bank angenommen wird, verdankt sich dem Beschuß der im IWF organisierten Staaten, dem Forint diese Eigenschaften zu verleihen. Es besteht genügend Interesse westlicher Firmen an Geschäften in Ungarn, daher muß das dortige Geld in begrenztem Maße die Eigenschaften besitzen, die diese Geschäfte ermöglichen: Er muß im Inland als Geld anerkannt sein, also zur Zahlung angenommen werden. Er darf sich nicht zu schnell entwerten, um als Zahlungsmittel tauglich zu bleiben, und seine Einlösbarkeit in weltmarktaugliche Währungen muß gewährleistet sein.

Wenn ein Staat sich so wie der ungarische fortgesetzt bei seiner eigenen Wirtschaft verschuldet - das heißt es nämlich, wenn er Staatsanleihen ausgibt: Er wird zum Schuldner derer, die sie kaufen -, während die Produktion dem Anspruch, profitabel zu sein, genausowenig genügt wie früher, als es diesen Anspruch noch gar nicht gab, und außerdem von 1989 bis 1995 fortwährend rückläufig war (inzwischen soll sich ein Wachstum eingestellt haben), so ist die Folge notgedrungen eine recht geschmalzene Geldentwertung. Und zwar in einer Höhe, die vor allem den ausländischen Hütern der "Währungsstabilität" sehr mißfällt. Die wollen nämlich in einem Land wie Ungarn bei der Inflationsrate unbedingt mitreden, während die Staaten mit Weltwährungen ungehindert Staatsschuldverschreibungen auf den Markt werfen können, die diejenigen Ungarns an Menge in nichts nachstehen.

Es ist ebenso Tatsache, daß die ungarische Staatsverschuldung auch dazu dient, eine weitere Schrumpfung der Produktion zu verhindern - wenn defizitäre Betriebe nicht subventioniert, sondern zugesperrt werden, so verbessert das die nationale Wirtschaftsleistung ja auch nicht, sondern schmälerst sie weiter. Die Beschränkung der Staatsverschuldung durch den IWF löst also keineswegs den Widerspruch auf, sondern verschärft ihn nur: Das ist eine der

Ursachen der langwierigen Verhandlungen und der immer kürzeren Kreditgewährungsfristen.

Der Staatskredit ist für den ungarischen Staat also ein sehr bedingtes Mittel zur Bestreitung seiner Ausgaben: Will er anlage suchendes Geld für sich nutzbar machen, also seine Abwanderung in andere, harte Währungen verhindern, so muß er ihm Bedingungen bieten, die die Einnahmen, die er sich so verschafft, auf der anderen Seite verringern. Dazu gehören die hohen Zinsen, die er zahlen muß, dazu gehören aber auch die Steuereinnahmen, auf die er verzichtet, um die Nachfrage nach Wertpapieren zu steigern. Es war für den ungarischen Staat eine Zeit lang sehr schwierig, seine Anleihen abzusetzen. Die wirkliche Schranke seiner Verschuldung liegt jedoch nicht in der in- und ausländischen zahlungsfähigen Nachfrage, sondern in dem vom IWF vorgeschriebenen Verschuldungsrahmen, also in den Beschränkungen bei der Ausgabe der Anleihen.

## Das Budget und der IWF

Die Verhandlungen mit dem IWF im Jahre 1993 waren langwierig und mündeten in die Gewährung eines Standby-Kredites in der Höhe von 478 Mio \$. Das hat damals bei der ungarischen Regierung Befremden ausgelöst: Standby-Kredite werden meist an Staaten vergeben, die mit Zahlungsschwierigkeiten kämpfen. Ungarn habe bisher aber seine Verpflichtungen stets erfüllt, so beklagten sich die Finanzfachleute, die eher eine Verlängerung des vorherigen, für Ungarn günstigeren Vertrages aus dem Jahre 91 erwartet hatten, der eigentlich erst 1994 ausgelaufen wäre.

Über die Verschuldungsfähigkeit Ungarns bestehen offensichtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen dem IWF und der ungarischen Seite: Während die Ungarn nach ihrem Wohlverhalten bei der Rückzahlung ihrer Schulden eingestuft werden wollten, richtete sich der IWF eher nach dem Zustand der ungarischen Wirtschaft und der ungarischen Finanzen und kam dabei zu einer wesentlich unvorteilhafteren Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Ungarns.

Bei diesen Verhandlungen war der Hauptgegenstand die Höhe des Budgetdefizits. Der ungarische Staat durfte sich nur innerhalb des vom IWF vorgegebenen Rahmens bei seiner eigenen Wirtschaft verschulden. Das setzte die Regierung bezüglich ihrer Ausgaben schwer unter Druck:

"Die Gewerkschaften rechneten aus, neben den Einnahmen aus der Sozialversi-

cherung einen Zuschuß von 80 Mio frt zu benötigen, die Regierung hingegen hält höchstens einen Zuschuß von 25 Mio frt finanzierbar und behauptete, daß womöglich die Einigung mit dem IWF an diesem Posten scheitern könnte." (HVG, 10.7.1993)

Daß beim Sozialen immer als erstes gespart werden muß, ist ja auch hierzulande hinlänglich bekannt, obwohl die Differenz zwischen der angestrebten und der "finanzierbaren" Summe den Rahmen des in einem westlichen Staat Üblichen sprengt. Völlig ungewöhnlich ist jedoch Folgendes: "In den Vorschriften für das Militärbudget 1993 stand, daß das Verteidigungsministerium mehr als 7 Mrd frt aus eigenen Mitteln beschaffen muß." (HVG 12.2.1994) Eine schwere Aufgabe. Schon 1,8 Mrd aus Immobilienverkäufen zu erwarten, erwies sich als Illusion. Was tun in einem solchen Fall? Volkstanzveranstaltungen und Tombolas? Oder vielleicht doch das Näherliegende, Waffenverkäufe und Beschützerdienste gegen Bezahlung? Was in der russischen Armee zum Leidwesen ihrer Führer heute gang und gäbe ist, in einem NATO-Heer unvorstellbar, schien die ungarische Regierung ihrer Armee förmlich vorschreiben zu wollen: Macht eure Verfügung über Waffen zu Geld!

Die Heeresleitung konnte sich zu diesem Schritt offenbar nicht entschließen und versuchte, auf dem derzeit einzigen anerkannten Weg der Bereicherung zu den nötigen Mitteln zu kommen: Sie kaufte Wertpapiere und trug sie zu dem anfangs erwähnten Brokerhaus. Ähnliche Vorschriften im Budgetentwurf dürften auch das Inneministerium und die Staatsbahnen dazu bewogen haben, sich an die Brokerfirma zu wenden. Es kommen für den Staat noch Ausgaben hinzu, die nicht vorhersehbar waren, denen aber offenbar höchste Priorität eingeräumt wird: "Die Autofabrik Suzuki, zur Zeit des Systemwechsels als Perle der wirtschaftlichen Umgestaltung betrachtet, ist ein halbes Jahr nach Inbetriebnahme in Konkursgefahr. Zur Rettung braucht der Betrieb eine Kapitalerhöhung um 7,5 Mrd frt (etwa 900 Mio \$), 20% vom ungarischen Staat. So muß die Budapester Regierung tief in den Staatssäckel greifen, obwohl sie der Firma schon bisher zahlreiche Unterstützungen und Vergünstigungen gewährt hat." (Presse, 13.12.1993)

Alle notwendigen Ausgaben, die den vom IWF vorgeschriebenen Rahmen überschreiten, müssen von den internationalen Finanzaufsichtsbehörden zusätzlich genehmigt werden, meist in Form von Krediten der Weltbank: "... wenn die Einigung mit

dem IWF am 15. Juli nicht gelingt, können die Banken auch dem für ihre Konsolidierung notwendigen Kapital von der Weltbank Ade sagen ..." (HVG 10.7.1993) Angeblich geht das auch ohne Zustimmung des IWF: "Es gelang sogar, in der Zeit der "Verstimmung" zwischen dem IWF und Ungarn drei Weltbankkredite zu erhalten (für ein Programm für die Pensionsverwaltung und die Gesundheitsversicherung 132 Mio \$, für Dienstleistungen im Gesundheitswesen 91 Mio \$, für die Steuerverwaltung 29 Mio \$)" (HVG 25.9.1993) Die Banken wurden schließlich mit sogenannten Konsolidierungs-Anleihen gestützt, also einer Art von Staatsanleihen. Auch die Dienstleistungen im Gesundheitswesen und die anderen oben erwähnten Posten wurden nicht mit Dollars finanziert, sondern mit Forint und staatlichen Garantien. Woher also die Notwendigkeit, sich solche Schritte durch *Dollar*-Kredite - für die ja auch Dollar-Zinsen zu entrichten sind - genehmigen zu lassen? Die Erklärung liegt darin, daß jede zusätzliche - im Budgetentwurf nicht vorgesehene - Staatsausgabe von IWF oder Weltbank genehmigt werden muß und dafür mit einer Dollar-Deckung versehen wird, was natürlich die Auslandsverschuldung erhöht. Ungarn muß also für jede Ausgabe im Inland quasi um Erlaubnis fragen; der Preis dafür, sie zu erhalten, ist ein erhöhter Schuldendienst in Devisen.

Im März dieses Jahres einigte sich die ungarische Regierung mit dem IWF abermals auf einen Standby-Kredit in der Höhe von 400 Mio \$. Die Unzufriedenheit hält sich diesmal in Grenzen. Die Regierung hat zwar über die Art des Kredites und die an ihn geknüpften Bedingungen Mißfallen geäußert, ist aber über das Zustandekommen des Abkommens nach zwei Jahren Verhandlungen sehr erfreut: "... Ungarn wartet nur deswegen auf den Genehmigungsstempel auf das Abkommen, um dadurch zur Gruppe der entwickeltesten Länder aufzuschließen, und damit die Regierung und der Regierungschef ihr Prestige in der internationalen Finanzwelt steigern können." (HVG, 16.3.1996) Der Kredit soll gar nicht in Anspruch genommen werden, sondern die Einigung mit dem IWF ist nach wie vor die Eintrittskarte Ungarns in die internationaen Finanzmärkte und entscheidet über die Zinshöhe und Laufzeit der Kredite, die das Land erhält. In diesen Kreisen ist man in letzter Zeit sehr zufrieden mit Ungarn: Im März 95 hat der Finanzminister Lajos Bokros ein Sparpaket erlassen, das das Ende des ungarischen Sozialstaates eingeläutet hat. Obwohl wegen des Widerstandes des Verfassungsgerichtshofes nicht alles

durchgesetzt werden konnte, was an Kürzungen vorgesehen war, so war doch das wichtigste Ziel erreicht: Ungarn war dem IWF und der internationalen Finanzwelt wieder vertrauenswürdig genug, um zu erträglichen Konditionen Kredite zu erhalten. Der Regierung wird bescheinigt, mit diesem Paket ihre Wirtschaft "stabilisiert" zu haben. Über die *Umstände*, die der Verkündigung dieses Sparpaketes *vorangingen*, äußerte sich ein Experte der Weltbank so: "Heuer im März mußte die Regierung sehr rasch handeln: Die Zinsen der von Ungarn aufgenommenen Kredite begannen in gefährlichem Maße zu steigen, die Laufzeit dieser Kredite verkürzte sich gleichzeitig, ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft immer schwerer finanzierbar ist." (HVG, 7.10.1995)

Auch die *Folgen* sind allgemein bekannt: "... das dafür erbrachte gesellschaftliche Opfer bedeutete eine Kürzung der Einkommen von über 10% ..." (HVG, 16.3.1996)

## Der IWF und die Auslandsverschuldung

In Jahr 1993 bekam Ungarn in der Zeitschrift "Euromoneyen" den Titel "Kreditnehmer des Jahres". Bis August 1993 legte Ungarn nämlich Anleihen in der Höhe von 170 Mrd Yen, 150 Mio \$, 100 Mio Pfund, 100 Mio Schweizer Franken und 2,6 Mrd Mark auf internationalen Geldmärkten auf. Woher rührte dieses Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit Ungarns?

"Frigyes Hárshegyi, der Vizedirektor der UNB, beeilte sich, hinzuzufügen, daß die international tonangebenden Finanzkreise trotz der gegenwärtigen »Malörs« der ungarischen Wirtschaft - dem Zahlungsbilanzdefizit von mindestens 1,5 Mrd \$ und dem auf 215 Mrd ft geschätzten Budgetdefizit - unverändertes Vertrauen in das Land besitzen und die auf auswärtigen Märkten inzwischen heimisch gewordene UNB als korrekten Partner betrachten." (HVG, 4.9.1993)

An den wirtschaftlichen Erfolgen Ungarns kann es also nicht liegen, daß die internationale Finanzwelt Vertrauen bezeugt, und die Korrektheit und Geschicklichkeit der Vertreter der Nationalbank wird es wohl auch nicht sein, die den guten Ruf des Schuldners Ungarn verursacht. Die Beantwortung der Frage ist nicht schwer, die Finanzwelt setzt eben auf einen anderen Garanten als auf die Ungarische Nationalbank: "Die internationalen Märkte warten im Falle Ungarns vorläufig ab, ob die ungarische Regierung im September die seit

Monaten geplante eineinhalbjährige Kreditvereinbarung mit dem IWF unterzeichnet oder nicht." (ebd.)

Ende des Jahres 1993 hat Ungarn erstmals seit 1989 einen *Bankkredit* in der Höhe von 175 Millionen \$ von einem internationalen Konsortium erhalten. Auf Anfrage der Gläubiger wurde angegeben: Der Zweck des Kredites sei "die Befriedigung der Geldbedürfnisse der UNB". (HVG 18.12.1993) Das Geld war also abermals eine *Deviseneinlage*, die als Grundlage der Forint-Kreditschöpfung diente und gleichzeitig als Devisenreserve dafür garantierte, daß Ungarn seinen in harten Währungen anfallenden Verpflichtungen genügen konnte. Diese Auskunft gereicht offenbar den Bankiers zur Vertrauensbildung: Hätte der Staat die Dollars irgendwo *investiert*, womöglich zur Förderung einer Produktion, zum Einkauf von Maschinen oder Technologie, so wäre der Verbleib des Geldes unsicher gewesen. Das war eine Auskunft darüber, wozu Ungarn damals Kredite verwenden *durfte*: Nicht nach seinem eigenen Ermessen, um Teile seiner Wirtschaft in Schwung zu bringen, sondern um ausländischen Investoren und Gläubigern Sicherheiten zu bieten, daß ihr Geschäftsinteresse in diesem Land gut aufgehoben ist.

Ungarn hat auf diesem Gebiet im Augenblick etwas mehr Luft: Seit dem Ende des Jahres 1995 sitzt die ungarische Regierung auf Einnahmen von 3 Milliarden \$, die

**FORUM**  
entwicklungspolitischer  
Aktionsgruppen  
Zeitschrift des BUKO

Bestelladresse:  
Redaktion FORUM  
Buchtstr. 14/15  
28195 Bremen  
Tel.: 0421-32 51 56  
Fax: 33 78 177

**Themen:**

- Zukunft des Internationalismus und der Soli-Bewegung
- Migration und (Anti-)Rassismus
- Ökologie und Modernisierung von HERRschaft
- Patriarchat und "Entwicklung"

**Kostenloses Probeheft bestellen!**

aus dem Verkauf der nationalen Telefongesellschaft und einiger Strom- und Gaswerke herrühren. Über die Verwendung dieses Geldes herrscht in Regierungskreisen Unklarheit. Vorgesehen ist eine Tilgung der Staatsschuld, wobei sich die Geister scheiden, ob diejenige der Auslands- oder diejenige der Inlandsschuld Priorität haben sollte. Andere Varianten der Verwendung dieses Geldes sind nicht ernsthaft im Gespräch. Die Situation erscheint auf den ersten Blick paradox: Während Ungarn derzeit international Kredit genießt, über ausreichende Devisenreserven verfügt und nicht weiß, wohin mit 3 Milliarden \$, zieht seine Regierung gleichzeitig ein rigoros Sparprogramm durch, dessen nächster Schritt erst bevorsteht: Der Zuschuß zur Sozialversicherung darf laut dem mit dem IWF geschlossenen Abkommen eine bestimmte Summe nicht übersteigen, das Budgetdefizit nicht mehr als 3,9% des BNP ausmachen. Die Sozialversicherung ist in diesem Sinne zu reformieren.

Ein anschaulicheres Beispiel dafür, wie wenig sich Volkswohl und Staatsinteresse vertragen, lässt sich schwer ausdenken. Die Verschuldung bedeutet für die Regierung Ungarns keinen Druck, der ihren angestrebten Zielen widersprechen würde. Es besteht daher keine Not, sie zu verringern. Das Sparprogramm kommt bei den Hütern der Weltwirtschaft gut an und erhöht die Kreditwürdigkeit Ungarns. Die Verarmung der Bevölkerung wird von den zuständigen Politikern zwar mit dem üblichen "leider" kommentiert, es fehlen aber inzwischen Bemerkungen der Art, es würde bald wieder "aufwärts" gehen - daß für einen Großteil der Ungarn von nun an einfach Armut vorgesehen ist, gehört heute zum Konsens zwischen Regierung, Opposition und kritischer Öffentlichkeit.

Das Hin und Her um die vielen Dollars in der Staatskasse offenbart aber auch das eigentliche Dilemma Ungarns: Während die BRD seit Jahren ihren Staatskredit für den Aufbau der neuen Bundesländer strapazierte und Staatsbetriebe durch Finanzspritzen für die freie Konkurrenz im EG-Raum fit zu machen versucht, verfügt der ungarische Staat nicht über die Möglichkeit, Teile seiner Wirtschaft durch Subventionen "europareif" zu machen, wie das heutzutage so schön heißt. Selbst der Besitz einer ansehnlichen Summe von Weltgold, also einem Zahlungsmittel, mit dem auf der ganzen Welt eingekauft werden könnte, versetzt die ungarische Regierung nicht in die Lage, dieses Geld in Kapital zu verwandeln - sie kann sich von der ererbten Industrie und Landwirtschaft, die eben nicht fürs Ge-

schäftemachen eingerichtet war, nicht befreien. Investitionen in die Wirtschaft, so die einhellige Meinung, würden lediglich die Inflation anheizen, profiträchtige Betriebe kämen dabei nicht heraus.

## Fazit und Perspektiven

**D**as Vertrauen in den Staatskredit Ungarns ist ein Vertrauen in seine Regierung. Ungarn ist ein IWF-Betreuungsfall und will es auch sein: "Im November des Vorjahres zahlte Ungarn Schulden in der Höhe von mehr als 600 Millionen \$ an den IWF zurück, sorgfältig darauf achtend, daß die verbleibende Schuld höher bleibt als 25% seiner Quote. Bis zu dieser Grenze kreditiert der IWF seine Mitglieder nämlich ohne Bedingungen, die ungarische Regierung will das Land jedoch genau in dem Bereich halten, innerhalb dessen dem IWF die Verpflichtung obliegt, seinen Mitgliedern Bedingungen zu stellen." (HVG, 16.3.1996)

In der Bewertung Ungarns durch den IWF und die internationale Finanzwelt ist im letzten Jahr ein Umschwung erfolgt. Während früher immer die Vertreter Ungarns leicht beleidigt auf ihre Verdienste aufmerksam machen mußten, die auf dem internationalen Parkett nie so richtig gewürdigt wurden, und Ungarn eine Zeitlang als Risikoland mit Mexiko verglichen wurde, gilt es heute als Muster für "Stabilität" und Vertrauenswürdigkeit.

Der erste Grund dafür ist der wahrhaftig beispielhafte soziale Friede. Es ist Ironie der Geschichte und gleichzeitig eine nachträgliche Klarstellung der Natur des Sozialismus, der dort 40 Jahre lang geherrscht hat, daß die ehemaligen Kommunisten sich als die besten Verwalter des Systemwechsels erweisen. Wenn es darum geht, Land und Leute den Ansprüchen des Kapitals und des Imperialismus zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig alle sich daraus ergebende Unzufriedenheit der Betroffenen im Sinne des sozialen Friedens zu betreuen, sind die ehemaligen Arbeiterfreunde allen politischen Konkurrenten eindeutig überlegen. Ihre Mitglieder stellen die Reste der ehemaligen und jetzt wieder zu Ehren gekommenen Staatsgewerkschaft, sind in der Kommunalpolitik fest verankert, und die Partei ist als Hoffnungsträger für Manager und Unternehmer, kurz: Erfolgsmenschen, auch bei der Jugend wieder attraktiv geworden. Den Abbau von Sozialleistungen, vor dem die vorige Regierung zurückgeschreckt ist, weil sie meinte, sie müßte dem Volk doch irgend etwas bieten, um die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegen-

über dem Kommunismus zu beweisen, hat die Mannschaft Gyula Horns bemerkenswert glatt über die Bühne gebracht, mit weit weniger Aufruhr oder Streiks als zu Zeiten seiner Vorgänger. Diese Eleganz beim Schröpfen der Untertanen ist bei den maßgeblichen Institutionen des Westens auf Anerkennung gestoßen.

Der unbedingte Wille, sich als willfähiges Instrument ausländischer Interessen zu gebären, hat sich auch auf politisch-militärischem Gebiet geäußert: Ungarn hat sich durch seine Zustimmung zur Stationierung der Truppen zur Beaufsichtigung des "Friedens" in Restjugoslawien zu einem NATO-Vorposten gemacht und damit auch seine außenpolitische Verlässlichkeit unter Beweis gestellt. Und auch da hat die Bevölkerung brav mitgezogen: Die Sichtweise der Regierung, daß mit den IFOR-Truppen nicht etwa eine neue Besatzungs- oder zu mindest fremde *politische Macht* in Ungarn Einzug hielte, sondern bloß ein belebender *Wirtschaftsfaktor*, wird von den meisten Ungarn widerspruchslös hingenommen. Die einzigen Beschwerden, die über die Soldaten laut werden, sind bisher von der Art, daß sie zuviel eigenes Zeug mitbringen und daher zuwenig in Ungarn einkaufen.

So ist Ungarn auch zu einer sicheren Anlagesphäre für Geld- und produktives Kapital geworden, Tummelplatz der Spekulation, verlängerte Werkbank von Autokonzernen, Absatzmarkt für westliche Konsumgüter. Die Regierung kann sich auf dem Polster des politischen Vertrauens ausruhen, das sie derzeit genießt. Das läßt sich mitunter sogar in Einnahmen für die Staatskasse ummünzen: Ungarn hat im Vorjahr eine generelle Erhöhung der Importzölle verfügt, die zu anderen Zeiten zumindest bei den davon betroffenen EU-Staaten einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen hätte, die aber diesmal mehr oder weniger hingenommen wurde.

Ungarn ist derzeit ein Beispiel für eine erfolgreich verlaufene Transformation: Das Land hat zwar keinen ökonomischen Erfolg, aber es hat Kredit. Die Mehrheit seiner Bürger hat zwar nichts davon, aber sie akzeptiert es. Ungarn hat zwar kein politisches Gewicht in der Welt, aber es darf dabeisein und es wird benutzt.

1 HVG = Heti Világgazdaság (Weltwirtschaftswoche), ungarische Wochenzeitung.

2 Der Preis des Bodens wird in Ungarn nach dem Urbarium Maria Theresias berechnet, daher die Goldkronen.

3 Die Entschädigungsscheine werden in den Börsenberichten unter "Aktienhandel" geführt.

Es war daher mehr als verständlich, daß die bereits Ende der 70er Jahre in damals noch vereinzelten Kreisen gestellte Forderung nach einem gewerkschaftlichen Pluralismus (seit Mitte des Jahrzehnts waren an der polnischen Küste und in Oberschlesien illegale Freie Gewerkschaftsgruppen tätig geworden) während der großen Streiks im Sommer 1980 mit der Gründung der "Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarnosc" ihren erfolgreichen Höhepunkt erreichte. Zwar hat Solidarnosc über Nacht Millionen von Mitgliedern gewonnen, womit sie zur stärksten Arbeitnehmerorganisation wurde (als Volksbewegung, als die sie sich deklarierte, zählte sie etwa 10 Millionen Mitglieder), doch neben ihr verblieben auch die alten - wie sie sich nannten - "Branchengewerkschaften" (etwa 4,5 Millionen Mitglieder), von denen sich 1981 die "Autonome Gewerkschaft" (fast 1 Million Mitglieder) abspaltete. Zwischen den zwei letztgenannten lag der Unterschied vorwiegend darin, daß die "Autonomen" hauptsächlich Facharbeiter waren und keine Zentrale duldeten.

Mit der Ausrufung des Kriegszustandes am 13.12.1981 wurde auch mit dem gewerkschaftlichen Pluralismus Schluß gemacht. Alle Verbände wurden per Ukas aufgelöst, ihre Tätigkeit verboten und General Jaruzelski plante, eine einheitliche, durch Militärstrukturen verdeckte Arbeitnehmerorganisation zuzulassen. Es kam anders: Erstens ließ sich Solidarnosc nicht verbieten - Jozef Pinior z. B. leitete illegal bis zu seiner Festnahme und Verurteilung eine rege Gewerkschaftsarbeit in Niederschlesien. Und zum zweiten: Als Leute wie Alfred Miodowicz, der von 1984 bis 1990 Vorsitzender der OPZZ-Gewerkschaften war, in der Lenin-Hütte in Nowa Huta bei Krakau seine Kollegen zu organisieren begann, setzte er - der zuvor Solidarnosc-Mitglied war - ein Zeichen, wie man's macht: auf Abteilungs- und Betriebsebene die zugelassenen "Sozialausschüsse" von den Direktionen loslösen und als selbständige Branchengewerkschaften etablieren. Ich weiß aus zuverlässlichen Quellen, daß dies der Jaruzelski-Regierung gegen den Strich ging. Aber von den Tatsachen gewissermaßen überrollt, mußte die autoritäre Macht, die in einem aussichtslosen Kampf mit der illegalen Solidarnosc verwickelt war, zu dieser Entwicklung in den Betrieben gute Miene machen. Als dann die Bildung von Gewerkschaftsgruppen offiziell "nur auf Betriebsebene" geduldet wurde, waren die neu gegründeten "Klassenge-

werkschaften" durch Regionalversammlungen (z. B. im oberschlesischen Beuthen) bereits auf Branchenebene organisiert, und sie bereiteten sich auf eine Konvention vor, die mit der Gründung einer "Gesamtpolnischen Verständigung der Gewerkschaften" (OPZZ) ein neues Element in die verstrickte Situation hineinbrachte.

Das eben Geschilderte gehört mit zum Verständnis der heutigen komplizierten Lage in der zersplitterten polnischen Gewerkschaftsbewegung. Es mag stimmen, daß das Jaruzelski-Regime die OPZZ-Gewerkschaften, als sie schon entstanden waren, als Instrument im Kampf gegen Solidarnosc umfunktionieren versuchte, was ihm auch zum Teil gelungen ist, doch der Gedanke, der damals - 1982/83 - die Aktivisten der "Klassengewerkschaften" zum Handeln motivierte, war keinesfalls die Spaltung der Arbeitnehmer, sondern die Wahrnehmung und Verteidigung von Interessen der Lohnabhängigen im vom IWF und der Weltbank aufgekroptierten "Reformprozeß", mit dem sich das Regime dem Westen anbiederte. Bis heute ist mir jedoch die Rolle von Miodowicz, den ich beraten habe, ein Rätsel: War er von Anfang an ein kleines trojanisches Pferd oder ist er durch seine Mitgliedschaft im Politbüro machtpolitisch korrumptiert worden? Privat war er seit 1987/88 für eine Neuzulassung der Solidarnosc, als Politbürokrat vertrat er jedoch offiziell eine ganz andere "Pluralismus"-Konzeption. Als Teilnehmer am Runden Tisch (Februar-April 1989) zeichnete sich für mich bald ab, daß Jaruzelski sich schon längst damit abgefunden hatte, Solidarnosc zu legalisieren, doch war dies sozusagen sein letzter Trumpf im Spiel für seinen eigenen Verbleib an der Macht. So galt also bis zum Finale des round table die "Pluralismusparole": Jene Gewerkschaft, die vor Ort, im Betrieb, die stärkste sei, solle nach Absprache mit den anderen Verbänden die Arbeitnehmer vertreten. So äußerte sich Miodowicz bereits im Herbst 1988 während eines Streitgesprächs mit Lech Walesa im Polnischen Fernsehen. Dieses taktische Spiel in Sachen "Pluralismus" war jedoch für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung in Polen halb so schlimm wie die Annahme eines wahren Danaer-Geschenks: Das ganze, zuerst vom Staat eingezogene Eigentum aller 1981 aufgelösten Gewerkschaften wurde der OPZZ zur Verfügung gestellt. Obwohl nach 1989/90 die Solidarnosc über das Budget des Arbeitsministeriums, dessen Chef Jacek Kuron war, mit beträchtlichen Summen "entschädigt" wurde, ist die Sache bis heute immer noch nicht vollkommen geregelt und stellt

einen der wichtigsten Streitpunkte zwischen Solidarnosc und den OPZZ-Verbänden dar. Es geht dabei nicht nur ums Geld, sondern um viele Immobilien und um die Verteilung von Sozialeinrichtungen (Sanatorien etc.), die unter dem alten Regime formell der CRZZ-Zentrale gehört haben.

## Gewerkschaften in Polen 1996

Heute sind in Polen folgende Gewerkschaftsorganisationen tätig:

- Die Solidarnosc unter Marian Krzaklewski, der 1991 Nachfolger des zum Staatspräsidenten gewählten Lech Wałęsa wurde. Sie basiert rechtlich auf einer im April 1989 gerichtlich registrierten neuen Satzung. Ihr Sprecher Andrzej Zak gab neulich die Mitgliederzahl mit 2,3 Millionen an.
- Die "Solidarnosc 80", die als ihre rechtliche Grundlage das Statut von 1980 anerkennt und sich somit dem "Diktat des runden Tisches" nicht gebeugt hat. Zuerst unter der Führung des Stettiner Arbeiterführers Marian Jurczyk war sie bis 1993/94 an der westlichen Küste, in Oberschlesien, in der Breslauer Gegend sowie in Rüstungsbetrieben im Osten Polens aktiv. Ihre Existenzberechtigung schöpfte sie aus dem opportunistischen Verhalten der Solidarnosc-Führung gegenüber den Regierungen von Mazowiecki, Bielecki, Olszewski und Suchocka, die alle von Solidarnosc-Leuten geführt wurden. "Solidarnosc 80" gewann insbesondere als Opposition gegen den sogenannten Balcerowicz-Plan an Bedeutung, der ja genau die wirtschaftlichen und sozialen Reformen nach den Auflagen des IWF und der Weltbank realisierte. Ihren Höhepunkt erreichten die "Achtziger" während der Arbeitskämpfe 1993 im besonders von der Reform betroffenen oberschlesischen Bergbau. Weil die Kumpels in ihrem Protest gegen die Rationalisierungen, mit denen die Gruben saniert werden sollten, keine ausreichende Unterstützung von der Pommerschen Küste erhielten, erhob sich eine Front gegen Jurkiewicz, die dann - über außerordentliche Gewerkschaftstage - zur Spaltung führte. Infolge dauernder gegenseitiger Ausschlüsse gelangte die Führung der "S-80" an Jerzy Poltorak aus Breslau, einen Angestellten der Medizinischen Akademie. Der Verband ist radikal antikapitalistisch, protestiert heftig auf schwach besuchten Pressekonferenzen gegen die Wirtschafts- und

Sozialpolitik der regierenden "Linken", bringt allerdings kaum mehr als einige Hundert Menschen zu Demonstrationen auf die Beine.

- Andrzej Gwiazda, ein Ingenieur aus Danzig, in den 70er Jahren Mitbegründer der Freien Gewerkschaften, ein Mann der ersten Stunde bei Solidarnosc und während des Gewerkschaftstages 1981 im Kampf um den Vorsitz Walesa knapp unterlegen, nach 1989/90 der Kopf von den wieder aktiven "Freien", sagte mir jüngst, daß es die "Wolne Związki Zawodowe" - wie er sie gegründet und geführt hat - nicht mehr gibt. Gemeinsam mit seiner Frau gibt er zwar weiter die unregelmäßig erscheinende Zeitschrift "Poza Ukladem" (Jenseits von Seilschaften) heraus, ist sich allerdings dessen bewußt, daß er mit seiner Kritik des polnischen Lumpenkapitalismus gegen eine Wand anrennt.
- Neben den zwei großen Zentralen - dem Landesausschuß von Solidarnosc und der "Allpolnischen Verständigung der Gewerkschaften" (OPZZ), über die noch zu berichten ist - bestehen etliche Verbände, die man, grob gesehen, zwei Gruppen zuordnen kann. Da gibt es also "Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaften" verschiedener Branchen, die lediglich einen Großbetrieb umfassen, beispielsweise die einzelnen Kupferminen im Dreieck Liegnitz-Laubau-Glogau. Zdzislaw Zbrzyzny, ein Gewerkschafter aus dem "Kupferrott", begründete dies mir gegenüber so: Wir wollen keine Klugscheißer über uns, weil wir ja unseren eigenen Verstand haben und stark genug sind, unsere Interessen zu vertreten. Im Grunde genommen - so Zbrzyzny - kämpft jeder für sich allein.
- Die zweite Gruppe bilden kleine, straff organisierte, autonome Fachverbände, in denen sich hochqualifizierte Spezialisten zur Wahrnehmung ihrer Interessen zusammengetan haben - etwa Lokführer bei der Eisenbahn, Steiger in den Gruben, Angehörige der Betriebsaufsicht in der Metallindustrie oder - wie zuletzt - die Professoren und Dozenten an den Hochschulen. Sie bestehen neben den beiden anderen Gewerkschaften und sind auch stets bei Tarifgesprächen auf lokaler Ebene und in dem 1993 - während Jacek Kurons Amtszeit - auf der Grundlage eines Gesetzes zum "Betriebspakt" einberufenen "Dreiseitigen Ausschuß" vertreten, der die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie die Regierung umfaßt.

Als exotische Sonderfälle sind noch zwei weitere Verbände zu erwähnen. Die rechts-nationale "Konföderation des Unabhängigen Polens" (KPN) von Kazimierz Moculski hat sich 1992/93 eine eigene Gewerkschaft, die "Kontra", zugelegt, die dort Fuß fassen konnte, wo es - wie bei den großen Streiks 1992 in Oberschlesien, in der Hütte Luchcini in Warschau oder 1993/94 im niederschlesischen Kupfergebiet - zu Vermittlungsversuchen der KPN-Abgeordneten gekommen ist. Auch diese Gewerkschaftsgruppe ist streng antikapitalistisch, aber zugleich bigott katholisch. Ob sie von bleibender Bedeutung sein wird, hängt wohl von der Existenz der dahinschwindenden KPN als Parlamentspartei ab. Mit der Gewerkschaft "Samoobrona" (Selbstverteidigung), angeführt von Andrzej Lepper, steht die Sache anders. Obwohl sie in der letzten Zeit keine spektakulären Aktionen wie Traktoren-Sternfahrten oder Straßenblockaden durchführt, ist die "Selbstverteidigung" als militante Vertretung der bei den Banken verschuldeten Landwirten, weiter politisch aktiv, und ihre Sprecher melden sich stets mit kompromißlosen Erklärungen gegen die von der EU aufgezwungene liquidatorische Agrarpolitik zu Wort. Obwohl sie sich Gewerkschaft nennt, verdient sie eher den Namen Bauernverband, wie übrigens die zwei "Solidarnosc"-Dorfvereine auch.

Sowohl zur OPZZ als auch zur Solidarnosc habe ich - aus unterschiedlichen Gründen - ein sehr subjektives und ambivalentes Verhältnis.

Auf die Frage, was eigentlich aus den etwa vier Millionen Mitglieder (Rentner mitgerechnet) zählenden OPZZ-Verbänden geworden ist, läßt sich seit 1993 nur schwer eine klare, eindeutige Antwort finden. Als die Zentrale, bereits von Ewa Spychalska geleitet, als eine von 35 Organisationen 1991/92 in das quasi-linke "Bündnis Demokratische Linke" (SLD) hineinging und somit für die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) die größte Basis stellte (wie etwa die Trade Unions for Labour), war sie nur so lange echt arbeitskämpferisch eingestellt, wie das Bündnis selbst auf den Oppositionsbänken saß. Seit dem SLD-Wahlsieg im Herbst 1993 haben sich die Zentrale, die Struktur und der Apparat der OPZZ sehr geändert. Kraft ausgedrückt: Mit 70 Sejmmandaten ließ sich die Gewerkschaftsführung einfach politisch korrumpern.

Obwohl die auf vorderen Listenplätzen

plazierten Gewerkschaftsfunktionäre aus der Zentrale, den Gebietsvertretungen und den Branchenvorständen in der Wahlkampagne "Schärfe auch gegen die Leute im eigenen politischen Lager" beteuerten und versprachen, daß sie zwecks Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen ins Parlament gehen wollen, ist daraus das ganz "Normale" geworden. Die Gewerkschaftsvertreter beugten sich den "ökonomischen Notwendigkeiten", stimmten Sozialabbau und Rentenklau zu und deklarierten beiläufig, daß sie für den "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" seien. Vollmundig und blauäugig ließen sie sich oft, wie Frau Spychalska, im Fernsehen zur "schwierigen Lage der Lohnabhängigen und zur Misere der öffentlichen Dienste" interviewen, schlügen auch manchmal verbalen Krach, drohten sogar mit "ernsthaften Konsequenzen für das Bündnis", forderten "enge Konsultationen seitens der Regierung", und damit wars auch getan! Es mag sogar stimmen, daß sie in den Parlamentsausschüssen tatsächlich "noch Schlimmeres" verhindern, mit der "Vernunftfehle" im SLD hat sich die OPZZ-Gewerkschaft jedoch selbst zur Ohnmacht verdammt, die von der Basis mit Kritik bombardierten Gebietsvertretungen zur Verzweiflung gebracht und die Kollegen in den Betrieben lahmgelegt. Die Gewerkschaftsführer, die in hohe Regierungsstellen abkommandiert oder in die Aufsichtsräte der privatisierten und in Konsortien der "Nationalen Investmentfonds" zusammengefügten Betriebe entsandt oder in die Machtstrukturen delegiert wurden, stört das wenig. Meines Erachtens hat sich die OPZZ-Spitze mitsamt Anhang in der letzten Zeit noch mehr blamiert als in den 80er Jahren, und sie ähnelt sogar ein wenig dem CRZZ-Verein von anno dazumal. 1988 hatte sie die vorletzte "kommunistische" Messner-Regierung mit ihren Protesten gegen den radikalen Reformkurs, der sich vor allem im Sozialabbau äußerte, zum Sturz gebracht. Heute ist sie brav regierungstreu und macht alles mit, was zum Verbleib an der Macht verhilft. In der resignierten und vollkommen erstaunten Basis kochts, allerdings nur auf Sparflamme. Was den "Laden" noch einigermaßen zusammenhält, ist die scharfe Opposition, ja Feindschaft der Solidarnosc gegenüber der "Postkommune". Auch wenn es "unten", insbesondere in kleinen Betrieben, in der Regel zu gemeinsamen Aktionen (meistens zur Verteidigung der Arbeitsplätze) beider Verbände kommt, so ist doch das gegenseitige Verhältnis der Zentralen sehr gespannt und manchmal sogar feindlich. Obzwar selbst eine Frucht des "faulen Kompromisses am



runden Tisch", also Folge einer gigantischen politischen Manipulation und in der neuregisterierten Form Ausdruck einer Instrumentalisierung im Dienste der "demokratischen (lies: bürgerlichen) Opposition" hält sich die Solidarnosc gegenüber dem "Kriegsrecht-Bastard" (OPZZ) überheblich für etwas Besseres, "Wahr-Polnisches". Entgegen den objektiven Interessen der von der Wirtschaftsreform bedrohten Lohnabhängigen zieht sich zwischen den beiden Großverbänden eine Trennungslinie, die eigentlich die ganze polnische Gesellschaft zu charakterisieren scheint: das "patriotische Lager eines unabhängigen Polens" gegen die "Postkommune". Es ist dies primär eine Grenze nach Kriterien sehr differenzierter Bewertungen der "volksdemokratischen" Vergangenheit.

Über die Solidarnosc als Gewerkschaft selbst läßt sich nicht viel Neues sagen. Wie bereits erwähnt, versteht sie sich als Grals Hüterin der nationalen und christlichen Werte und bildet somit einen großen Vaterlandsverein. Außerdem hat sie für sich die Wahrung der Tradition aller dramatischen und zugleich heldenhaften Arbeitskämpfe im Nachkriegs polen vereinnahmt: den "schwarzen Donnerstag" im Juni 1956, den "Polnischen Oktober" 1956, die Arbeiterrevolte 1970 in den Küstenstädten und selbstverständlich die Streiks im August 1980. Ich persönlich will ihr das ja gar nicht streitig machen. Schade ist nur, daß sie sich von der Tradition der ebenso blutig niedergemachten Arbeiterdemonstrationen 1923, 1930/32 und 1938 distanziert. Da spielt ihre ideologische Einseitigkeit eine Rolle: Die brutalen Angriffe der berittenen Polizei gegen demonstrierende Arbeiter im Vor kriegs polen, die vielen Todesopfer und auch das KL Bereza Kartuska sind verdrängt worden. Gedacht wird nur der Opfer der "Kommune"; für eine objektive Be trachtung aller Ausbeutungssysteme (und der sogenannte reale Sozialismus, den ich Staatskapitalismus mit Monopolpartei als

autoritärer Alleinherrscher nenne, ist da nicht ausgenommen) ist in der "S" kein Klima vorhanden.

Diese ideologische Befangenheit bewirkte, daß sich die Gewerkschaft zwischen 1989 und 1993 so verhielt, als habe sie mit den vier "S"-Regierungen ein Stillhalteabkommen geschlossen. Die Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurde von ihr gutgeheißen und unterstützt. Der berüchtigte "Balcerowicz-Plan", die zuerst ganz wilde und dann gesetzmäßige Privatisierung, wurde geradezu enthusiastisch aufgenommen - bis sicht- und spürbar wurde, daß die sozialen Lasten zu schwer werden. Es war ja gerade auf einen Antrag der Solidarnosc-Fraktion im Sejm der 1. Legislaturperiode zurückzuführen, daß die Suchocka-Regierung gestürzt wurde. Alojzy Pietrzyk, der "S"-Leader der oberschlesischen Kumpel, wollte "denen oben" zwar nur einen Denkzettel verpassen, aber durch einen Betriebsunfall war die vierte "S"-Regierung schnell weg vom Fenster.

Marian Krzaklewski verstand diese Tat sache in eine totale Oppositionspolitik gegen die siegreiche SLD-PSL-Mannschaft umzumünzen. Seht: Sogar unsere eigene Regierung haben wir weggefegt! Umso schärf er konnte man also nun die regierende "Postkommune" bekämpfen. Dies war umso leichter, als sich die "linke" Regierung (zuerst unter dem pragmatischen Bauernführer Pawlak, dann kurz mit dem unglücklichen "Sozialdemokraten" Oleksy und nun mit dem parteilosen SLD-Mit glied, Cimoszewicz) das neoliberalen Reformprogramm zu eigen machte und ihre Sorge um die "soziale Gerechtigkeit" nur verbalen oder kosmetischen Wert hatte. Das "Programm 2000" von Grzegorz Kolodko, dem "linken" Finanzminister, ist ja wohl nur eine Neuauflage des Plans von Balcerowicz.

Der Schwerpunkt aller Solidarnosc-Aktivitäten (bei gelegentlichen Protesten und Aktionen im Bereich der öffentlichen Dien-

ste) lag allerdings im Politischen. Zumindest seit 1994, als die Präsidentschaftskampagne losging, konzentrierte sich die Solidarnosc auf die Wiederwahl von Lech Wa lesa. 1996 befindet sich die "S" auf den Weg der Degeneration zu einer politischen Partei. Der letzte Gewerkschaftstag in Posen liefert dafür eindeutige Beweise. Ihr Problem besteht einzig darin, ob sie es allein mit ihrer "Wahlaktion Solidarnosc" schafft, mit der sie seit Anfang Juni zig Kanapee- und Klappstuhlparteien aus dem rechten und nationalen Lager aufgefangen hat, oder ob sie mit dem konkurrierenden Olszewski-Block ein Wahlbündnis eingeht. Das erklärte Ziel der "S" ist, bei den im nächsten Jahr fälligen Parlamentswahlen die "Postkommune" wegzuputzen.

Sie will ins Parlament und um sich eine Regierungsmehrheit bilden. Sogar normale Arbeitskämpfe, wie etwa jener für die Erhaltung der total bankroten Danziger Werft - über die Walesa jahrelang den Schutzhelm gehalten hat, während er sie gleichzeitig ökonomisch verkommen ließ - werden in eine "politische Schlacht" gegen die "postkommunistische Regierung" umfunktioniert. Nicht gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik wird gekämpft, sondern gegen die "Postkommune"! Zum Jahrestag der Streiks 1980 und der "S"-Gründung will Solidarnosc Hunderttausende Menschen für eine Demonstration gegen die Regierung in Warschau mobilisieren.

So werden auf beiden Seiten der erwähnten Grenzlinie die Gewerkschaftsarbeit und der Arbeitskampf, der notwendiger ist als je zuvor, von politischen Feindseligkeiten und quasi-ideologischer Sturheit überschattet. Ich weiß nicht, was geschehen müßte, um endlich von dem zur tragischen Lächerlichkeit degradierten "Pluralismus" zu einer gemeinsamen Aktion, ja zum einheitlichen Handeln der Arbeitnehmerverbände kommen zu können. Selbstverständlich können die Gewerkschaften nicht anders sein als das gesamte politische Spektrum im Lande. Es ist bei uns noch ein weiter Weg zur Quasi-Normalität, in der sich die Arbeitnehmerverbände ihren eigentlichen Aufgaben widmen können. Solange alles dem Konflikt zwischen der vielschichtigen Rechten, zu der sich Solidarnosc zählt, und der verbalen "Linken", die die OPZZ-Verbände umschlungen hat, untergeordnet bleibt, werden echte Gewerkschaftsaufgaben sowohl für die eine als auch für die andere Seite praktisch zu zweitrangigen Problemen herabgestuft. Beide Zentralen vermochten bis jetzt nicht, dem Sog des Politischen zu widerstehen.

# Verschleppte Hoffnungen

von William Totok

● Die Gewerkschaftslandschaft in Rumänien ist in Bewegung:  
Nach dem Sturz des Ceausescu-Regimes formierte sich eine Vielzahl von Gewerkschaften, die sich nunmehr zum Teil zu größeren Organisationen vereinigen. Die meisten davon stehen in engem Naheverhältnis zur Regierungskoalition bzw. zur Opposition und ordnen, so William Totok in diesem Beitrag, die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen dem Willen der jeweiligen Parteizentrale unter. ●

William Totok ist rumäniendeutscher Autor, lebt seit 1987 in West-Berlin und ist Mitglied des "Menschenrechtskomitees Rumänien" in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der soziale Frieden ist in Rumänien sechs Jahre nach der Wende noch nicht in Sicht.

Immer wieder brechen spontane Streiks aus, gefolgt von wilden Demonstrationen. Die nach wie vor existierenden überalterten staatlichen Mammutbetriebe arbeiten mit halber Kapazität, der Rohstoffmangel ist zum Dauermangel geworden. Der Personalabbau vergrößerte das Arbeitslosenheer, die versprochene Privatisierung geht nur schleppend voran. Die Unzufriedenheit wächst, fatalistische Hoffnungslosigkeit breitet sich aus. Nichts mehr ist so wie früher, und trotzdem hat sich alles geändert, wie der Vorsitzende der neugegründeten Sozialistischen Partei, Tudor Mohora, skeptisch feststellt: "Von einer sozialen Solidarität im heutigen Rumänien kann nicht mehr gesprochen werden. Bis 1989 hat es sie allerdings gegeben. Es existierte so etwas wie menschliche Solidarität, die auf der gemeinsamen Ablehnung des Systems fußte. Alle verwünschten die gleiche Person - hatten das gleiche Feindbild. Daraus erwuchs eine Art Widerstand. Heute ist das Zusammengehörigkeitsgefühl sogar innerhalb derselben sozialen Kategorie verschwunden."

Von der Freiheitseuphorie ist nur noch wenig übriggeblieben. Während der Aufbruchphase von 1990 schossen die Parteien, Bürgerrechtsgruppen und Gewerkschaftsorganisationen wie Pilze aus dem Boden, erinnert sich Bogdan Iuliu Hossu, heute Vorsitzender des Gewerkschaftskartells "Alpha" - eines der drei wichtigsten Verbände des Landes: "Die beiden ersten Jahre nach der Wende waren von einer gewissen Gewerkschaftspluralität geprägt. Es existierten nebeneinander über 26 Gewerkschaftskonföderationen auf Landesebene, die aus über 30.000 Basisorganisationen zusammengesetzt waren. Außerdem gab es fast 350 Berufsorganisationen. Danach war eine leichte Vereinigungstendenz all dieser Organisationen festzustellen. 1993 beispielsweise vereinigte sich eine der großen Konföderationen mit dem Gewerkschaftskartell Alpha; im selben Jahr vereinigte sich auch die Freie Landeskongregation der Gewerkschaften Rumäniens (CNSLR) mit der Gewerkschaft Brüderlichkeit (Fratia).

Der Prozeß der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse wird allerdings erst dann beendet sein, wenn es einen rechtlich verbindlichen Gesetzesrahmen gibt, der auch die Kompetenzen der Gewerkschaften festlegt."

Für den Großteil der rumänischen Bevölkerung hatte die zögerliche wirtschaftliche Umstellung verheerende Folgen. Für die zunehmende Verelendung der Rumänen macht der Vorsitzende der "Konföderation der Demokratischen Gewerkschaften Rumäniens", Victor Ciorbea<sup>1</sup>, die post-kommunistischen Regierungen verantwortlich: "Der unaufhaltbar sinkende Lebensstandard hat besorgnis erregende, ja dramatische Formen angenommen. Der Lebensstandard ist, laut offiziellen Angaben, im Vergleich zum Oktober 1990 um 50% gesunken. Man zieht diesen Monat zum Vergleich heran, weil damals die erste Phase zur Aufhebung der Preisbindung eingeleitet und somit ein bedeutsamer Schritt zur marktwirtschaftlichen Umstellung gemacht wurde. Gemäß offizieller Statistiken ist bekannt, daß bloß 0,8% der Bevölkerung sich fast alles leisten kann. Es handelt sich im Klartext ausgedrückt um eine neu entstandene Klasse von Potentaten. Etwa 22% verfügen über ein mittleres Einkommen, 73% leben hart an der Armutsgrenze, die Hälfte davon jedoch darunter."

Stellvertretend für die enttäuschten sozialen Hoffnungen sind die Worte eines Arbeiters, der aus seiner politischen Verdrossenheit keinen Hehl macht: "Unser Lebensstandard ist gesunken. 1989 glaubten wir, es würde alles besser. Wir waren überzeugt, wenn wir unserer Arbeit nachgingen, würden wir auch den westlichen Standard erreichen. Ich glaube, jetzt ist unser Lebensniveau 50mal niedriger als im Westen. Mindestens 50mal! Ich bin auch in einer Gewerkschaft. Aber die Gewerkschaft untersteht der Betriebsleitung. Was der Direktor diktiert, das führen die Gewerkschaften aus. Die Betriebsleitungwickelt die Gewerkschaftsleitung um den Finger. Der Direktor gibt Anweisungen, die Gewerkschaften führen sie aus."

Übersetzt in die Sprache des Gewerkschaftspolitikers Bogdan Iuliu Hossu erhalten die Ausführungen des Arbeiters eine unmißverständliche politische Deutung: "Es existiert eine Gruppierung ehemaliger Kommunisten, die sichtlich bemüht ist, durch alle möglichen Mittel an die Macht zu kommen. Besonders gefährlich an diesem Unterfangen ist die Tatsache, daß diese Leute die heutige Regierung für ihre Spielchen mißbrauchen. Auf diese Weise verlassen sie eine vorteilhafte Überführung des Staatseigentums in ihre eigene Tasche. Durch die derartig vollzogene Sicherung wirtschaftlicher Vormacht

erhoffen sie auch die politische Macht zu erringen. Eine von solchen Leuten gelenkte Marktwirtschaft wäre nicht nur für uns ein Desaster, sondern auch für Europa. Dies wäre nichts anderes als eine Marktwirtschaft nach südamerikanischem Modell."

Einen Lichtblick in dieser schier ausweglosen Lage sieht auch der unabhängige Journalist Peter Shragher nicht: "Die Gewerkschaftsfrage ist zweischneidig. Einerseits sind die Forderungen berechtigt. Die Gewerkschaften müssen für ihre Rechte kämpfen, vor allem für ihre Lohnforderungen, für bestimmte Zulagen, wenn es sich um erschwerete Arbeitsbedingungen handelt. Die jetzige Regierungspolitik aber fördert gewisse gewerkschaftliche Forderungen, die unbegründet sind. Unabhängig davon, ob ein Betrieb seine Angestellten tatsächlich beschäftigen kann oder nicht, gehen die Arbeitnehmer auf die Straße. So erzwingen sie höhere Löhne, ohne eine Leistung zu erbringen. Das hat natürlich auch damit zu tun, daß die Regierung an der Macht bleiben möchte und deswegen beispielsweise die Verabschiedung eines Konkursgesetzes hinauszögerte und nichts für die Betriebsmodernisierungen tut. Deshalb werden die Forderungen halbherzig erfüllt, nach dem Leitsatz: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Eine deutliche und verständliche politische Wirtschaftsstrategie ist das jedoch nicht."

## Verstrickung mit der Macht

Sozialistenführer Mohora übt nicht nur Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung, sondern auch an den Versuchen der Opposition, die Gewerkschaftsbewegung politisch zu instrumentalisieren und für ihre Zwecke zu missbrauchen: "Überall in der Welt versuchen die Machthaber die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern, um dadurch ihre Schlagkraft zu schwächen. Hierzulande betreibt dies nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Die einzelnen Parteien sind darauf bedacht, sich ein möglichst großes Stück vom jeweiligen Gewerkschaftskuchen abzuschneiden, d. h. ihren Einfluß auszudehnen! Ich glaube, solange die einzelnen Betriebe über die im Laufe der Zeit angehäuften eigenen finanziellen Reserven verfügten, konnten diese den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt werden. In den ersten zwei Jahren nach der Wende wurde doch fast nichts gearbeitet. Die Forderungen der Gewerkschaftsführer klangen damals sehr verführirsch. Man hatte ihnen - im Namen der Arbeitnehmer - stattgegeben. Nun ist das Säckchen mit den Ersparnissen leer. Die Arbeitnehmer, die Gewerkschaftsführer und die ihnen nahestehenden Parteien müßten

jetzt erkennen, daß die Unternehmen durch übertriebene Forderungen nicht zugrunde gerichtet werden dürfen. Das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wäre doch das gemeinsame wirtschaftliche Vorwärtskommen. Unstimmigkeiten entstehen naturgemäß bei der Verteilung des Profits. Aber erst wenn die Betriebe auch einen Gewinn abwerfen, darf es derartige Auseinandersetzungen geben. Durch die unberechtigt hohen Ansprüche der Streikenden werden Produktionsbetriebe kurzerhand zugrundegewirtschaftet."

Zu den gegen einzelne Gewerkschaftsbosse erhobenen Korruptionsvorwürfen meint schließlich Alpha-Präsident Hossu: "Schon 1993 waren einige Gewerkschafter durch ihre Bestechlichkeit aufgefallen. Da sich bestimmte Gewerkschaftsführer als käuflich erwiesen hatten, schadeten sie der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Die Freie Landeskönföderation der Gewerkschaften Rumäniens (CNSLR) konnte somit gekauft werden, indem sich ihre Führer in die Strukturen der Regierungspartei einbinden ließen. Das hat sich negativ auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgewirkt. Die öffentlichen Vorwürfe richteten sich nicht nur gegen die betreffenden CNSLR-Bosse, sondern unterschiedslos gegen alle Gewerkschaftsführer."

Das sich selbst als "christ-demokratisch" bezeichnende Gewerkschaftskartell "Alpha" durchlief - ähnlich wie alle anderen rumänischen Arbeitnehmerorganisationen - einen auffallenden Politisierungsprozeß, vor allem durch die politische Anlehnung an westliche, christdemokratisch ausgerichtete Gewerkschaften, die ihre rumänischen Kollegen weit mehr als nur logistisch unterstützten. Alpha-Vorsitzender Hossu beanstandet jedoch nicht eine Zusammenarbeit zwischen politischen Gremien und Gewerkschaften, sondern lediglich die bedingungslose Anpassung an die Regierungspolitik: "In den letzten 45 Jahren waren die Einheitsgewerkschaften der Rumänischen Kommunistischen Partei total unterordnet. Heute erleben wir verständlicherweise seitens vieler Gewerkschaften so etwas wie eine automatische Abgrenzungshaltung gegenüber politischen Parteien. Das heißt jedoch nicht, daß es keine gemeinsame politische Zusammenarbeit geben muß. Aber zwischen politischer Zusammenarbeit und politischer Unterordnung gibt es einen großen Unterschied."

Noch deutlicher drückt Victor Ciorbea, der Vorsitzende der "Demokratischen Gewerkschaftskönföderation Rumäniens", sein Unbehagen angesichts gewerkschaftlicher Verflechtungen mit staatlichen Machtstrukturen aus. In dem auffälligen Prozeß von ge-

werkschaftlicher Unterordnung und Anpassung offenbart sich für Ciorbea eine gefährliche negative Entwicklung, die sich auf die Demokratie schlechthin als Bremsfaktor auswirkt: "Die Landeskönföderation der Freien Gewerkschaften Rumäniens (CNSLR) erhielt die Gebäude der alten Einheitsgewerkschaft. Sowohl im Inland als auch im Ausland identifizierte man in der CNSLR eine Erbin dieser Einheitsgewerkschaft. Die CNSLR gründete zum Schein eine westlich orientierte Gewerkschaftskönföderation, die ihr aber völlig untergeordnet war. Es handelt sich um die Gewerkschaft Brüderlichkeit (Fratia). Anfangs beteiligte sie sich an verschiedenen, von der Opposition veranstalteten Kundgebungen, wobei sie den Anschein erweckte, sie sei eine gewerkschaftliche Alternative. Im Grunde stand sie total unter der Kontrolle von Vertrauensleuten der Machthaber und früheren Geheimdienstoffizieren."

Gegen den Vorwurf, die von ihm geleitete "Demokratische Gewerkschaftskönföderation" sei dem Oppositiobnsbündnis "Demokratischer Konvent" hörig, verwehrt sich Ciorbea mit der Bemerkung: "Ich habe nie an den hinterhältigen und gefährlichen Slogan der Machthaber geglaubt, wonach die Gewerkschaften apolitische und somit neutrale Organisationen wären. Ich habe dies immer wieder auch öffentlich betont. Gemäß dieser Auffassung sollten die Gewerkschaften völlig neutral sein und sich überhaupt aus der Politik heraushalten. So etwas ist einfach unmöglich. Durch die oben erwähnte Lösung sollte eigentlich die Kontrollabsicht der Machthaber getarnt werden, die im Grunde doch nur die Gewerkschaften in ihr Schleptau bringen wollten. Die Regierenden fühlen sich eigentlich gar nicht gestört durch eine beliebige Gewerkschaftspolitik, sondern nur durch eine Politik der Gewerkschaften Schulter an Schulter mit den Oppositionskräften."

Die unbotmäßigen Gewerkschaften sind Ioan Sasu, dem Leiter der Propagandaabteilung der "Sozialistischen Partei der Arbeit", die im Parlament die Regierungspartei unterstützt<sup>2</sup>, ein Dorn im Auge. Unverblümmt gibt er zu, daß seine Partei, die das Erbe der alten Kommunistischen Partei angetreten hat, sich eher den Zustand von vor 1990 herbeiwünscht. Laut der leninistischen Lehre spielten die Gewerkschaften damals die Rolle eines "Transmissionsriemens" zwischen der Einheitspartei und der "Arbeiterklasse":

"Die Gewerkschaftsführer organisieren oftmals Demonstrationen und erheben Forderungen, ohne die wesentlichen Interessen ihrer Mitglieder zu berücksichtigen. Ich behaupte dies nicht zufällig: Wenn ein Streik aus dem Betrieb auf die Straßen hinausgetra-

gen wird und dabei politische Forderungen gestellt werden, dann hat dies nichts mehr mit den berechtigten Ansprüchen der Gewerkschaften zu tun. Ein solches Unterfangen ist fragwürdig und verleiht ihm eine ganz andere Wendung. Zu Recht fordern die Gewerkschaften Arbeitsplätze, Rohstoffe für die Unternehmen und höhere Löhne, um dann jedoch unzumutbare Anliegen vorzubringen, die sich in Lösungen äußern wie: Nieder mit der Regierung! Nieder mit Iliescu! Wir wollen den König! usw."

## Gewerkschaften im Vorwahlfieber

Die zunehmende Politisierung der Gewerkschaften spiegelt im Grunde eine sich steigernde parteipolitische Polarisierung der rumänischen Gesellschaft wider, die sich bereits im Vorwahlkampffieber befindet<sup>3</sup>. Andererseits jedoch zeichnet sich aber auch eine unübersehbare Aufsplitterungstendenz ab, die quer durch alle Lager geht. Die Versuche heilsichtiger, demokratischer Politiker, den Erosionserscheinungen entgegenzuwirken, erwiesen sich in der Praxis als undurchführbar. Vor wenigen Monaten verließen mehrere Parteien sogar den Oppositionsblock, den "Demokratischen Konvent". Inwiefern sich die früheren Hoffnungen eines Victor Ciorbea mit den tatsächlichen Realitäten decken, sei dahingestellt: "Für uns stellte sich das Problem, die Gewerkschaftsbewegung zu retten und eine authentische Alternative zu schaffen. Viele meiner Kollegen wie auch ich schlügen somit als Lösung die Gründung eines im wahrsten Sinne des Wortes unabhängigen Gewerkschaftsbundes vor. Dieser Bund entstand aus der erklärten gewerkschaftlichen Abgrenzung zum Staat als wichtigstem Unternehmer und zu seinem Hauptvertreter, der Regierung. Deswegen arbeitet diese Gewerkschaftszentrale mit den demokratischen Oppositionskräften - vorwiegend mit dem Demokratischen Konvent - zusammen. Mit diesem Oppositiobnsbündnis haben wir übrigens am 18. August 1994 auch ein Kooperationsabkommen abgeschlossen. Die Demokratische Gewerkschaftskonföderation Rumäniens wurde dann schließlich am 23. Oktober 1994 gegründet. Darin sind 20 Berufsvereinigungen vertreten. Wir haben in fast allen 41 Landesbezirken Fuß gefaßt und verfügen somit auch über Bezirksvertretungen."

Als die Jungliberale Partei ihren Austritt aus dem Oppositiobnsbündnis bekanntgab, spielte die Gewerkschaftsfrage auf den ersten Blick bloß eine sekundäre Rolle. Für den Vorsitzenden der Liberalen, Horia Russu, bedeutet jedoch das Abkommen mit der "Gewerkschaftskonföderation" einen schwer-

wiegenden politischen Fehler: "Mit dem Anschluß einer Gewerkschaft an den Demokratischen Konvent waren wir nicht einverstanden. Eine Polarisierung des politischen Lebens in Rumänien dürfte nicht auch eine Polarisierung und Politisierung der Gewerkschaften nach sich ziehen. In einer tatsächlich demokratischen und zivilen Gesellschaft haben die Gewerkschaften einen genau festgelegten Stellenwert."

Den Vorwurf gewerkschaftlicher Politisierung hat inzwischen auch die Basis aufgegriffen. Zahlreiche Arbeiter sind deswegen sogar aus ihren Gewerkschaften ausgetreten. Sie zweifeln - wie ein Arbeiter eines großen Bukarester Betriebes zugibt - an der Redlichkeit der Gewerkschaftsführer: "Die Gewerkschaftsforderungen sind begründet, wenn sie tatsächlich den Arbeitnehmern zugute kommen. Es wäre bedauernswert, wenn die Gewerkschaftsbosse sich von der Politik kaufen ließen und ihre Ideale aufgeben würden. Mich widert das Verhalten eines Miron Mitrea an, um nur ein Beispiel zu nennen. Solange er sich für die Belange der Lastkraftfahrer einzusetzen, bewunderte ich ihn. Nun aber ist er in die Politik eingestiegen..."

Auffallend oft fällt in den Gesprächen mit Gewerkschaftsführern und -mitgliedern der Name Miron Mitrea. Er dient als Paradebeispiel für das, was als "Käuflichkeit" angeprangert wird. Mitrea, der frühere CNSLR-Präsident, wurde für seine Klüngelarbeit mit der Regierung mit dem Vizevorsitz der Regierungspartei belohnt. Der Minister-Staatssekretär Octavian Partenie, der bis vor kurzem im Auftrag des Kabinetts zwischen Regierung und Gewerkschaften die Rolle des Vermittlers spielte, weist die gegen Mitrea vorgebrachten Anschuldigungen als unzutreffend zurück: "Wenn Miron Mitrea auf den Vorsitz der Landeskongföderation CNSLR-Fratia verzichtet und sich für politische Aktivitäten entscheidet, erblicke ich darin bloß seinen freien Entschluß. Mich interessiert augenblicklich viel mehr, daß innerhalb der Gewerkschaftskonföderationen eine zunehmende Politisierung stattfindet. Wenn beispielsweise Bogdan Hossu sich morgen dazu entschließt, Vizepräsident des Demokratischen Konvents oder der Christdemokratischen Nationalen Bauernpartei zu werden, dann wäre auch dies eine freie Entscheidung, die man als solche akzeptieren müßte. Wenn nun aber ein Gewerkschaftsvorsitzender ein schriftliches oder auch mündliches Abkommen mit bestimmten politischen Gruppierungen abschließt, dann kann man von einer Politisierung der Gewerkschaften sprechen. Die Herren Hossu oder Ciorbea verwechseln bestimmte Tatsachen. Statt Verhandlungen mit der rumänischen Regierung zu führen, for-

dern sie den Rücktritt der Regierung. Ohne es zuzugeben, haben sie dadurch längst das Feld gewerkschaftlicher Forderungen zugunsten politischer Forderungen verlassen. Eine Regierung kann ja nicht von einer Gewerkschaftskonföderation gestürzt werden, weil die eine oder andere gewerkschaftliche Forderung einfach unerfüllbar ist. Ganz zu schweigen von den unmöglich hohen Ansprüchen, die für jemanden, der nur ein bißchen mit den Gegebenheiten Rumäniens vertraut ist, nicht zu erfüllen sind."

Die Verhandlungsschwierigkeiten zwischen den Gewerkschaften und der Regierung prägen das Alltagsbild. Sozialistenführer Mohora hat sich Gedanken darüber gemacht, wie ein solcher Dialog nach einem Machtwechsel aussehen könnte: "Wir haben eine Art Sozialpartnerschaft vorgeschlagen. Das heißt, eine Partei, die an die Macht käme, müßte alle Gewerkschaften an einem Tisch versammeln und dann gemeinsam die allgemeine Lage erörtern. Eine solche Debatte müßte völlig unverkrampft und offen geführt und korrekt in der Berichterstattung des rumänischen Fernsehens dargestellt werden. So ließen sich tragfähige Vorgehens- und Handlungsweisen in die Tat umsetzen, der organisierte wirtschaftliche Zusammenbruch vermeiden. Eine Übereinkunft zwischen den Verhandlungspartnern muß allen Arbeitnehmern bekannt gemacht werden, wobei die Verantwortlichkeiten der beiden Seiten genau abgesteckt sind. Die ausgehandelten Vereinbarungen dürfen keine leeren Zusagen bleiben. Und beide Seiten müßten sich daran halten. Andernfalls würde die Gewerkschaftsbewegung - wie im Augenblick auch - entweder zur Unterwanderung der Macht oder aber zu deren Festigung mißbraucht. Dies richtet sich aber letztlich gegen die Gewerkschaften selbst."

Dieser Artikel beruht auf einer von William Totok gestalteten Sendung, die von der Deutschen Welle im Herbst 1995 gesendet wurde.

1 Victor Ciorbea wurde am 16. 6. 1996 zum Bürgermeister von Bukarest gewählt. Sein Gegenkandidat Ilie Nastase - er trat für die Regierungspartei an - unterlag dem für das Rechtsbündnis "Demokratischer Konvent" kandidierenden Gewerkschaftsführer deutlich.

2 Die Sozialistische Partei der Arbeit und die Partei "Romania Mare" (Großrumänien) unterzeichneten am 20.1.1995 ein Protokoll über die Zusammenarbeit mit den beiden Regierungsparteien, der Partei der Sozialen Demokratie und der Partei der Nationalen Einheit der Rumänen. Die nationalistische "Romania Mare" hat diesen Pakt am 21.10.1995 gekündigt.

3 Am 2. Juni 1996 fanden die zweiten Kommunalwahlen seit der Wende statt. Die Nationalratswahlen sollen am 3. November 1996 abgehalten werden.

[Anmerkungen der Red.]

# Gewerkschaften als Spiegel der Parteien

von Stjepan Gredelj

● Die polarisierten Beziehungen zwischen der Regierungspartei und den Oppositionsbündnissen spiegeln sich auch in der Gewerkschaftsbewegung wider. Nicht gewerkschaftlichen Fragen wird der Vorrang gegeben, die Zentralen streiten sich um politische Fragen. ●

"Gebt uns unsere 116 Dinar pro Monat..."

Dieser Satz, ein Zitat aus einer Streikversammlung während des heißen Streikfrühlings in Serbien 1996 in einem der größten Betriebe der serbischen Wirtschaft, in der Buntmetallfabrik "Magnohrom" in Kraljevo, bringt mindestens zwei Dinge anschaulich zum Ausdruck: Das Niveau des gewerkschaftlichen Minimalismus, der immer mehr Streiks motiviert, aber auch einen eigentümlichen staatlichen Klientismus. Unter gewerkschaftlichem Minimalismus verstehen wir die Beschränkung von Forderungen auf ausschließlich soziale und nur bisweilen auf wirtschaftliche Aspekte (Mindesteinkommen bzw. "Belebung" der Produktion mit Hilfe von Krediten aus dem Staatsbudget). Was also in jedem normalen System selbstverständlich sein sollte, daß nämlich die Beschäftigten *anständig* und *regelmäßig* für ihre Arbeit bezahlt werden, um ihre Existenz sicherstellen zu können, beziehungsweise, daß *man ihnen Arbeit garantiert*, das entwickelt sich in Serbien zur gewerkschaftlichen Forderung Nummer eins! Der Begriff "staatlicher Klientismus" bezieht sich auf den Adressaten, an den sich die Streikenden hauptsächlich wenden: Die Mehrheit der Beschäftigten sucht ihre Rechte vor allem beim Staat, den sie sozusagen als ihren Arbeitgeber ansehen. "Ein Großteil der jugoslawischen Gesellschaft ist durch die Armut nivelliert und stark abhängig vom Staat, was besonders die im staatlichen und öffentlichen Sektor Beschäftigten betrifft" (Sektoren, die in der Besitzstruktur der jugoslawischen Wirtschaft absolut dominieren) (Posarac, 1995: 329).

Diese beiden Aspekte stellen zugleich die Grenzen dar, innerhalb derer sich die Mehrheit der Aktionen vieler Gewerkschaftszentralen und -organisationen bewegt. Um die Enge dieser Grenzen deutlich zu machen,

muß man die aktuellen dramatischen sozioökonomischen Verhältnisse (oder eigentlich Mißstände) in Serbien wenigstens in den Grundzügen darstellen. Erst dieser Einblick kann einen realen Eindruck davon vermitteln, warum der eingeforderte Betrag von DM 49,- pro Monat (vgl. Untertitel) kein malerisches Detail, sondern tatsächlich das (schwer realisierbare) "Ideal" der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten in diesem Raum ist. Um die Wahrheit zu sagen, die Forderung, daß "wenigstens dieser Betrag regelmäßig und nicht einmal in fünf Monaten ausgezahlt wird", kam nur von den Arbeitern der erwähnten Fabrik. Die serbischen Ärzte, Schulprofessoren und Beschäftigten in andern Bereichen des öffentlichen Dienstes waren erheblich "unbescheidener": Sie forderten die Auszahlung ihrer Einkommen in einer Mindesthöhe von sage und schreibe 190 Dinar (= DM 56,-)! Der Staat kämpft trotz seines "Verständnisses" für ihre "gerechtfertigten" Forderungen entschieden gegen deren Erfüllung, da es für die Auszahlung der Löhne angeblich kein Geld gibt! Die logische Frage, die darauf folgen muß, lautet: Warum gibt es kein Geld? Vielleicht wird die folgende Analyse die Ursachen für die "Armut" dieses Staates ein wenig erhellen, der immerhin der nominelle Besitzer fast aller realen Werte, einschließlich seiner "plötzlich" unzufriedenen "Untertanen", ist.

Trotz des Anscheins von politischem und ökonomischem Pluralismus ist in Serbien das Ideal des "korporativen" Staates im Sinne Mussolinis<sup>1</sup> fast hundertprozentig erfüllt. Ja man ist sogar - wenn man die Verteilung von Schlüsselpositionen an die Familie Milosevic bedenkt - zu einer Form des Staates als "Partei- und Familienkorporation"<sup>2</sup> fortgeschritten. Die Strategie der - formell und informell - herrschenden Parteien<sup>3</sup> als Korporation macht es möglich, daß diese durch ihr Kadermonopol auf alle wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Entscheidungen im "dritten Jugoslawien" maßgeblichen Einfluß ausüben. In das "Gravitationsfeld" dieses Monopols ist auch die bestehende Schicht der Privatunternehmer zur Gänze verwickelt, denn ihr Erfolg in der geschwächten, isolierten und völlig verstaatlichten Wirtschaft hängt komplett von der Unterstützung der formellen und informellen Struktur der herrschenden Parteien ab. (Goati, 1996; S.16) Abgesehen davon, daß alle Direktoren der staatlichen Unternehmen Mitglieder der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) sind und daher notwendigerweise Exponenten der herrschenden politischen Linie, wurde die Mehrheit (der noch immer "überlebenden" Privaten - siehe Tabelle 1) "dazu gebracht",

freiwillig oder zwangswise Mitglied oder Sympathisant der SPS oder der "Jugoslawischen Vereinigten Linken" (JUL) zu sein.

Ein anschauliches Beispiel der Strategie (und der Heuchelei) der angeblich linksgerechteten politischen Gruppierung ist die Tatsache, daß der Präsident ihres Exekutivkomitees ein Mensch ist, dessen (Privat-)Besitz auf über 100 Mio. DM geschätzt wird, und das in einer Gesellschaft, in der sich das durchschnittliche Mindesteinkommen der Angehörigen jener Klasse und jener Schichten, die diese "Partei" angeblich ideologisch vertritt, monatlich zwischen DM 49,- und 56,- bewegt!

Der zweite Aspekt der korporatistischen Orientierung ist die "Rückkehr der Wirtschaft in den Staat". Neben der bereits erwähnten Einsetzung loyaler Vertrauenspersonen der herrschenden Parteien (ohne Rücksicht auf deren meist katastrophale Eignung) anstelle von Managern gibt es einen dramatischen Prozeß der Verstaatlichung (bzw. die Rückkehr in den Besitz der regierenden Partei) der Mehrheit der Wirtschaftsbetriebe und Unternehmen im öffentlichen Dienst, die sich in der Periode von 1991-1994 in Firmen mit privatem oder gemischem Kapital umgewandelt hatten. Die Ausmaße dieses Prozesses verdeutlicht Tabelle 1, zitiert nach den Befunden einer öffentlichen, staatlichen Institution, nämlich des Amtes für Zahlungsverkehr (= Finanzpolizei).

galer Ungleichheiten und Diskriminierungen aufgrund der politischen Zugehörigkeit<sup>4</sup>, die alle Arten von Privilegien und Begünstigungen im Selbstverwaltungssystem des ehemaligen Jugoslawien bei weitem übertreffen. Dadurch wird eine feste Struktur von Personen aufgebaut, die vom derzeitigen Regime "abhängig" sind und sich mit allen Mitteln und großer Ausdauer gegen alle Versuche, das bestehende System zu ändern, zur Wehr setzen werden, weil diese Veränderungen auch das Ende ihrer erworbenen Privilegien bedeuten würde.

Finanzpolizei - und damit auch der Öffentlichkeit - zugänglich ist. Indes wurde bereits 1994 in einer Untersuchung (Mrksic, 1994) festgestellt und dann in den öffentlichen Medien bestätigt (*Politika*, 20.01.1995), daß mehr als 50% (laut *Politika* sogar 54,4%) des Bruttonationalproduktes in "Restjugoslawien" außerhalb der amtlich kontrollierten (und besteuerten) Wirtschaft geschaffen werden, am sogenannten grauen und schwarzen Markt - und zwar durch organisierte staatliche und/oder private Kriminalität.

Aus all dem könnte man den ein wenig zynischen, aber in Wirklichkeit realistischen Schluß ziehen, daß die herrschende korporative Partei in Serbien (und ihr außerparlamentarisches *alter ego*) den Übergang zur Privatwirtschaft und zum freien Markt wirklich grundlegend vollzogen haben, und das auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite wurde die ursprüngliche Kapitalakkumulation nach der Art des *laissez faire* im 18. Jahrhundert durchgeführt, indem man öffentliches ("gesellschaftliches") Eigentum plünderte und in private Hände bzw. die der Partei überführte: Man verteilte es an die bewährtesten Mitglieder der "öffentlicher" Unternehmen, die sich heute in pseudostaatlichem Besitz (de facto aber im privaten Besitz ihrer Direktoren, ausnahmslos Mitglieder der SPS) befinden.

Abgesehen davon, daß diese "Direktoren" einen Löwenanteil zur Finanzierung ihrer Schwesterpartei JUL zahlen, drücken sie beständig den Wert der Unternehmen, um diese, wenn der Prozeß der "Privatisierung" endlich offiziell beginnt, praktisch zu einem Spottpreis, für eine Handvoll D-Mark, aufzukaufen. (Es ist z.B. ein offenes Geheimnis, daß der derzeitige Wert der Firma "Crvena zastava" in Kragujevac - früher ein Gigant unter den Automobil- und Waffenproduzenten - auf ungefähr 50 Mio. DM gefallen ist.) Ein besonderer Aspekt dieser Art von "Privatisierung" ist die Ausfuhr von staatlichen Devisen und Goldreserven des ehemaligen Jugoslawien (geschätzte 45 Mrd. US-Dollar) auf Privatkonten in verschiedenen mit Serbien "befreundeten" Staaten (*off-shore companies* auf Zypern, in Libyen, China, Griechenland...).

## "Privatisierung" auf serbische Art und ihr Preis

Formal betrachtet könnten die Angaben in Tabelle 1 zugunsten der sehr weit verbreiteten These sprechen, daß in Serbien ein Gegen-Trend zur Wende wirksam ist, der privates Eigentum einschränkt und den reversiblen Prozeß der "Verstaatlichung" der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors vorantreibt, und zwar in einem Ausmaß, das es nicht einmal in der "totalitären" Periode der Entwicklung des ehemaligen kommunistischen Jugoslawien (1945-1948) gab. In der Praxis aber verbergen diese scheinbar einfachen, aber unerheblichen Zahlen viel kompliziertere Prozesse, die von der charakteristischen Gewandtheit der derzeitigen serbischen Regierung sprechen.

Tabelle 1: Die Struktur des Grundkapitals in Serbien (in %)

Art des Kapitals	"gesellschaftliches" Kapital	Aktienkapital	Kapital der Selbständigen
1992	83,8	10,4	5,2
1993	47,2	16,9	36,0
1994	85,3	2,2	2,2

Aus ihr geht hervor, daß der Anteil des Kapitals in privatem oder gemischem Besitz innerhalb eines Jahres von mehr als 50% im Jahr 1993 auf weniger als ein Zwölftel gesunken ist! Zum Vergleich sei erwähnt, daß der Anteil des Privatkapitals in Albanien und Rußland 50%, in Tschechien 65%, in Ungarn, der Slowakei, Lettland, Polen und Estland 55% betrug. (Quelle: NIV, 24.11.1995, S.15)

Der dritte Aspekt der "Korporationisierung" scheint am weitesten zu reichen und strukturell am gefährlichsten für die Zukunft der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in Serbien zu sein. Es handelt sich um die informelle Installierung von Privilegien ausschließlich für Mitglieder und Sympathisanten der herrschenden Parteien, d.h. die Einführung informeller und extra-le-

Abgesehen davon, daß man die ständige Aufschiebung der institutionellen Umstrukturierung der Wirtschaft mit dem angeblichen "Schutz des ehemaligen gesellschaftlichen Eigentums" vor einer "wilden Privatisierung" und seiner damit einhergehenden Entwertung rechtfertigt, zeigt eine subtilere Analyse gerade diesen Aufschub als die "wildeste" Art der Privatisierung, genauer gesagt als institutional getarnte Plünderung des öffentlichen Eigentums von Seiten der innersten Kreise der privilegierten Nomenklatura rund um den Partei- und Familienclan Milosevic-Markovic. Von daher zeigt sich, daß das Bild vom Anteil der Privatwirtschaft und des von ihr erarbeiteten Kapitals ein-typisch für Statistiken - oberflächliches ist und nur die Spitze jenes Eisberges, der der Kontrolle durch die

Der zweite Aspekt der "Privatisierung" ist die Auflösung der Arbeitersklasse und ihre Verwandlung zu "wildem Privatunternehmern", um sich den sozialen Preis dafür zu ersparen, daß sie vom Produktionsprozeß und von der "normalen" Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind und um keine adäquate Sozialpolitik für die Arbeitslosen anbieten zu müssen. In der ersten Phase ähnelte dieser Umformungsprozeß noch einer legalen "Privatisierung": Den Arbeitern, die dies wünschen,

ten, wurde die Auszahlung eines nominalen Zweijahreslohnes im voraus angeboten, wenn sie das Unternehmen verließen und die erhaltene Summe für privatwirtschaftliche Aktivitäten nützten. So wurden die Lohnauszahlungsfonds für die übrigen Arbeiter und die staatlichen Sozialfonds für eine gewisse Zeit entlastet. Für die neuen "Privatunternehmer" erwies sich diese Lösung als "giftiger Körder", denn die wachsende Inflation ruinierte blitzschnell den nominalen Wert des ausgezahlten "Startkapitals", mit dem man kaum eine unternehmerische Tätigkeit aufnehmen konnte. Andererseits erhöhte der Staat durch ständige Änderungen seiner Finanz- und Steuerpolitik seine Ausgaben und verringerte infolgedessen den Gewinn aus unternehmerischen Aktivitäten, was als Regulativ für das "unkontrollierte" (selbständige) Privatunternehmertum gedacht war. Deshalb wurden viele neugegründete Firmen sehr schnell geschlossen, und ihre unglücklichen Besitzer wandten sich verschiedenen Zweigen des grauen und schwarzen Marktes zu. Die nächste Phase der "wilden" Privatisierung, d. h. der Auflösung der Arbeiterklasse, folgte nach der Einführung der "ungerechten und unverdienten" Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen die SR Jugoslawien. Für die Regierung in Serbien waren diese Sanktionen ein Geschenk des Himmels. Sie ermöglichten es ihr, einerseits eine starke Ausrede für das weitere katastrophale Verhindern wirtschaftlicher Tätigkeiten und die Zerstörung der ökonomischen Basis der Gesellschaft zu finden, andererseits stellten sie für die Regierung eine Möglichkeit dar, sich zusätzlich als einzige vertrauenswürdige Schutzmacht der Interessen der gefährdeten sozialen Schichten zu legitimieren. Unmittelbar nach der Einführung der Sanktionen wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach für die Dauer der Sanktionen keiner der Beschäftigten im öffentlichen Sektor seine Arbeit verlieren konnte. Auf diese Art stellte sich der Staat als gigantische "humanitäre Organisation" dar, die den "Beschäftigten" auch unter den Bedingungen einer Nullproduktion das existentielle Minimum sicherste, sei es durch Minimallöhne (im Januar 1994, am Gipfel der Inflation, hatten diese Monatslöhne einen realen Wert von 2-5 DM, wofür man sich ungefähr 10 kg Brot kaufen konnte!), sei es durch Ausgabe von Waren (Lebensmittel und elementare hygienische Artikel) aus den staatlichen Reserven. Dieses Manöver sollte natürlich den inneren sozialen Frieden bewahren helfen, in einer Zeit "wichtiger Aufgaben zur Realisierung serbischer Nationalinteressen" in

den Kriegsgebieten außerhalb der Landesgrenzen. Zugleich war es auch ein Erpressungsmechanismus, der ein Minimum an Loyalität oder wenigstens stillschweigender Zustimmung der Beschäftigten zur laufenden, abenteuerlichen "Außenpolitik" sicherte, die alle Opfer zu erdulden forderte, wenn diese mit dem "historischen Metainteresse" übereinstimmten. In Einklang mit der erwiesenen Loyalität wurden nach Bedarf auch gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Beschäftigten während der Dauer der Sanktionen vorgetäuscht, mit Hilfe der originellen (und natürlich verfassungswidrigen und ungesetzlichen) Idee von der Institution der sogenannten "Zwangslaupe" auf unbestimmte Dauer. Während dieser "Erholungsphase" erhalten die Arbeiter 80% des Aktivlohnes. Es ist fast überflüssig, hinzuzufügen, daß die Kriterien für die Erteilung der "Zwangslaupe" willkürlich und selektiv gehandhabt und meist dazu mißbraucht wurden, ungehorsame und/oder aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen unliebsame Arbeiter aus den Unternehmen zu entfernen. Natürlich hat die Mehrheit der Menschen, die in den unfreiwilligen Urlaub geschickt wurden, keinerlei Chance, irgendwann an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, da sie wegen der "Verringerung des Produktionsumfangs" einfach überflüssig geworden sind. Alle, bzw. der größte Teil dieser (für niemanden brauchbaren) "Arbeiterreservearmee" suchte Zuflucht in den Reihen des "Lumpenproletariats" in den Straßen.<sup>5</sup> Der Preis und die Folgen einer solchen "inoffiziellen Privatisierung" und der Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft waren dramatisch: "Den Angaben des Serbischen Statistischen Instituts zufolge waren Ende des ansonsten wirtschaftlich relativ erfolgreichen Jahres 1994, in dem im Rahmen des Avramovic-Programmes<sup>6</sup> die Hyperinflation gestoppt wurde, eine sanfte Belebung der Produktion (...) und ein Anwachsen des durchschnittlichen Lohnniveaus um 26 Dinar (=5 DM) auf etwa 270 Dinar (=270 DM bei dem amtlich eingeführten 1:1-Kurs von Dinar und DM) zu beobachten. Am Ende desselben Jahres betrug das Bruttonationalprodukt erst 52,2% des BNPs des "Vorkriegsjahres" 1990. Zugleich ist der Absturz der Industrieproduktion noch ausgeprägter, nämlich 42,1% der Produktion des Jahres 1990.<sup>7</sup> Wenn wir etwa 700.000 Beschäftigungslose und etwa 500.000 nichtgemeldete und vorübergehend engagierte Schwarzarbeiter (meist ist von denselben Personen die Rede) abziehen, beträgt die Zahl der effektiv Beschäftigten etwa zwei Mio. Menschen, die im staatlichen, öffentlichen und halböffentlichen Sektor arbeiten.

Von dieser Anzahl von Arbeitern im öffentlichen Sektor sind etwa 600.000 - 800.000 auf Zwangslaub. Gleichzeitig nähert sich die Anzahl der Pensionisten (1,3 Mio.) der Anzahl von tatsächlich Aktiven, und die Regierung hält das durchschnittliche Pensionsniveau auf ungefähr 75-85% des Durchschnittseinkommens eines Beschäftigten, um das Existenzminimum dieser großen Bevölkerungsgruppe einigermaßen zu sichern und um sich deren politische Unterstützung zu erhalten."<sup>8</sup> (Stojiljkovic, 1995: 492).

Auf diese Weise fiel Serbien in wenigen Jahren aus der Gruppe der mäßig entwickelten Staaten, mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa USD 2.500.- (als Teil des ehemaligen Jugoslawien) in die Gruppe der Länder an der Armutsgrenze mit einem Pro-Kopf-Einkommen von USD 1.000 - 1.100 heute. In Europa lassen sich mit Serbien nur mehr Albanien, die Kriegsgebiete Ex-Jugoslawiens, Bulgarien und Rumänien vergleichen... Den dramatischen Umfang und das Tempo der Verarmung illustriert am besten der Befund, daß im Serbien des Jahres 1990 19,5% der Bevölkerung und 1993 schon 50-70% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten (der Weltbank zufolge liegt die Armutsgrenze bei Ausgaben von einem Dollar täglich pro Person für Nahrung), während sich gleichzeitig eine elitäre Schicht von Reichen (3-5%) formierte, die der "privaten" und der "staatlichen" Mafia angehören (Kriegsgewinnler und Kriminelle sowie Funktionäre der Regierungspartei und des Staates) (Stojiljkovic, 1995: 490-491).

Ein weitreichender negativer Trend ist in Serbien schließlich die permanente "Abwanderung der Intelligenz" (brain drain), der auf zwei Gründe zurückzuführen ist: Der erste Grund sind Kriegsdeserteure und Regimegegner sowie Pazifisten (meistens junge und gebildete Leute, die die Träger einer Erneuerung und des Fortschritts des Staates und der Gesellschaft sein könnten, deren Zahl man auf 200.000 - 400.000 schätzt). Das ständige Hinauszögern von Amnestiegesetzten<sup>9</sup> hindert sie an der Rückkehr ins Land, was dem Regime eigentlich nur recht sein kann). Der zweite Grund sind die jungen Generationen von Fachleuten, die - in Ermangelung irgendwelcher Perspektiven für eine Beschäftigung und ein normales Leben - nach Erhalt ihres Universitätsdiploms in Massen hauptsächlich in die entwickelteren Länder des Westens emigrieren. Dieser "Verlust" an fertig ausgebildeten Fachleuten beträgt jetzt schon mehrere Mrd. USD. So hoch sind nämlich die Beträge, die in ihre Ausbildung investiert wurden (präzisere Angaben sind nicht vorhanden oder werden zurückgehalten!).

## Gewerkschaftlicher Pluralismus in einer zerstörten Wirtschaft

Der beschriebene ökonomische und soziale Kontext erleichtert das Verständnis aller Kontroversen im Bereich der Gewerkschaften in Serbien. Man kann nicht sagen, daß gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlicher Pluralismus, im Sinne der Möglichkeit, daß sich die Beschäftigten in mehreren, verschiedenen, untereinander konkurrierenden Gewerkschaften organisieren, nicht existieren würden. Im Gegenteil, heute bestehen in Serbien drei große Gewerkschaftszentralen: Die Selbständigen Gewerkschaften Serbiens (SSS - etwa 1,3 Mio. Mitglieder), die Vereinigten Fachgewerkschaften "Nezavisnost" ("Unabhängigkeit" - etwa 200.000 Mitglieder) und die Unabhängigen Gewerkschaften Serbiens (NSS - etwa 90.000 Mitglieder). Neben diesen drei Zentralen wirken in der Gewerkschaftsszene Serbiens relativ kontinuierlich noch an die hundert autonome Gewerkschaften, die vor allem auf der Basis einzelner Unternehmen organisiert sind, von denen 13 mehr als 1.000 Mitglieder haben.<sup>10</sup>

Jedoch ist ein gewerkschaftlicher Pluralismus dieser Art in dem beschriebenen gesellschaftlich-ökonomischen Kontext eher ein Handicap als ein Vorteil, der darin besteht, daß eine gut organisierte Arbeitnehmervertretung von einer Position der Stärke gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat (als größtem "Arbeitgeber") verhandeln kann. In der Praxis spiegeln sich die unversöhnlichen, polarisierten Beziehungen der politischen Mächte deutlich in der gewerkschaftlichen Szene wider und führen so zu ihrer Fragmentierung und Uneinigkeit. Dieses Zerbröckeln der Gewerkschaften ist nicht gewerkschaftlicher Natur (d.h. es ist nicht Resultat eines unterschiedlichen Zugangs zum Schutz der Rechte der Arbeitnehmer), sondern politischer Natur (Unterstützung für oder Widerstand gegen das herrschende Regime). Daher kommt es immer häufiger zu Streitfällen und Konflikten zwischen den Gewerkschaftszentralen, anstatt zu ihrem gemeinsamen Auftreten gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat. Der Hauptgegenstand der Zerwürfnisse betrifft vor allem die Fragen, welche und wessen Interessen die Gewerkschaften mit ihren Aktivitäten schützen sollen. Dies ist in den Beziehungen der beiden stärksten Gewerkschaftszentralen, der SSS und der "Nezavisnost", am deutlichsten sichtbar, in denen die größte Zahl von Arbeitnehmern gewerkschaftlich organisiert ist. Die Widersprüchlichkeit und die häufige Unversöhnlichkeit zwischen diesen beiden Gewerk-

schaftszentralen, kann schon aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte am Anfang des Übergangsprozesses zur postkommunistischen Gesellschaft wie auch aufgrund ihres späteren Funktionierens verstanden werden.

Zum Unterschied von z.B. Polen (Solidarnosc) oder Ungarn (zahlreiche und starke Fachgewerkschaften) war die Teilnahme der früheren Gewerkschaften des ehemaligen Jugoslawien an diesen Prozessen langsam, träge, marginal - ja geradezu eine Farce. Man kann sagen, daß sie im Prinzip "dekorativ", völlig in Einklang mit den "Zielen der Transition" in diesen Gebieten arbeiteten: so wenig Veränderungen und soviel oberflächliche Kosmetik wie möglich, damit sich in Wirklichkeit nichts ändern würde.<sup>11</sup> Diesen Zielen entsprechend wurde die Selbständige Gewerkschaft Serbiens formiert, die vom Tag ihrer Gründung an alles andere als unabhängig war. Sie ist in Wirklichkeit ein klassisches, dekoratives Anhängsel einer Einparteienregierung, das sich die ganze Zeit eifrig bemüht, die Rolle, die ihm zugeschrieben ist, zu "rechtfertigen", indem es gegen seine ursprüngliche Bestimmung wirkt. Anstatt daß die Gewerkschaft also ein Verhandlungspartner für die Vertreter der Arbeitgeber und des Staates "auf der anderen Seite des Tisches" wurde, steht sie in allen Krisensituationen als Teil des Establishments (im Dreieck: Regierung - Wirtschaftskammer - "staatliche" Gewerkschaft) auf der "falschen Seite", obwohl sie entstanden war, um den Arbeitern ihre Unzufriedenheit zu nehmen und gegen die Bedrohung für jene Schicht (Klasse), die sie vertreten sollte, zu arbeiten. Natürlich beziehen sich alle diese mit der SSS verbundenen Fakten vor allem auf die Führung dieser "Gewerkschaft" und gelten nicht für alle Aktivisten und Mitglieder. Diese sind indes ziemlich machtlos, weil die privilegierte Lage der SSS innerhalb des Systems durch zwei weitere wichtige Charakteristika gekennzeichnet ist. Die SSS ist nämlich von Staats wegen bevollmächtigter, offizieller Unterhändler und einziger Unterzeichner der Kollektivverträge mit den Arbeitgebern und dem Staat. Weiters war diese "Gewerkschaft" in der Zeit der Inflation und der katastrophalen Verschlechterung der Lebensbedingungen für einen Großteil der Bevölkerung der einzige Bevollmächtigte, um vorübergehend die nötigsten Lebensmittel und andere Hilfsmittel aus den staatlichen Warenreserven an die Arbeiter zu verteilen und damit deren nackte Existenz und die ihrer Familien zu erhalten.

Das ist auch einer der wichtigsten Gründe, warum die SSS noch immer die "Gewerkschaft" mit der größten Mitgliederzahl ist. Denn auf diese "humanitäre" Hilfe konnten nur Mitglieder der "staatlichen" Gewerk-

schaft zählen. Gegenüber der Existenz der übrigen, gewerkschaftlich "verkehrt engagierten" Arbeiter verhielt sich der Staat vollkommen gleichgültig. Es bedeutete also ein existentielles Risiko, in einem Regime mit versteckten, totalitären Tendenzen Mitglied von irgend etwas "Unabhängigem" zu sein - also von einer dem Regime gegenüber ungehorsamen Gewerkschaft, und konnte den Verlust des Rechtes auf "humanitäre Hilfe" oder auch den Verlust des Rechtes auf Arbeit bedeuten, was zahlreiche Aktivisten oder gewöhnliche Mitglieder "nichtstaatlicher" Gewerkschaften erfahren mußten, die man in Zwangsuraub schickte oder entließ.<sup>12</sup>

Diese strukturellen Eigenheiten der SSS waren der Geburtshelfer der "Nezavisnost", die durch das Ausscheiden eines Teiles der Mitbegründer entstand, die mit der Heuchelei und der kriecherischen Position der "neuen" Gewerkschaftsführung gegenüber dem Regime und den Arbeitgebern unzufrieden waren. Die Gründer dieses Gewerkschaftsbundes nahmen die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen unter den proklamierten neuen Bedingungen, aber vor allem die Notwendigkeit ihrer Entideologisierung und Entpolitierung sehr ernst.<sup>13</sup>

Die "Nezavisnost" strebt danach, authentische Kampfmethoden für die Freiheit und die Rechte der Gewerkschaften durchzusetzen (soziale Proteste, Streiks, Unterstützung für alle autonomen, sozialen Gruppen und Medien), die zur Zeit nicht den geringsten Anspruch haben und keineswegs gegen den staatlichen Klientismus, an dem die SSS arbeitet, vorgehen.

Das endgültige Ziel der "Nezavisnost" sind strukturelle sozioökonomische Veränderungen in der Gesellschaft, die zu einer gesetzlich geregelten Ordnung und in einen regulären Arbeitsmarkt führen sollen, ohne den die Gewerkschaften ihren autonomen, institutionalisierten Platz nicht hätten.

## Die Gewerkschaften und die Politik

Gerade die oben erwähnte "Entpolitisierung" als eines der strategischen Ziele der "Nezavisnost", ist der Stein des Anstoßes und der Hauptgrund für die Animositäten des Regimes gegen diese Gewerkschaft. Es geht nicht so sehr um Entpolitisierung überhaupt, (denn das Regime ist durchaus geneigt, alle politischen Tätigkeiten, die nicht in seinem Interesse liegen, zu verhindern, und so könnte ihm dieser strategische Entschluß sogar nützen). Sonder es handelt sich um das dezidierte Bemühen der "Nezavisnost", daß für die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte die Deregulierung und die Unabhängigkeit von jedem

politischen Einfluß - einschließlich vor allem von Seiten des Regimes - sichergestellt wird. Für das Regime stellt der Einsatz für strukturelle Veränderungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen System die höchste "Häresie" dar. "Das ist ja Politik", singen die regimetreuen Medien in ihrer Satanisierung der "Nezavisnost" im Chor. Und sie haben vollkommen recht. Im Regierungsjargon nennt man das "negative Politisierung" ("positive Politisierung"), d.h. Applaus und Lobpreis für alles, was auch immer das Regime tut, ist natürlich erwünscht). Es handelt sich um einen (zwar legitimen, aber wem liegt denn hier schon an Legitimität!) Eingriff in eines der grundlegenden gesellschaftlichen Subsysteme, in die Wirtschaft, deren Autonomie (aus den oben angeführten Gründen) dem Regime nicht im geringsten am Herzen liegt, ganz im Gegenteil. Denn die (politische) Deregulation der Wirtschaft - mit Hilfe von Privatinitaliven, freiem Markt, stabiler Geld- und Finanzpolitik und dementsprechend durch freien Fluß von Kapital, Waren und Arbeitskräften - hieße "den Ast", auf dem dieses Regime sitzt, "absägen". Auch wäre es ein gefährlicher Präzedenzfall, der zur Folge haben kann, daß auch für die anderen Teilbereiche der "zivilen Gesellschaft" eine Lockerung der Kontrolle gefordert wird. Ohne eine autonome und deregulierte Wirtschaft gibt es auch keine Autonomie des Bildungswesens, der Kultur, der sozialen Dienste... Indem das Regime einen der Haupthebel des "sozialen Friedens" - die loyale offizielle Gewerkschaft - fest in Händen hält, ist es auch vor den "unbequemen" Forderungen von Seiten des gesellschaftlichen "Überbaus" sicher - die in der Regel der Ausgangspunkt der äußerst entschiedenen und schwer vernachlässigbaren Forderungen nach Veränderungen ist (erinnern wir uns an die Rolle der KOR bei der Entstehung der "Solidarität"). So hat das personifizierte Regime - auf eine äußerst risikante Karte setzend und geführt von einer Nach-uns-die-Sintflut-Logik - einen irreversiblen Verfall der wichtigsten Sozialdienste (des Schulwesens, des Gesundheitswesens und der Wissenschaft), aber auch einzelner Segmente der staatlichen Verwaltung herbeigeführt: Während des heißen Streikfrühlings kündigten die Richter und Justizbeamten zuerst zaghaft, aber dann immer entschiedener ihre Streiks an.<sup>14</sup> Aber auch die Beamten der staatlichen Verwaltung sind unzufrieden (außer der Polizei - bis jetzt!).

Das Auftreten der unabhängigen Gewerkschaften zeichnet sich jedenfalls durch die Abneigung gegen "negative Politisie-

rung" aus. Diese Haltung ist leichter zu verstehen als zu erklären: In der vergangenen sechsjährigen "pluralistischen" Periode wurde der politische Raum Serbiens so sehr von zahlreichen irrationalen, politischen Projekten beeinträchtigt, daß es sogar schwer (wenn auch nicht unmöglich) ist, kurzfristig Bündnisse zu schließen, die von gewissen "natürlichen" gemeinsamen Interessen der Gewerkschaften und der Oppositionsparteien getragen werden. Während die Mehrheit der "gewöhnlichen" Gewerkschafter ihre Motive teilweise aus der Sphäre des Irrationalen bezieht, was sich in einer *a priori antipolitischen*<sup>15</sup> Haltung niederschlägt, wird die Einstellung der "Nezavisnost" von einer Umrückierung geprägt: Von einer völlig ablehnenden, emotionalen Einstellung gegenüber der Politik (gekennzeichnet von Verachtung und Grauen vor der "schmutzigen" parteipolitischen Praxis) weg, hin zu einem einigermaßen rationalen Verhalten. Für diese Neuorientierung gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens ist man in der "Nezavisnost" der Meinung, daß, wenn sich schon die Politik mit der Gewerkschaft beschäftigt, dann muß es auch der Gewerkschaft möglich sein, sich mit der Politik zu beschäftigen; eine einseitige, paternalistische Beziehung wird abgelehnt. Und zweitens: Die Mitglieder der "Nezavisnost" können Mitglieder von verschiedenen Parteien sein, aber sie müssen ihre politischen Überzeugungen beiseite lassen, wenn sie als Gewerkschafter tätig sind.<sup>16</sup> Und außerdem, was noch viel wichtiger ist, stehen die Dinge im wesentlichen so, daß es in dem derzeitigen politischen Milieu für die "Nezavisnost" keinen zuverlässigen politischen Partner in Form einer organisierten politischen Macht gibt. In seiner ausführlichen Analyse zeigt Cveticanin, daß sich die *Antipolitik* der "Nezavisnost" stets als eine Form von *Antiregimepolitik* erweist, was in einem (erfolglosen bzw. katastrophalen) Einparteiensystem - das nicht nur gegen die wesentlichen Interessen der Arbeitnehmer gerichtet ist, sondern gegen die **aller** Leute - nicht im geringsten überraschend ist. Eigentlich sollte es vielmehr überraschen, daß in einem solchen System der Kampf für ein **partielles** Interesse, das den Interessen der politischen Elite entgegensteht, überhaupt möglich ist. Denn in einer korrumptierten und kriminalisierten Gesellschaft existiert kein partielles Interesse (außer dem Interesse der führenden Schicht), das nicht zugleich auch ein allgemeines - und daher laut Definition ein **politisches** - Interesse ist.

Das zeigten zwei Ereignisse, die zur gleichen Zeit wie die Streikwelle im Mai stattfanden, sehr klar. Das erste war die **innere Abrechnung** verfeindeter Teile des Estab-

lishments: der Verwaltungsmacht einerseits, d.h. der Bundesregierung, und anderseits der Finanzmacht (verkörpert durch den Gouverneur der föderalen Nationalbank, Prof. Dragoslav Avramovic). Der Gouverneur - der Retter, der Wundertäter, der Anfang 1994 die rasende Inflation mit einem Federstrich "abschaffte" (eigentlich beendete er nur das endlose Drucken wertlosen Papiers, das er als Geld ausgab) - geriet mit seinen früheren Gönnern in Konflikt, als er zwei Jahre nach dieser prekären finanziellen Lage versuchte, **ernsthaft** strukturelle Reformen des Wirtschaftssystems ins Leben zu rufen: mit seinem Einsatz für eine offene Marktwirtschaft und für Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen, um "frisches" Kapital, (das es im Staat sonst nicht gab) herbeizuschaffen. Schon allein dieser Versuch einer "Normalisierung" der alles andere als beneidenswerten wirtschaftlichen Situation, der dem Interesse des Regimes, auch weiterhin den *status quo* beizubehalten, widersprach, war Grund genug für seine "Exekution". Indes ging der starrköpfige "Alte" (mit der dreißigjährigen Erfahrung eines Weltbankexperten) noch einen Schritt weiter: Mit der Kaltblütigkeit eines Siebenundachtzigjährigen, dem nichts mehr an wie auch immer gearteten diesseitigen "Werten" liegt, wies er die Appelle (und Drohungen) der SPS-Direktoren immer wieder zurück, die verlangten, daß die jugoslawische Nationalbank ungedecktes Geld für Kredite drucke, mit denen sie die sozialen Spannungen unter den Arbeitern ihrer "erfolgreichen" Firmen beruhigen könnten. Damit erweckte der populäre "Avram" endgültig den Unmut des Obersten Chefs all dieser Direktoren. Wahrscheinlich erreichte die Wut des Obersten seinen Höhepunkt, als die Arbeiter in (spontan organisierten) Streiks (unerwartet) massenweise begannen, den ungehorsamen Gouverneur zu **unterstützen** und die an ihrem Unglück Schuldigen auf der **richtigen Seite** zu nennen - auf der Seite der Regierung.<sup>17</sup> Die Hauptunterstützung bot dem Gouverneur gerade die Gewerkschaft "Nezavisnost". Aber der richtige Effekt dieses "Eigentors" der Regierung ist die Deklaration einer Arbeiterin aus einer Stadt im Süden Serbiens, der bis jetzt als stärkste Bastion des ungeteilten Vertrauens in die herrschende Partei galt: "Ich stimmte für Slobodan Milosevic und die SPS, aber sie geben mir kein Brot. Das Avramovicprogramm war die einzige Hoffnung auf einen Umschwung". Der Gouverneur wurde trotz des Druckes der Streikenden und der öffentlichen Meinung von der vereinten Abstimmungsmaschine der serbischen und der montenegrinischen Sozialisten im Bundesparlament seines Am-

tes enthoben. Der jetzt schon ehemalige Gouverneur - befreit von seinen "Pflichten", damit er sich nicht mit Politik beschäftige - verkündete, daß sein Expertenteam gemeinsam mit der "Nezavisnost" eine Bewegung für wirtschaftliche und politische Reformen gründen werde.

Der zweite direkte politische Auftritt war die Mitteilung der "Nezavisnost" anlässlich der Drohung der Behörden von Nis, daß sie gegen die Streikenden "alle gesetzlich erlaubten Mittel" anwenden werde. Die "Nezavisnost" machte die Regierung darauf aufmerksam, daß sie, "wenn gegen die Arbeiter Gewalt angewandt wird, alle Arbeiter Serbiens aufrufen werde, sich zu organisieren und mit gleichen Mitteln zurückzuschlagen und zu fordern, daß die Regierung zugleich all das zurückgebe, was sie dem Volk geraubt habe." (Nasa Borba, 13.05.1996).

Mit dieser Warnung war der "politische Rubikon" eindeutig überschritten, und schließlich zeigte eine Sitzung der Gewerkschaftsaktivisten mit den Führern dreier Oppositionsparteien (Serbische Erneuerungsbewegung, Demokratische Partei, Serbischer Bürgerbund), vereinigt in der "Koalition für Veränderungen", daß die "Nezavisnost" und die anderen unabhängigen Gewerkschaften schrittweise, aber entschieden ihre bisherige Selbstgenügsamkeit und ihren Exklusivismus aufgeben. Bei dieser Sitzung wurde beschlossen, daß die Oppositionsparteien und die unabhängigen Gewerkschaften eine gemeinsame Strategie entwickeln müßten, da sich ihre Interessen decken, aber daß die Parteien und die Gewerkschaften auch bleiben müßten, was sie sind, d.h. daß sie ihre Autonomie und ihre Eigenart behalten. Weiters wurden vier Beschlüsse gefaßt, mit deren Erfüllung man hofft, ein Minimum der gemeinsamen Interessen verwirklichen zu können - und zwar den Sturz der derzeitigen Regierung, denn andernfalls kann es keine Veränderungen geben, weder auf politischer noch auf wirtschaftlicher, noch auf sozialer Ebene. Die erwähnten Beschlüsse lauten wie folgt:

- "1. Das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften und der Parteien der demokratischen Opposition ist der Kampf um wirtschaftliche Reformen, die es ermöglichen werden, daß man in Serbien von seiner Arbeit anständig leben kann, was heute nicht der Fall ist.
- 2. Gouverneur Avramovic war der Träger der Wirtschaftsreformen, und seine Ablösung stellt die größte Gefahr für die Lage der Arbeiter und aller dar, die von ihrer eigenen Arbeit leben.
- 3. Die Parteien der demokratischen Opposition werden ihren Mitgliedern empfehlen, aus der staatlichen Gewerkschaft, so-

ffern sie deren Mitglieder sind, auszutreten, denn die staatliche Gewerkschaft hat deutlich gezeigt, daß sie gegen die Interessen der Arbeitnehmer tätig ist.

- 4. Die Parteien der demokratischen Opposition werden überall, wo Gewerkschaftsaktivisten wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten gefährdet oder diskriminiert werden, organisiert für deren Schutz eintreten." (Nasa Borba, 22.5.1996)

Es ist vielleicht zu früh und zu voreilig, auf der Grundlage all dieser Ereignisse zu schließen, daß die "Nezavisnost" und die anderen unabhängigen Gewerkschaften in Serbien beginnen, zu einer neuen "Solidarität" heranzuwachsen. Jedoch schafft die wachsende dramatische wirtschaftliche und soziale Ausweglosigkeit der Bevölkerungsmehrheit eine Situation, in welcher der Zusammenschluß gegen ein Regime, dessen Zeit unabwendbar abläuft, zur existentiellen Notwendigkeit wird. Ermutigend ist, daß dies auch einigen Teilen der Führung der staatlichen Gewerkschaft klar geworden ist, zumindest denjenigen, die ihr Schicksal (d.h. ihre Privilegien) nicht ausschließlich von der Existenz des derzeitigen, verkommenen Regimes abhängig gemacht haben.

1 "Das Volk ist der Staat, der Staat ist das Volk. Die Mittel, mit deren Hilfe diese Identität im Staat hergestellt wird, sind die Partei und die Korporation. Die Partei ist heute ein mächtiges und vorzügliches Instrument, um das Volk in das allgemeine, politische Leben des Staates einzuführen. Die Korporation ist jene Institution, durch die die Wirtschaft, die früher unreguliert und außerhalb des Staates war, in den Staat zurückkehrt." (B. Mussolini, Der Faschismus: Lehre und Grundgesetze, Rom 1935, S. 29)

2 Obwohl sehr scharf formuliert, ist die Einschätzung der Führerin des oppositionellen Serbischen Bürgerbundes, Dr. Vesna Petic, sehr nah an der Wahrheit, daß "die derzeitige Regierung zum ordinärsten staatlichen Plünderungsunternehmen mutiert ist; ...Diese Regierung ist nicht ideologisch orientiert, sondern an einer kleinen, informellen Gruppe unter der Schirmherrschaft von Mirjana Markovic und Slobodan Milosevic. Eine Gruppe dieser Art erträgt keinerlei Institutionen oder Ordnung im Staate, und sie hat auch nicht die Absicht eine parlamentarische Demokratie einzurichten oder Marktwirtschaft zuzulassen. Eine solche informelle Gruppe will keinerlei Veränderungen zum Besseren..." (Nasa Borba, 13.5.1996, S. 5)

3 Mirjana Markovic, die Frau von Slobodan Milosevic, führt die außerparlamentarische Partei "Jugoslawische Vereinigte Linke" (JUL).

4 In diesem Jahr, einem Wahljahr, war eines der einprägsamsten Charakteristika im politischen Leben Serbiens die heftige Mitgliederwerbekampagne der Regierungsparteien. So wurde unter der Parole "Die SPS steht für die Hoffnung auf eine sicherere Zukunft" täglich über Ma-

senbeitritte von hunderten neuen - vor allem jungen - Mitgliedern zur Regierungspartei berichtet. Paradoxerweise enthält diese in den Medien stark propagierte Parole einen großen Teil der Wahrheit. Denn die neuen, jungen Sozialisten werden allein aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit leichter zu einem Arbeitsplatz oder zu einer Beförderung kommen. Worüber die Propagandamaschine nicht berichtet, sind die grotesken Methoden, denen man sich für die Stärkung der Regierungspartei bedient. In nichtstaatlichen Medien berichten Zeugen, daß manchmal, um auch nur das banalste Dokument, einen Personalausweis oder einen Reisepaß zu bekommen, die Unterschrift unter eine Beitrittsklärung zur SPS oder zur JUL als Voraussetzung verlangt wird!

5 Die soziale Destrukturierung der Arbeiterschaft führte auch zum Syndrom der Untätigkeit und des Dahinvegetierens von der Sozialhilfe, vom grauen Markt (Schwarzarbeit, Handel mit Devisen, Zigaretten, Benzin, Gebrauchtwaren und anderem) oder - von der Kriminalität.

6 Dragoslav Avramovic, Chef der Serbischen Notenbank. [A.d.U.]

7 Um das Niveau von 1989 zu erreichen, müßte die Industrieproduktion ohne Unterbrechung 25 Jahre hindurch jährlich um 5% wachsen (Posarac, 1995:331). Ähnliche Trends sind auch in Kroatien zu beobachten (Horvat, 1996:6).

8 Nach Branko Horvat gelten ähnliche Zahlen auch für Kroatien, wo es heute mehr Beschäftigungslose gibt als jemals im gesamten ehemaligen Jugoslawien.

9 Am 18.6.1996 billigte das Parlament Jugoslawiens das Amnestiegesetz für Deserteure. Ausgenommen von der Amnestie sind Berufssoldaten und aktive Offiziere. [A.d.U.]

10 Neben den erwähnten größten drei Zentralen besteht noch die Union der unabhängigen Gewerkschaften Kosovos mit etwa 254.000 (nicht)beschäftigte Albanern, die in enger Verbindung mit der "alternativen" politischen Bewegung der Kosovoalbaner steht. (Alle Angaben nach: Petrovic-Paunovic, 1994: 181-227)

11 Im Einklang mit dieser Tendenz wurde "im Prozeß der gewerkschaftlichen Organisierung und seiner normativen Regulation in Serbien und der SR Jugoslawien - der vormalige Besitz der früheren Gewerkschaften nicht auf alle registrierten Gewerkschaften aufgeteilt, wie das in Ungarn der Fall war. Sondern die SSS wurde der alleinige Erbe der Organisationsstrukturen und des gesamten Besitzes (des ehemaligen) Gewerkschaftsbundes." (Stojilovic, 1995:497) Eben diese Methode wandte auch die (neugegründete) Sozialistische Partei Serbiens an, die 1990 aus der "Ehe" des Bundes der Kommunisten Serbiens und dem "überparteilichen" Sozialistischen Bund der Werktätigen (SSRN) entstand: Sie eignete sich allen Besitz dieser beiden Organisationen an, ungeachtet der Tatsache, daß zahlreiche Mitglieder der SSRN anderen Parteien beitreten oder in ihrer Parteizugehörigkeit unentschlossen blieben. Um die Farce zu vervollständigen, usurpierte die SSS den Namen der ersten wirklich unabhängigen (autonomen) Gewerkschaft (die 1989 von be-

- drohten Radio- und TV-Journalisten gegründet worden war). Und damit kompromittierte man natürlich die unabhängige Gewerkschaft, die solcherart als Juniorpartner der Regierung hingestellt wurde.
- 12 "Entlassung - d.h. "Entfernung von der Arbeit", wie in den Entscheidungen der Direktoren oder der Disziplinarkommissionen euphemistisch angemerkt wird - wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten traf in den vergangenen Jahren in der Regel Mitglieder aus der Führung der unabhängigen Gewerkschaften... Alle Verfolgten waren sich der möglichen Folgen ihrer Aktivitäten vollkommen bewußt, aber zugleich waren sie von der Richtigkeit ihrer Ziele, die sozialen Interessen ihrer Mitglieder als auch den Besitz der Unternehmen, den sie als von ihnen geschaffen betrachteten, zu schützen, überzeugt. Die disziplinäre Verantwortung ist gesetzlich und kollektivvertraglich geregelt und gewöhnlich gelingt es den entlassenen Arbeitern bei Gericht zu beweisen, daß das Vorgehen der Direktoren illegal war. Aber das Ziel der Arbeitgeber wurde dennoch erreicht: Die Arbeiter sind eingeschüchtert, das Selbstvertrauen der übrigen Gewerkschaftsaktivisten ist erschüttert und, was am wichtigsten ist, die Gewerkschaftsführer sind für längere Zeit eliminiert... Die Gerichtsverfahren dauern unendlich lang und ihr positiver Ausgang bringt für die entlassenen Arbeiter nur moralische und ein wenig materielle Befriedigung. Aber eine völlige Rückkehr und "Reintegration" in das alte Arbeitsmilieu gibt es nicht." (B. Ljubinovic-Andrejic - B. Andrejic, 1996: 7)
- 13 "Im Verhältnis zur früheren gewerkschaftlichen Praxis stellt die verzweigte Struktur der "Unabhängigen" eine Novität dar, in der die Fachgewerkschaften auf der Grundlage ihres Programmes und ihrer Statuten selbständig ihre Tätigkeiten erfüllen. (Marinkovic, 1993: 124-188) Diese Gewerkschaft gründete auch ihre eigene Zeitung "Nezavisnost", und sie ist Mitorganisator der "Vereinigung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Unterstützung der Gewerkschaften", die sich unter anderem mit Entwicklungs- und Forschungsarbeit sowie mit der Ausbildung der Gewerkschaftsaktivisten beschäftigt. (Stojiljkovic, 1995: 406)
- 14 "Es ist eine Vermutung, daß sich die Justizbeamten im Streik befinden. Eine Vermutung, denn außer einer Meldung aus dem Justizpalast und der Tatsache, daß einige Bürger trotz Gerichtstermin wieder umkehrten, konnte man nichts über den Protest, der da im Gange war, erfahren. Es war nicht einmal möglich festzustellen, wer alles an dem Protest teilnimmt und ob es sich um einen alltäglichen einstündigen Protest oder einen echten Streik handelt. Verehrte Mitbürger, wir protestieren, weil wir dazu gezwungen sind. Ihr werdet uns das nicht übelnehmen. Wir fordern eine Bezahlung, von der man auch leben kann, was eine natürliche Voraussetzung ist, daß wir für euch arbeiten. Wir haben im Wege des Gesprächs versucht, unsere materielle und soziale Lage zu verbessern, doch ohne Erfolg. Deshalb versuchen wir es jetzt auf diese Weise", heißt es in einer Kundmachung des Gewerkschaftsausschusses der Staats- und Justizbeamten." (Nasa Borba, 22.5.1996)
- 15 "Die Antipolitik ist das Erstauntes. Der M. entdeckt, daß die Dinge ungewöhnlich, grotesk, ja sinnlos sind. Er erfährt, daß er Opfer ist, und das will er nicht sein. Er will nicht, daß sein Leben und sein Tod von anderen Menschen abhängt. Er vertraut sein Leben nicht den Politikern an, er fordert, daß sie ihm seine Sprache und seine Philosophie zurückgeben." (Konrad, 1991: 195)
- 16 In diesem Zusammenhang "ist es interessant, daß die Mitglieder der Gewerkschaften, die in enger Verbindung zur Regierung und zur Regierungspartei stehen, in der Regel einer Partei - der SPS - angehören, aber daß die Nezavisnost ein pluralistisches Spektrum der Parteizugehörigkeiten aufweist: Die Hälfte der Mitglieder ist in verschiedenen Parteien organisiert, während die andere Hälfte parteilos ist." (Cveticanin, 1996: 8-9)
- 17 Die "Nezavisnost" behauptete, daß die Streiks in Nis und Kragujevac, der Streik der im Gesundheitswesen Beschäftigten als auch die anderen Streiks der letzten Zeit nicht die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer zum Ziel hatten, sondern daß sie als politische Szenographie für das Regime dienen, damit dieses seine Angelegenheiten erledigen könne; deshalb erklärte die "Nezavisnost", "daß dies gar keine Streiks waren." "Schon allein die Tatsache, daß die medizinischen Angestellten nach neun Tagen Streik eine Gehaltserhöhung von neun DM bekamen, also eine D-Mark pro Streiktag, zeigt am besten, daß es sich hier um ein elendes Honorar für ein politisches Schauspiel handelt und nicht um eine ernsthafte Lösung für die angehäuften Probleme", meinen die unabhängigen Gewerkschafter. Abgesehen davon, daß diese scharfe Einschätzung großteils tatsächlich der Wahrheit entspricht (denn viele dieser "plötzlich" ausgebrochenen Streiks wurden auch plötzlich wieder abgebrochen), erwies sich das Phänomen der vom Staat "spontan" organisierten und angeheizten Proteste und Streiks, die das derzeitige serbische Regime noch während der Auseinandersetzung mit der letzten Bundesregierung des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er Jahre (am Höhepunkt der innenpolitischen Abrechnungen) "patentierte", diesmal als zweischneidiges Schwert. Nicht nur die aufständischen Arbeiter (die Transparente mit der Aufschrift: "Avrame, care, ne stampaj pare! - Zar Avram, druck kein Geld!", durch die Straßen der serbischen Städte trugen) durchschauten das zynische Spiel, sondern auch einzelne Funktionäre der "offiziellen" Gewerkschaft. Eine aufrichtige und kampfbereite Gewerkschafterin aus dieser Gewerkschaftszentrale, Slobodanka Brankovic, beurteilte diesen neuen Versuch eines organisierten "Volksaufstandes", folgendermaßen: "Es handelt sich um die Vorbereitung von Streiks, bei denen Direktoren die Regie führten. Die Regisseure waren jene Direktoren, die sich als unfähig erwiesen, die Produktion zu organisieren. Für ihre Unfähigkeit gaben sie dem Avramovic-Programm (der monetären Stabilisierung) die Schuld... Ich erklärte den Leuten, daß, wenn sie in dieser Weise streiken und Geld von der Jugoslawischen Nationalbank erwarten, gegen sich selbst streiken... Es geht um strukturelle Veränderungen, aber die wollen offensichtlich nicht zu diesen Veränderungen vorwärtsschreiten... Man muß aufhören, Geld zu drucken und ich glaube, daß die Leute begreifen haben, daß von diesem Gelddrucken ein elitärer Teil seinen Profit hat, und wir, das Volk, würden endgültig verschwinden. Auch die Herren in der Regierung müssen begreifen, daß man Geld nicht nur aus der Druckerei, sondern auch durch Arbeit bekommen kann... Ich frage mich, wer gegen unsere Rückkehr in den Internationalen Währungsfond kämpft und warum? Sind das persönliche Gründe eines höheren Kalküls, das unter Kriegsbedingungen geschaffen wurde, die jetzt ans Tageslicht kommen sollten? Fürchtet sich der Staat vor sich selbst oder aber vor der Möglichkeit, daß das Volk endgültig erfährt, was es für eine Regierung hat?" (Nasa Borba, 6.5.1996)
- Literatur:
- Cveticanin, Radivoj (1996): Sindikati i politika, *Republika* 135-136, 1.-31.3.
- Goati, Vladimir (1996): Karakter politickih partija u "trecoj Jugoslaviji", *Republika* 188, 16.-30.4.
- Horvat, Branko (1996): Umirovljjenici i nezaposleni - izopcenici hrvatskog drustva, *Hrvatska ljevičica* 1.-30.6.
- Konrad György (1991): Iskusenja autonomije (Svjetlost/Sarajevo)
- Ljubinovic-Andrejic, Bojana /Andrejic, Bozidar (1996): Kaznjivo sindikalno organizovanje, *Republika* 135-136, 1.-31.3.
- Marinkovic, Darko (1995): Strajkovi. In: Zbornik radova *Sindikat i drustvo u tranziciji* (Institut za političke studije/Belgrad)
- Mrksic, Danilo (1994): Dualizacija ekonomije i stratifikaciona struktura. In: M.Lazic (ed.): Razaranje drustva (Filip Visnjic/Belgrad)
- Petrovic, Branka / Paunovic Zarko (1994): Nevladine organizacije u SR Jugoslaviji (Otvoreni univerzitet/Subotica)
- Posarac, Aleksandra (1995a): Pauperizacija stavninstva u Srbiji - jedan od uzroka potisnutosti civilnog drustva. In: V.Pavlovic (ed.): Potisnuto civilno drustvo (Eko Centar/Belgrad)
- Posarac, Aleksandra (1995b): Socijalna politika u svetu i Jugoslaviji. In: Zbornik radova *Sindikat i drustvo u tranziciji* (Institut za političke studije/Belgrad)
- Stefanovic, Nenad (1996): Tajni zivot levice: sneg u Julu (Tiker/Belgrad)
- Stojiljkovic, Zoran (1995): (Ne)mogucnost autonomnog delovanja sindikata u Srbiji. In: V.Pavlovic (ed.): Potisnuto civilno drustvo (Eko Centar/Belgrad)
- Der vorliegende Text beruht auf Ergebnissen des Forschungsprojektes "Modernisierung und Modernität in Serbien" im Rahmen des übergeordneten Projektes "Individuelle und kollektive Identität im Postkommunismus" am Institut für Philosophie und Gesellschaftstheorie in Belgrad.
- Aus dem Serbischen übersetzt und bearbeitet von Elisabeth Zeiler.

# Die Entstehung freier Gewerk- schaften

von Teodora Panajotova

● Die Rivalität zwischen der "Konföderation der unabhängigen bulgarischen Gewerkschaften", der Nachfolgerin der ehemaligen Einheitsgewerkschaft, und der oppositionellen "Podkrepas" prägt die Situation der Interessenvertretung der bulgarischen Arbeitnehmer. ●

## Gewerkschaftliche Zwangsmitgliedschaft

Von 1944 bis 1989 gab es in Bulgarien nur eine Gewerkschaft, der alle Werktagen angehören mußten, ohne daß ihnen die Möglichkeit des Austritts offenstanden wäre. Diese Gewerkschaft, die "Bulgarische Berufsunion", war eng mit der herrschenden Bulgarischen Kommunistischen Partei verbunden. Die Grenzen zwischen Partei-, Staats- und Gewerkschaftsstrukturen waren äußerst verschwommen. Eine unabhängige Gewerkschaft war undenkbar. Hinter dem Rücken der Macht aber entstand Ende der 80er Jahre die Idee eines freien Syndikalismus. Der Treibjagd der Miliz entkommend, gründeten am 8. Februar 1989 einige Personen die alternative Gewerkschaft "Podkrepas". Verfassung und Gesetze erlaubten dies, dennoch aber folgten Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Verfolgung und Verhöre. Am 26. Mai 1989 wurden der Vorsitzende der "Podkrepas", Konstantin Trentschew, der auch heute noch der Gewerkschaft "Podkrepas" vorsteht, und einige andere Dissidenten verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, "ihre sozialistische Heimat zu verleumden". Während der folgenden drei Monate organisierten die in Freiheit verbliebenen restlichen Mitglieder der "Podkrepas" Hungerstreiks und gaben Interviews über die Unterdrückung der Opposition für "Radio Freies Europa", BBC und Reuter. Unmittelbar vor dem im September 1989 in Sofia stattfindenden Ökoforum wurden Trentschew und die anderen inhaftierten Mitglieder der "Podkrepas" freigelassen. Die ersten Monate der Existenz dieser neuen Organisation waren geprägt von Konflikten mit der Miliz, der Staatssicherheit und den Parteistrukturen. In dieser ersten Phase waren die Aktivisten der "Podkrepas" weniger von eigentlich ge-

Teodora Panajotowa hat im September 1989 die Sofioter Organisation der Gewerkschaft "Podkrepas" mitgegründet und ist derzeit Sekretärin der Union der bulgarischen Journalisten "Podkrepas".

werkschaftlichen Motiven geleitet als von der Idee, eine legale Plattform für antikommunistische Positionen zu schaffen. Mit der Zeit aber wandelte sich "Podkrepas" in eine wirkliche Gewerkschaft, deren Ziel die Verteidigung der Rechte der Werktägler ist.

## Das Ende der Herrschaft Schiwkows

Der Tag des Sturzes Schiwkows, der 10. November 1989, gilt als Geburtstag der demokratischen Veränderungen in Bulgarien. Sie sind allerdings relativ, da jetzt wieder die ehemalige Kommunistische Partei - und zwar unter der Bezeichnung "Bulgarische Sozialistische Partei" - regiert. Die Situation im Lande hat sich jedoch in den letzten sieben Jahren wirklich strukturell verändert. Ein halbes Jahrhundert in Vergessenheit geratene Dinge wie Demonstrationen, Streiks, freie Presse und Wahlen wurden Wirklichkeit. Am 7. Dezember 1989 wurde die "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) gegründet, die zentrale politische Formation der Opposition, an deren Gründung "Podkrepas" führend beteiligt war. Und auch die ehemalige Einheitsgewerkschaft gab sich rasch ein "unabhängiges" Äußeres: Sie benannte sich in "Konföderation der unabhängigen bulgarischen Gewerkschaften" um, natürlich ohne sich vom Eigentum der alten Einheitsgewerkschaft und den engen Verbindungen zur Partei zu trennen.

Bereits 1990 forderte "Podkrepas" eine Aufteilung des Vermögens, denn auch ihre Mitglieder hatten jahrelang ihren Mitgliedsbeitrag für die Einheitsgewerkschaft gezahlt und besitzen daher einen Teil ihres Vermögens. Doch trotz der zahlreichen Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaftszentralen und mit der Regierung erhielt "Podkrepas" bis heute keinen Anteil des Gewerkschaftsbesitzes.

## Der erste nationale Streik

Den ersten großen Streik organisierte "Podkrepas" zu Weihnachten 1989. Die Forderungen waren: Rechenschaft über die Verbrechen Todor Schiwkows, Auflösung der Repressionsorgane, Zugang zu den Massenmedien und Formierung eines Runden Tisches, an dem politische und gesellschaftliche Organisationen teilnehmen sollen. Der Streik wurde sowohl von der Bevölkerung als auch den demokratischen Kräften verschieden beurteilt - man darf nicht vergessen, daß bis zu diesem Zeitpunkt das Phänomen des Streiks nur in der

feindlichen kapitalistischen Welt existierte. Das Fernsehen zeigte Streikende als die Schuldigen der zukünftigen wirtschaftlichen Katastrophe. Der Streik wurde als Beginn der Apokalypse dargestellt. Trotz allem endete er erfolgreich: Der Runde Tisch wurde Wirklichkeit, und noch wichtiger: Im Bewußtsein der Bürger begann sich die Angst vor dem totalitären System aufzulösen.

Die folgenden sechs Jahre sahen hunderte Proteste, Streiks zur Entlassung von Betriebsleitern, für die Auszahlung monatlang vorenthalter Löhne, für den Abschluß von Kollektivverträgen usw. Die einen lobten, die anderen tadelten "Podkrepas" für den großen nationalen Protest, der am 26. November 1991 die kommunistische Regierung Lukas stürzte. Und die vielen Streiks während der Regierungszeit der Union der demokratischen Kräfte führten zum Schisma zwischen "Podkrepas" und SDS. Die SDS wirft bis heute der "Podkrepas" vor, schuld am Sturz der "blauen" Regierung 1992 zu sein (Blau ist die Farbe der Union der demokratischen Kräfte, Anm. d. Übers.), wobei sie vergißt, daß die Parlamentswahlen im Oktober 1991 mit Hilfe der Gewerkschaftsstrukturen gewonnen worden waren. "Podkrepas" wiederum beschuldigte die SDS der Inkompotenz. Die "blauen" Parteiführer können nicht vergessen, daß die Anzahl der Streiks gegen ihre Regierung größer als gegen die der Reformkommunisten war.

Unabhängig davon, ob diese Konfrontation zwischen der demokratischen Gewerkschaft und der oppositionellen Partei einer Provokation geschuldet war oder es sich um eine natürliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Regierungsmacht und Gewerkschaft handelte, bedeutete der Konflikt einen schweren Rückschlag für den Demokratisierungsprozeß in Bulgarien.

## Die Professionalisierung der "Podkrepas"

In Jänner 1991 setzte "Podkrepas" die Gründung einer tripartistischen Kommission auf nationaler Ebene durch. Ihr gehörten Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an. Solche Kommissionen existieren auch auf der Ebene von Einzelgewerkschaften und Regionen.

"Podkrepas" gab sich während der letzten sechs Jahre eine vertikal (in 16 Föderationen und 12 Syndikate) und horizontal (in

36 Regionen) gegliederte Struktur. In der zentralen Konföderation arbeiten verschiedene Abteilungen (juristische, ökonomische, Pressezentrum, Abteilung zur Schlichtung von Arbeitskonflikten). Inzwischen gibt es auch hauptberufliche Funktionäre. Die internationale Anerkennung der Tätigkeit der "Podkrepas" fand ihren Ausdruck in ihrer Aufnahme in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften im Juni 1991, zu deren Vizevorsitzenden Konstantin Trentschew im März 1992 gewählt wurde.

Mit der Rückkehr der Sozialisten an die Macht nach den Parlamentswahlen 1994 wurde offensichtlich, daß sie ihre Ziele durch die Schaffung einer neuen Klasse von Kapitalisten aus den Reihen der Parteienomenklatura verwirklichen wollen. Diese Politik der BSP führte zu einer wesentlichen Vertiefung der Wirtschaftskrise in Bulgarien: Der Kurs des Lews fiel von 67 für einen Dollar Anfang 1996 auf 160 im Juni, mehrere Banken gingen bankrott, Dutzende staatliche Betriebe werden geschlossen, zeitweise gibt es kein Brot. Die Preise steigen täglich, es existiert die reale Gefahr einer Hyperinflation (im Mai betrug die Inflationsrate 12,5%, im Juni 15%). In seinem vor der 83. Konferenz der ILO in Genf im Juni 1996 gehaltenen Referat führte Trentschew aus: "Die zu erwartende Schließung zahlreicher Betriebe wird zu einem neuerlichen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Die vorgesehenen Massenentlassungen werden starke Spannungen am Arbeitsmarkt nach sich ziehen. Das Sozialsystem wird kaum damit fertig werden können. Die jetzigen durchschnittlichen Sozialleistungen sind geringer als das Existenzminimum, trotz der relativ hohen Sozialbeiträge." Der ganze Vortrag des Vorsitzenden der "Podkrepas" ist eine detaillierte tragische Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes.

Diese schwierige Lage hat erneut die demokratischen Parteien (Union der demokratischen Kräfte, Volksunion und Bewegung für Freiheit und Recht) und die Gewerkschaften vereint. Eine Reihe gemeinsamer Aktionen begann, wobei "Podkrepas" die entscheidende Kraft dieser gemeinsamen Politik ist. Die erste dieser Demonstrationen am 3. Juni 1996 sammelte Vertreter der gesamten Opposition. Der erneute Zusammenschluß der Opposition vermag vielleicht zu den langersehnten Veränderungen in Bulgarien führen.

Aus dem Bulgarischen von Ulf Brunnbauer.

# DIE MONATLICHE GEGEN-INFORMATION VON A BIS Z:

Arbeitswelt \* Buchbesprechungen \* Cartoon \* Dritte Welt \* Emanzipation \* Filmkritik \* Gewerkschaften \* Herrschaftsverhältnisse \* Interviews \* Jazz \* Kommentare \* Lateinamerika \* Medienkritik \* Neofaschismus \* Osteuropa \* Parlamentarismus \* Quotenregelung \* Reportagen \* Satire \* Termine \* Umwelt \* Verkehr \* Wahlen \* Xenophobie \* Yankees \* Zeitgeschichte

■ **DER WIDERSPRUCH**  
■ **DIE KRITIK**  
■ **DAS ANDERE MAGAZIN**

Haben Sie keine?

Dann brauchen Sie eine!

DIE  
**ALTERNATIVE**

Herausgegeben von:  
**GE – Alternative GewerkschafterInnen**

11 Hefte, Einzelpreis S 10.-, Jahresabonnement S 100.-

Bestellungen bzw. Anforderung von Probeexemplaren:

Redaktion "Die Alternative",  
1010 Wien, Wipplingerstraße 23.  
Tel: 0222/535 62 00,  
FAX: 0222/535 38 56.

# Bulgarien: Gewerkschaften und politische Krise

von Walter Sauer

Die anhaltende wirtschaftliche Krise Bulgariens sowie die von der Regierung in Sofia getroffenen Austeritätsmaßnahmen bilden den Hintergrund für eine Welle von Protestaktionen der bulgarischen Gewerkschaften im Juni 1996. Der Aufruf der Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (bulgarische Abkürzung: KNSB) zu einem einstündigen nationalen Warnstreik am 7. Juni 1996 wurde von über 650.000 Menschen in praktisch allen großen Städten des Landes befolgt. Zugleich kam es zu Protestaktionen der Taxifahrer, die unter anderem den Verkehr in Sofia lahmlegten. An den Streiks und Demonstrationen, mit denen sich der Internationale Bund Freier Gewerkschaften solidarisierte, beteiligten sich auch Mitglieder der anderen Gewerkschaftsorganisationen Bulgariens wie der Konföderation Podkrepia, der Nationalen Gewerkschaft und der Vereinigung der Demokratischen Gewerkschaften.

Der wirtschaftliche Hintergrund dieser Zusitzung der Ereignisse liegt einerseits in der abrupten Verschlechterung der bulgarischen Wirtschaftssituation und der dadurch hervorgerufenen schlagartigen Abwertung der bulgarischen Währung, des Lewa; hatte der Gegenwert zu einem US-Dollar im Dezember 1995 noch 70 Lewa betragen, so wurden im Juni 1996 bereits bis zu 136 Lewa pro Dollar bezahlt. Mehrere Banken gingen in Konkurs, was entsprechende Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen des Landes, private Betriebe und die einzelnen Sparer und Sparerinnen auslöste. Die Inflationsraten, insbesondere aufgrund neuer erhöhter Energie- und Treibstoffpreise, wurden von offizieller Stelle auf 33%, vom Forschungsinstitut der Unabhängigen Gewerkschaften jedoch auf über 50% geschätzt.

Hinzu kam die Ankündigung der Regierung im Mai des Jahres, bestimmte Vorschläge des Internationalen Währungsfonds zur sogenannten strukturellen Reform der bulgarischen Wirtschaft mit unmittelbarer Wirkung umzusetzen, ohne daß entsprechende Konsultationen mit den Sozialpartnern oder den politischen Parteien durchgeführt worden waren. 64 hochverschuldete Betriebe wurden sofort geschlossen, weiteren 100 Firmen wurde die Berechtigung zur Kreditaufnahme entzogen. Insgesamt werden etwa 52.000 Arbeitsplätze durch diese Maßnahmen verlorengehen. Zugleich wurde die Mehrwertsteuer von 18 auf 22% angehoben, eine Importsteuer von 5% auf alle Einfuhrprodukte des Landes aufgeschlagen und, wie schon erwähnt, die Energie- und Transportpreise wie auch andere staatliche Leistungen (Post) empfindlich verteuert. Kompensationsleistungen zumindest für die ärmsten Schichten der Bevölkerung wurden von der Regierung nicht ins Auge gefaßt.

Die schockartige wirtschaftliche Verschlechterung führte nicht nur zu einer Vergrößerung der politischen Spannungen innerhalb der regierenden Bulgarischen Sozialistischen Partei, sondern auch zu einer Verstärkung der Konfrontation zwischen der Regierung und den bulgarischen Gewerkschaftsorganisationen, die sich mehr denn je als Schutzorganisationen für die grundlegenden sozialen Interessen der Bevölkerungsmassen verstehen. Die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens unter ihrem populären Präsidenten Krastyo Petkov hat darüber hinaus als eine der wenigen osteuropäischen Gewerkschaftsorganisationen die Strukturangepassungspolitik des Internationalen Währungsfonds öffentlich zum Thema gemacht und eine breite kritische Diskussion darüber ausgelöst. Die Konföderation, die nach Angaben von Beobachtern derzeit etwa eine Million Mitglieder zählt, erklärte nach der einseitigen Verhängung der Wirtschaftsmaßnahmen durch die Regierung ihren Austritt aus dem Nationalen Rat für sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit, da dieser vor der Ankündigung der Maßnahmen nicht konsultiert worden war. Für den einstündigen Warnstreik am 7. Juni wurden als Forderungen eine 75%ige Erhöhung von Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen, eine vollständige Kompensation der schockartigen Preissteigerungen sowie die Auszahlung einer Abfertigung von 24 Monatsgehältern für die in den 64 Betrieben gekündigten Arbeitskräfte formuliert.

Unter dem Druck der Ereignisse kam es zu einem Übereinkommen zwischen der Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften und dem (von den Vereinigten Staaten aus unterstützten) Gewerkschaftsbund Podkrepia (Beobachtern zufolge ca. 100.000 Mitglieder), demzufolge die Protestaktivitäten gemeinsam und koordiniert durchgeführt werden sollten. Im Verlauf der Proteste kam es allerdings zu unterschiedlichen politischen Akzenten: Während KNSB aus stabilitätspolitischen Erwägungen heraus nicht die Forderung nach sofortigen Neuwahlen stellte, bildete diese für die den Oppositionsparteien nahestehende Podkrepia geradezu den Hauptpunkt ihrer politischen Agitation. Die wieder aufgeflamme Diskussion über eine eventuelle Wiedereinführung der Monarchie - eine Forderung, die vor allem von Podkrepia-Vorsitzenden Konstantin Trenchew erhoben wird - trägt zur weiteren Verkomplizierung der politischen Situation natürlich noch bei.

Politischen Beobachtern zufolge ist im Herbst, wenn die gestiegenen Treibstoffpreise dann wirklich ins Gewicht fallen, mit einer weiteren Zunahme der sozialen Proteste in Bulgarien zu rechnen.

# Gewerkschaft für Privatisierung

Gespräch mit Konstantin Trentschew

● Die Gewerkschaftslandschaft im Osten treibt kuriose Blüten: Die – mit großem Abstand zur reformierten KNSB – zweitgrößte bulgarische Gewerkschaft ist "Podkrepas", deren Vorsitzender Trentschew Privatisierungen befürwortet und als Alternative zur derzeitigen postkommunistischen Regierung die Rückkehr Königs Simeon II auf den wieder zu schaffenden bulgarischen Thron vorschlägt ... ●

□ Ich möchte das Interview mit einer der vielleicht zur Zeit dringendsten Fragen beginnen: Was ist von "Podkrepas" zu erwarten, wenn die Regierung ihre Ankündigung wahr macht, mit einem Schlag mehr als 100 mit Verlust arbeitende Betriebe zu schließen?

Wir werden auf eine solche massive Schließung von Betrieben sehr scharf reagieren, obwohl wir natürlich einsehen, daß verlustbringende Unternehmen nicht der bulgarischen Ökonomie zur Last fallen dürfen. Warum aber sind wir mit der jetzigen Vorgangsweise der Regierung nicht einverstanden? Erstens: Die Regierung hat viel zu lange zugewartet, oder genauer: Sie verfolgte eine völlig andere Strategie. Seit Jahren ist bekannt, daß verlustbringende Betriebe geschlossen werden müssen, aber die Regierung spricht erst seit einem Monat darüber. Es macht aber einen großen Unterschied, ob man auf einmal oder über einen längeren Zeitraum hindurch über hundert Betriebe schließt. Die Schnelligkeit dieses Prozesses ist von großer Bedeutung. Zweitens: Wir sind ganz und gar nicht davon überzeugt, daß den Leuten, die in diesen Betrieben arbeiten, irgendeine durchdachte Alternative angeboten wird. Das sind bulgarische Bürger, die man nicht als überflüssig, als Personen zweiter Kategorie behandeln kann. Sie wollen über ihr zukünftiges Schicksal Bescheid wissen. Ich kann Ihnen versichern, daß die Regierung keine Vorstellung davon hat, was mit den entlassenen Arbeitern geschehen soll. Drittens: Die Regierung gibt nicht bekannt, um welche Unternehmen es sich handelt. Eine solche äußerst schmerzvolle Maßnahme muß öffentlich diskutiert und darf nicht verschwiegen werden. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten im "Nationalen Rat" (tripartistische Kommission aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, Anm. U.B.) beraten, welche Unternehmen betroffen sind und ob nicht einige von ihnen etwa durch rasche Privatisierung gerettet werden könnten.

□ Was macht die paritätische Kommission in Bulgarien, und welche Rolle spielt sie bei den angekündigten Betriebsschließungen?

Prinzipiell erörtert sie Fragen sozialen Charakters von nationaler Bedeutung. Leider ist, wie bereits erwähnt, bis heute der paritätischen Kommission nicht bekannt, wie die zu schließenden Firmen heißen. Außerdem kursieren sich ständig ändernde Zahlen über die Anzahl der betroffenen Unternehmen. Einmal sind es 300, dann 150 Betriebe. Heute sind erste Signale eingelangt, daß öffentliche Verkehrsunternehmen geschlossen werden sollen, einige sind im Gespräch, aber es gibt keine Klarheit, ob Firma X oder Firma Y liquidiert wird. Die Menschen sind verärgert und überlegen schon Maßnahmen gegen eine solche Vorgangsweise. Wenn ihnen klar erklärt würde, daß es keine Alternative gibt, wenn ihnen soziale Garantien gegeben würden, würden sich die Dinge in einem anderen Licht zeigen. Durch ihre Vorgangsweise erhöht die Regierung bloß weiter die ohnehin sehr großen sozialen Spannungen.

□ Ist im Falle einer massiven Liquidierung ein Generalstreik wahrscheinlich?

Sehr wahrscheinlich wird es große Proteste geben. Einerseits Aktionen in den betroffenen Betrieben, andererseits Aktionen anderer Charakters: nicht unbedingt Streiks, sondern Demonstrationen, Meetings usw. in Sofia und anderswo; generell bevorzugen wir Protestformen des zivilen Ungehorsams. Die Leute können Straßen, Autobahnen usw. blockieren und damit gegen die Entscheidungen der Regierung protestieren.

□ Gibt es denn eigentlich eine realistische Alternative zur Politik der Regierung? Wie könnte sie aussehen?

Eine realistische Alternative gibt es noch immer, obwohl die bulgarischen Regierungen, einschließlich und insbesondere die kommunistische (gemeint ist die jetzige unter der Führung der Bulgarischen Sozialistischen Partei BSP, Anm. U.B.), die Verantwortung für die Verzögerung der Strukturreform tragen. Wenn früher mit der Liquidierung verlustbringender Betriebe begonnen worden wäre, hätte vielleicht ein bedeutender Teil dieser Betriebe gerettet werden können. Von der Schließung wären jeweils Gruppen relativ weniger Betriebe betroffen gewesen, und der Prozeß wäre weniger schmerzvoll ausgefallen. Viel weniger Menschen wären auf einen Schlag arbeitslos geworden, und sie hätten leichter vom Sozialsystem unterstützt werden können. Aber jetzt droht eine schockartige Schließung von Betrieben, vom Typ der großen Rezession in Amerika Ende der 20er Jahre. Und selbstverständlich sind die Leute nicht bereit, einen derart hohen Preis

zu bezahlen, besonders da sie niemand fragt, sie niemand konsultiert, ihnen niemand etwas anbietet. Gegenüber einer solchen Vorgangsweise werden wir sehr scharf reagieren.

Welche Rolle kommt den Forderungen der internationalen Finanzinstitutionen bei der Regierungspolitik zu? Entspricht sie nicht genau den Anforderungen dieser Organisationen?

Wenn die bulgarischen Regierungen nach 1989 den Empfehlungen der internationalen Finanzinstitutionen nachgekommen wären, hätte die Strukturreform in Bulgarien schon vor Jahren begonnen, und sie wäre nicht derartig schmerhaft. Keine der bisherigen Regierungen hat die Strukturreform in Angriff genommen, und vor allem die Kommunisten haben sie viel zu lange hinausgezögert. Ich bin nicht bereit, die internationalen Finanzorganisationen zu beschuldigen, denn genau ihre Empfehlungen an Bulgarien zielen auf eine Gesundung der bulgarischen Ökonomie, auf ein stabiles Finanzsystem, auf die Etablierung der Marktwirtschaft in Bulgarien. Ich weiß, was Bulgarien seit Jahren empfohlen wird. Bulgarien verspricht diesen Finanzinstitutionen etwas und hält es dann nicht ein. Mehrmals wurde angekündigt, mit der Strukturreform zu beginnen, aber letztlich blieb es beim Versprechen, das gilt auch für eine Reihe weiterer wirtschaftlicher Maßnahmen. Deshalb sind wir ein nichtadäquater Partner für die internationalen Finanzinstitutionen.

Selbstverständlich mögen einige ihrer Anforderungen einen zu hohen sozialen Preis haben. Aber da wir nicht auf die Empfehlungen und Forderungen gehört und die Strukturreform aufgeschoben haben, ist der soziale Preis gewachsen. Genau das werden wir jetzt beobachten können, wenn die Strukturreform begonnen wird, wovon ich noch nicht überzeugt bin. Die Schuld, daß wir uns derartig verspätet haben, trägt ganz und gar die kommunistische Regierung.

Eine dieser Forderungen ist die Privatisierung. Wie verhält sich "Podkrea" zu ihr?

Sehr positiv. Wir waren eine der ersten Organisationen in Bulgarien - wir sind überhaupt eine der ersten nichtkommunistischen Organisationen in diesem Staat, die in ihren Manifesten völlig offen Marktwirtschaft und privates Eigentum in Bulgarien gefordert hat. Wie Sie selbst sehen, unternimmt die Regierung alles, damit sich diesbezüglich nichts ändert. Ich bin ein großer Verteidiger des Privateigentums, eines Eigentums, daß viel geschmeidiger, viel effektiver ist. Außerdem wird das Risiko auf sehr viele Subjekte verteilt. Wenn ein privater Marktteilnehmer keinen wirt-

schaftlichen Erfolg hat, muß sich das nicht zwangsläufig negativ auf andere auswirken, während in Staatsökonomien sehr oft Kettenreaktionen zu beobachten sind. Wir bestanden immer darauf, in Bulgarien eine schnelle, ernsthafte Privatisierung durchzuführen, aber leider haben die Regierungen, vor allem die jetzige, die Privatisierung verzögert. Wenn Sie sich die Mühe machen, die statistischen Angaben zu überprüfen, werden Sie bemerken, daß unter der jetzigen Regierung am wenigsten Objekte privatisiert wurden. Meines Erachtens ist das ein Ergebnis einer bewußten staatlichen Politik, da Privateigentum kein politisches Diktat duldet. Die Mächtigen wissen, daß sie, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit ökonomisch nicht mehr kontrollieren können, sich auch politisch auf sie nicht verlassen können. Arbeitgeber privater Unternehmen haben eine völlig andere Denkweise; das sind Leute, die höchstwahrscheinlich kommunistische Ideale nicht teilen und nicht für die kommunistische Partei stimmen werden. Daher versuchen die Kommunisten, über staatseigene Firmen ihren Einfluß in der Gesellschaft zu bewahren; ein freies Unternehmen ist für sie als Einflußgebiet bereits verloren. Das ist ein Unternehmen, das neue Arbeitsplätze schafft, dessen Eigentümer das Risiko auf sich nimmt und neue Märkte sucht. Effizienz anstrebt, der Tag und Nacht arbeitet, damit sein Betrieb gut funktioniert. Ähnliche Dinge beobachten wir im öffentlichen Sektor nicht. Dort sind die Direktoren Staatsdiener, die sich um die Prosperität ihrer Unternehmen wenig kümmern, während das für den privaten Unternehmer eine lebensnotwendige Frage ist. Und noch etwas: In diesen - noch recht wenigen - Unternehmen können die Gewerkschaften viel leichter, ich würde sagen: viel eindeutigere Abkommen mit dem Eigentümer erreichen, Verträge unterschreiben, die eingehalten werden, da beide Seiten kompetent sind. Mit irgend einer staatlichen Fabrik können wir heute einen Kollektivvertrag aushandeln, und morgen sagt der Direktor, ich kann die gestern akzeptierten Bedingungen nicht einhalten, von mir hängt nichts ab, für alles ist der Minister verantwortlich. Wäre er ein privater Unternehmer, verhielte es sich ganz anders.

Gibt es unter dem Druck der großen sozialen und ökonomischen Probleme eine Annäherung zwischen den zwei größten bulgarischen Gewerkschaften, KNSB und "Podkrea"?

Bezüglich vieler Probleme vertreten wir ähnliche, um nicht zu sagen gleiche Positionen. Denn wenn die Arbeiter eines Betriebes unter den gleichen Problemen,

zum Beispiel der Nichtauszahlung von Löhnen, leiden, denken sie gleich, ganz unabhängig davon, welcher Gewerkschaft sie angehören. Unterschiede gibt es in den Formen des Kampfes, die wir anwenden, aber auch die sind sich sehr oft ähnlich. Unsere Unterschiede sind eher in der Ideologie als in der tatsächlichen gewerkschaftlichen Arbeit zu suchen. Denn natürlich hat jede gewerkschaftliche Organisation ihre politischen Vorlieben. Aber die sich immer mehr verschärfenden Probleme führen zu einer merklichen weiteren Annäherung der zwei Gewerkschaften. Wir sind etwas radikaler während es auf den mittleren Ebenen der KNSB noch immer Leute gibt, die bereit sind, abzuwarten, Kompromisse mit der regierenden Partei zu schließen, da sie selbst ihr angehören. Diese Probleme gibt es bei uns nicht; wir fürchten und schämen uns nicht zu sagen, daß wir antikommunistisch sind, weshalb wir einer der entschlossensten Gegner des derzeitigen Regimes sind.

Streben sie eine Vereinigung der Gewerkschaften etwa nach dem deutschen oder österreichischen Vorbild an?

Ich denke, es ist noch zu früh, um von einer Vereinigung zu sprechen. Eher streben wir eine breitere Zusammenarbeit an, wo von beide Gewerkschaften und vor allem die Bevölkerung profitieren werden.

Können Sie sagen, welche Gewerkschaft größer ist?

Das ist weniger eine Frage der Mitgliederanzahl - wir sind diesbezüglich die zweitgrößte Gewerkschaft -, als der Kampfbereitschaft der Aktivisten der jeweiligen Gewerkschaft. Was Proteste, Aktionen usw. betrifft, sind wir konkurrenzlos. In materieller Hinsicht hat die KNSB den großen Vorteil, über das Vermögen der ehemaligen offiziellen Gewerkschaft zu verfügen. Wir haben nichts davon. Es gibt Verhandlungen über die Modalitäten einer Aufteilung, aber in sie mischt sich auch der Staat ein, und so zeitigen sie keine konkreten Resultate.

Was erwarten sich die Mitglieder der "Podkrea" von ihrer Gewerkschaftsorganisation? Soll sie vor allem eine Kampforgанизation sein oder eher das gesellschaftliche Leben verwälten?

"Podkrea" existiert nun bereits mehr als sieben Jahre - unsere Mitglieder sind sich darüber im klaren, daß "Podkrea" sie verteidigen und für ihre Rechte kämpfen wird. Natürlich müssen auch sie für die Organisation kämpfen. Wir sind keine Formation, die über große Vermögen verfügt, von denen die Mitglieder materiell profitieren könnten. Wir sind hingegen eine Vereinigung von Leuten, die bereit sind, für die Menschen-, sozialen und gewerkschaftli-

chen Rechte zu kämpfen; die wissen, daß sie einem Kollektiv angehören, dessen oberste Priorität die Verteidigung der individuellen Freiheit ist. Freiheit muß erkämpft werden, sie wird nicht von den Regierenden geschenkt. Wir dürfen von ihnen keine Geschenke erwarten, sondern müssen von ihnen unsere Rechte, unsere Löhne usw. erkämpfen. Das ist eine Ansicht, die viele unserer Mitglieder teilen.

□ Welche internationalen Kontakte unterhält "Podkrea"?

Wir haben viele Kontakte mit dem Ausland. Seit 1991 sind wir Mitglied des "Internationalen Bundes freier Gewerkschaften", und seit 1992 bin ich Vizepräsident dieser Organisation. Seit 1. Jänner 1996 sind wir Vollmitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes - so wie ja auch der ÖGB beiden Vereinigungen angehört. Unsere Teilorganisationen gehören diversen internationalen Branchenvereinigungen an. Unsere Kollegen im Westen helfen uns sehr, vor allem mit ihren Erfahrungen, da sie mit den Problemen, die wir jetzt in Bulgarien haben, vor Jahren konfrontiert waren. Sie können uns interessante Lösungsmöglichkeiten vorschlagen. Finanzielle Unterstützung erhalten wir nicht und haben wir auch nie erhalten, wohl aber materielle in Form von technischer Ausrüstung, etwa Computer und Kommunikationstechnologie. Gute Kontakte haben wir auch zu den Gewerkschaften in Polen (Solidarnosc), Ungarn, Tschechien, Slowakei und Rumänien. Vergleichsweise schwache Kontakte haben wir zu den Gewerkschaften der ehemaligen Sowjetunion und des ehemaligen Jugoslawiens. Vor kurzem allerdings waren wir gemeinsam mit der KNSB und durch Vermittlung des Europäischen Gewerkschaftsbundes Gastgeber eines ersten Treffens von Gewerkschaften aus Bosnien und aus der abtrünnigen bosnisch-serbischen Republik in unserem Land. Mit anderen Worten: Wir verfolgen seriöse internationale Aktivitäten.

□ Welche Branchengewerkschaften sind die größten innerhalb der "Podkrea"?

Ich würde sagen, zwei oder gar drei: Maschinenbau, öffentlicher Verkehr und Bergbau. Natürlich gibt es noch eine Reihe anderer nicht gerade kleiner Teilgewerkschaften, z. B. im Gesundheitswesen, unter den Lehrern, in der Leichtindustrie. Faktisch haben wir in allen Branchen größere oder kleinere Organisationen.

□ Die nächsten Fragen betreffen eher allgemeine politische Fragen und wie sich "Podkrea" zu ihnen verhält. Zuallererst, wie würden Sie die Beziehungen von "Podkrea" zu den Parteien beurteilen? Welche Partei steht ihr am nächsten?

Wir wissen mit Sicherheit, welche Partei wir nicht unterstützen. Wir verfolgen einen harten Konfrontationskurs gegen die regierende kommunistische Partei. Freundschaftliche Beziehungen pflegen wir zur "Union der demokratischen Kräfte", die wir mitbegründeten, zu der neuen, vor zwei Jahren gegründeten Formation "Volksunion" sowie zu der "Bewegung für Recht und Freiheit" - das sind die im Parlament vertretenen demokratischen Parteien. Mit ihnen arbeiten wir auch zusammen. Außerhalb des Parlaments gibt es noch eine Reihe kleinerer Parteien, zu denen wir gute Kontakte unterhalten, ebenso zu monarchistischen Organisationen. Mit anderen Worten: Wir unterhalten Beziehungen zu einem großen Kreis von Parteien, denn für uns ist die Demokratie wichtig, und wir unterstützen alle, die für sie kämpfen.

□ Vor kurzem war in den Zeitungen zu lesen, daß Sie bei den anstehenden Ausscheidungswahlen, die den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Opposition für die heurigen Präsidentschaftswahlen bestimmen sollen, nicht für den derzeitigen Präsidenten Schelju Schelew stimmen werden. Wie wird sich "Podkrea" bei den Wahlen verhalten?

Die Zeitungen haben das Problem nicht sehr gut dargestellt; "Podkrea" kann als Organisation ihren Mitgliedern empfehlen, für den einen oder anderen Kandidaten zu stimmen. Noch ist keine diesbezügliche Entscheidung getroffen, sie wird auf unserem großen Forum am 21.-22. Mai entschieden<sup>1</sup>. Ich kann das nur für mich selbst entscheiden.

Erstens glaube ich, daß die Institution des Präsidenten (ich rede von der Institution und nicht von Personen) nicht unbedingt notwendig für Bulgarien ist. Wir haben ein großes Problem mit der institutionellen Struktur Bulgariens; ich denke, daß ein Teil der Schwierigkeiten und Schwächen in unserem Staat eben dem unvollkommenen institutionellen Aufbau geschuldet sind. M. E. gute Varianten für Bulgarien sind entweder eine starke Präsidialrepublik oder die Monarchie, aber nicht die jetzige Situation; die Kombination aus einem Parlament, einem starken Ministerpräsidenten und einem schwachen Präsidenten ist für Bulgarien nicht sinnvoll. Wenn ein Präsident vom Volk gewählt wird, sollte er auch bestimmte Rechte und Verantwortlichkeiten haben, um sozusagen den Staat in eine bestimmte Richtung führen zu können. Jetzt hat der bulgarische Präsident keinerlei Rechte, oder fast keine. Bei einer solchen Kombination wäre es viel logischer, wenn der Präsident vom Parlament gewählt würde, wie es z.B. in Deutschland der Fall ist, da dort der Präsident rein repräsentative Auf-

gaben innehat. In Bulgarien verhält es sich praktisch ähnlich. Wenn wir einen vom Volk gewählten Präsidenten mit mehr Einfluß haben wollen, müssen wir eine starke präsidiale Macht vom Typ Frankreichs oder der USA schaffen. Oder aber wir kehren zur erprobten Staatsform der Monarchie zurück, die auch sehr stabil ist und am europäischen Kontinent bereits ihre Nützlichkeit gezeigt hat.

□ Diesbezüglich wäre es interessant zu erfahren, was Sie zur bevorstehenden Rückkehr des ehemaligen Königs Simeon nach Bulgarien sagen.

Ich bin eine der Personen, die König Simeon II. sehr gut kennen, und natürlich werde ich ihn treffen. Wir trafen uns oft außerhalb Bulgariens, und ich freue mich, daß wir uns jetzt auch hier treffen. Ich werde nach Möglichkeit seinen Besuch unterstützen.

□ Sollte er eine wichtigere politische Rolle spielen?

Er kann es tun, obwohl viele Personen, Parteien und Organisationen versuchen, das zu verhindern. Bis jetzt hat der Zar nichts gemacht, was Bulgarien geschadet hätte, was man von genügend anderen Politikern nicht behaupten kann.

□ Vielen Dank für das aufschlußreiche Gespräch.

Das Interview mit Konstantin Trentschew führte Ulf Brunnbauer am 8. Mai 1996 in Sofia.

Übersetzung aus dem Bulgarischen: Ulf Brunnbauer.

1 Letztendlich unterstützte "Podkrea" keinen der beiden Kandidaten für die Vorwahlen zum Präsidentschaftskandidaten der "Vereinigten Opposition" (Union der demokratischen Kräfte, Agrarunion, Volksunion, Bewegung für Recht und Freiheit u. a.), die am 2. Juni dieses Jahres stattfanden und deutlich vom Kandidaten der Union der demokratischen Kräfte, Petar Stojanow, gegen den jetzigen Präsidenten Scheljew gewonnen wurden. Die bulgarischen Präsidentschaftswahlen werden am 27.10. stattfinden, der Kandidat der regierenden Sozialistischen Partei ist der jetzige Außenminister Georgi Pirinski.